

# „Alle möglichen und unmöglichen Flüchtlinge und entlassene Soldaten“\*

Deutsche Heimatvertriebene und heimatlose Ausländer in Backnang nach dem Zweiten Weltkrieg

Von Horst Klaassen

*Artikel 1 des Grundgesetzes  
der Bundesrepublik Deutschland:  
Die Würde des Menschen ist unantastbar.*

## Einleitung

Für viele entwurzelte Menschen war Backnang nach Kriegsende eine Stadt der Hoffnung. Nach den Schrecken bei Kriegsende mit dem Verlust von Würde, nahestehenden Menschen, Heimat und Eigentum hofften sie hier auf eine neue friedliche Heimat oder die Auswanderung, oder oft auch auf eine Rückkehr in die alte Heimat.

Nach einer Zeit, in der Flucht, Vertreibung und Verschleppung von Deutschen verdrängt wurde, und viele an diesen Themen uninteressiert waren oder sie als unerwünscht ansahen, erschienen in der letzten Zeit wieder verstärkt Veröffentlichungen. Für Südwestdeutschland ist dabei besonders zu nennen der Begleitband zur Ausstellung in Stuttgart „Flucht, Vertreibung, Eingliederung. Baden-Württemberg als neue Heimat“, herausgegeben vom Innenministerium, bearbeitet von Immo Eberl, Sigmaringen 1993. Für Backnang erschien 1996 ein Aufsatz von Dieter Petschuch „Die Jahre des politischen Wiederbeginns in Backnang 1945 und 1946“, in dem den Flüchtlingen ein Abschnitt gewidmet ist.<sup>1</sup>

Eine ausführliche Arbeit über die Flüchtlinge und Vertriebenen in Backnang fehlte bisher. Sie wird hiermit vorgelegt und beschränkt sich nicht auf die deutschen Vertriebenen, sondern geht auch auf die Ausländer ein, die als „Displaced Persons“ (DPs) nach dem Kriege in Backnang lebten. Schwerpunkte dieser Arbeit sind die Aufnahme in Nord-Württemberg und Backnang, die Notunterkünfte und Lager, die Geschichte der Gebiete im Osten und Süd-

osten Europas, aus denen Menschen nach Backnang kamen, und die Ursachen der Fluchtbewegungen, Vertreibungen und Verschleppungen. Nur kurz konnte die Eingliederung der Vertriebenen behandelt werden. Dafür ist eine besondere Arbeit notwendig.

## I. Aufnahme der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen

### Südwestdeutschland und Backnang in den Nachkriegsjahren

#### Übersicht

Das Gebiet des heutigen Landes Baden-Württemberg bestand bei Kriegsende aus den Ländern Baden und Württemberg, dem preußischen Regierungsbezirk Sigmaringen und der hessischen Enklave Bad Wimpfen. Bis zum 30. April 1945 hatten amerikanische und französische Truppen Südwestdeutschland besetzt, teilweise noch gegen den Widerstand deutscher Truppen. Die Alliierten übernahmen die oberste Gewalt. Südlich der Reichsautobahn Karlsruhe – Stuttgart – Ulm waren es die Franzosen, nördlich davon die Amerikaner. Nur auf örtlicher und auf Kreisebene blieben die deutschen Verwaltungen bestehen. Erst durch die Proklamation Nr. 2 vom 19. September 1945 des Obersten Befehlshabers der amerikanischen Streitkräfte in Europa, Dwight D. Eisenhower, entstanden in der amerikanischen Besatzungszone die Staaten Groß-Hessen, Württemberg-Baden (nördliches Württemberg und Baden) und Bayern.

\* Ausspruch des kommissarischen Bürgermeisters Wohlfarth am 11. 3. 1946.

<sup>1</sup> Dieter Petschuch: Die Jahre des politischen Wiederbeginns in Backnang 1945 und 1946. In: Bjb 4, 1996, S. 88-154.

Im Süden errichtete Frankreich die Staaten Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und Baden (südliches Baden). Unter dem Vorbehalt der übergeordneten Militärregierung erhielten die neuen Staaten die volle Gewalt übertragen. Oberste Instanz der amerikanischen Militärregierung war Ende 1945 das *Office of Military Government in Germany of United States* (OMGUS), für den neuen Staat Württemberg-Baden das *Office of Military Government of Land Württemberg-Baden* (OMGWB). 1952 schlossen sich die südwestdeutschen Länder der amerikanischen und französischen Besatzungszonen zum Land Baden-Württemberg zusammen. Nord-Württemberg wurde ein Regierungsbezirk mit dem Sitz in Stuttgart.

Der damalige Kreis Backnang erstreckte sich weit nach Osten hin und schloß die Stadt Gaildorf und den Ort Gschwend ein. Er hatte im Mai 1945 etwa 60 000 Einwohner. In der Kreisstadt befand sich das *Liaison and Security Office* (LSO). Der Kreisoffizier schrieb wöchentlich Berichte.

Backnang war 1945 eine Kreisstadt mit etwa 13 000 Einwohnern, die nur wenig durch den Krieg zerstört war. Am 20. April 1945 hatten mutige Bürger aus den Reihen des Volkssturms, die Backnang retten wollten, die ersten amerikanischen Truppen in die Stadt geführt. Bürgermeister Dr. Rienhardt übergab im Rathaus die Stadt und wurde von Oberleutnant Yaffee gebeten, sein Amt vorläufig weiterzuführen. Am nächsten Tag wurde ihm Hauptmann Burchell vorgestellt, der die Militärregierung für den Kreis übernahm. Welch ein Gegensatz zu dem, was die Deutschen in den deutschen Ostprovinzen erleben mußten!

Backnang hatte eine große Anziehungskraft wegen der vielen Arbeitsplätze, insbesondere der Textil-, Leder- und Fahrzeugindustrie, später auch der Elektroindustrie, aber auch wegen der verkehrsgünstigen Lage zur Landeshauptstadt Stuttgart. Durch die Aufnahme von Flüchtlingen, Vertriebenen und Zuwanderern stieg die Einwohnerzahl bis 1960 auf rund 23 000 an. Backnang erlebte nach dem Kriege immer neue Vertriebenenströme, die untergebracht werden mußten. Deshalb war die Wohnungsfrage auch das größte Problem. Zu den Einheimischen waren im Kriege die Evakuierten und die Ausgebombten aus deutschen Städten gekommen.

Dann befanden sich bei Kriegsende Fremdarbeiter in der Stadt, vorwiegend Polen und Russen, die in den Gebäuden der Firma Adolff, in den Lederwerken und in anderen Gebäuden untergebracht waren. Sie blieben bis 1946. Seit 1945 sickerten Einzelwanderer und Familien aus dem deutschen Osten ein, die bei Verwandten und Bekannten unterkamen. Ab Herbst 1945 bis 1948 gelangten geschlossene Transporte mit den Vertriebenen aus den von Polen besetzten Teilen Deutschlands, aus Österreich, aus der Tschechoslowakei und aus Ungarn hier an.

Von 1947 bis 1953 lebten deutsche Mennoten aus Rußland und Galizien in den besonderen Auswanderungslagern „Leba“ und „Maubacher Höhe“. Juden, die nach dem Krieg aus Polen und anderen osteuropäischen Ländern geflüchtet waren, bezogen von 1946 bis 1948 das Lager „Seminar“. Dorthin kamen dann weitere DP's vorwiegend weißrussischer Nationalität. Entlassene Kriegsgefangene ohne Heimat mußten dort aufgenommen werden, wohin sie entlassen wurden. Nicht wenige wählten Backnang. In Dänemark internierte Deutsche, die mit Schiffen 1945 von Ost- und Westpreußen und Pommern vor den Sowjets über die Ostsee entkommen waren, gelangten seit 1948 hier an. Dann folgten im Zuge der staatlich verfügbaren Umsiedlung aus dem überfüllten Norddeutschland Flüchtlinge, für die schon Wohnungen gebaut waren. Der Strom von Zuwanderern aus der Sowjetischen Besatzungszone, der späteren Deutschen Demokratischen Republik, riß bis zum Mauerbau 1961 nicht ab. So wurde 1953 das Lager „Seminar“ Station für diese Menschen. Viele von ihnen blieben in Backnang. Dazu kamen noch neue Bürger, die keine Flüchtlinge waren, aber hier Arbeit gefunden hatten. Aber auch vom Lande zogen aus demselben Grunde Flüchtlinge in die Stadt. So erhöhte sich die Einwohnerzahl Backnangs bis 1961 auf 23 725, davon waren 5 757 (24,3 %) Vertriebene und 2 258 (9,5 %) Zuwanderer aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und aus Ost-Berlin.<sup>1</sup>

#### Aufnahme der Vertriebenen in Württemberg-Baden

Im Vergleich zu den östlichen Teilen Deutschlands und den deutschen Siedlungsge-

<sup>1</sup> Gemeindestatistik Baden-Württemberg 1960/61, Stuttgart 1964.

bieten im Osten und Südosten Europas, ja auch im Vergleich zu Mittel- und Norddeutschland, waren Württemberg und Baden, trotz aller Nöte wie Zerstörungen durch den Luftkrieg und Mangel an Nahrung und Gütern, hinsichtlich der Flüchtlingsnot 1945 noch verschont geblieben. Erste verlässliche Zahlen gibt es durch die Volkszählung am 29. Oktober 1946. Damals hatte zum Beispiel Schleswig-Holstein gegenüber 1939 einen Bevölkerungszuwachs von 66,8 % zu verzeichnen, Württemberg-Baden von 14,2 %, dagegen Süd-Baden einen Rückgang von 2,6 %.<sup>1</sup> Bis zum Herbst 1945 hatte es mit Flüchtlingen noch keine großen Probleme gegeben. Das änderte sich nun. Allmählich erreichten – unorganisiert – immer mehr Menschen die amerikanisch besetzten Teile Württembergs und Badens, meist über Bayern. Ihre Aufnahme war Sache der Gemeinden und Kreise, da es noch keine Landesverwaltung gab.

Nach der Potsdamer Konferenz der drei Siegermächte Großbritannien, Sowjetunion und der USA vom 17. Juli bis 2. August 1945, in der die Regierungen die wilden Vertreibungen der Deutschen hinnahmen und anerkannten, *daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß*, kamen die Vertriebenentransporte auch nach Württemberg. Die Regierung in Stuttgart reagierte auf das sich abzeichnende Problem zögerlich.

Am 24. September 1945 gab der Innenminister einen Erlaß an die Landräte und Oberbürgermeister heraus, in dem die Gemeinden angewiesen wurden, mindestens 10 % der Bevölkerungszahl von 1939 als Flüchtlinge aufzunehmen. Die Wohnräume sollten erfaßt und die Hausbesitzer und Wohnungsinhaber zur Aufnahme von Flüchtlingen verpflichtet werden. Am 14. Oktober unterrichtete die Militärregierung das Innenministerium, daß vom 20. bis 29. Oktober täglich ein Zug mit 1400 Flüchtlingen aus der russischen Zone eintreffen werde.<sup>2</sup> Vorbereitet war nichts. Flüchtlingsfragen wurden beim Innenministerium bei der Abteilung „Wohlfahrt“ bearbeitet. Teilweise gegen

den Widerstand der Regelverwaltung entstand jedoch in kurzer Zeit eine funktionierende Sonderverwaltung, geleitet von dem kommissarischen Sachbearbeiter für Flüchtlingsfragen beim Fürsorgereferat des Innenministeriums.

Er wurde im März 1946 zum Staatsbeauftragten für das Flüchtlingswesen aufgewertet und war unter anderem zuständig für die Erstaufnahme der Flüchtlinge und die Lager. Anfang 1946 standen in Nord-Württemberg die Durchgangslager in den Kreisen Aalen, Backnang, Böblingen, Göppingen, Leonberg, Schwäbisch Gmünd und Ulm bereit. Dazu kamen 14 Kreislager.<sup>3</sup> Die Militärverwaltung hatte die Flüchtlingsaufnahme zur deutschen Aufgabe erklärt, machte aber genaue Vorgaben und griff immer wieder ein. Die Ausgewiesenen sollten nicht als Einwohner auf Zeit behandelt, sondern für dauernd untergebracht werden. Sie sollten auch keine Minderheiten bleiben, sondern in die Altbevölkerung assimiliert werden, nicht nur integriert.

Doch die deutsche Verwaltung arbeitete nicht so, wie es das Militär wünschte. Der für Fürsorgefragen zuständige Major Campbell ließ zum Beispiel am 27. Mai 1946 Ministerpräsident Reinhold Maier wissen: *Der Ministerpräsident hat seine Vollmachten, wenn er von diesen keinen oder einen falschen Gebrauch macht und nicht in der Lage ist, seine eigene Bürokratie zu entsprechender Mitarbeit zu bringen, so wird er dafür die Konsequenzen zu tragen haben.*<sup>4</sup>

Die Flüchtlingsarbeit war so organisiert: Die Vertriebenen wurden an den Grenzstationen, zum Beispiel in Bayern, in Empfang genommen, medizinisch und mit Nahrung versorgt, auf die Länder verteilt und dorthin weitertransportiert. Sie kamen dann in ein Durchgangslager oder auch gleich in ein Kreislager und von dort in die Orte des Kreises in Zwischenlager, wie Turnhallen oder Wirtshäuser. Sie sollten dann in spätestens 14 Tagen endgültig in Privatquartiere eingewiesen werden. Dies oblag den Bürgermeistern. Hier vor Ort gab es den Verteilungskampf um Wohnraum, Mobiliar und Arbeit.

In einer Besprechung der Militärregierung mit der Flüchtlingsverwaltung vom 10. August

<sup>1</sup> Statistisches Handbuch Württemberg-Baden 1950, Stuttgart 1951.

<sup>2</sup> HStAS, EA 1/920, Bu 667.

<sup>3</sup> Paul Sauer: Demokratischer Neubeginn in Not und Elend. Das Land Baden-Württemberg von 1945 bis 1955, Ulm 1978, S. 237.

<sup>4</sup> HStAS, EA 2/801, Bu 2.

1946 wurde den Deutschen bekanntgegeben, wieviele Flüchtlinge sie aufzunehmen hätten. Die Quote für das Land Württemberg-Baden war 727 000, davon für Nord-Württemberg 462 000.<sup>7</sup> Tatsächlich nahm Nord-Württemberg bis zum 31. März 1955 568 511 Vertriebene (21,2 %) und 124 113 Zugewanderte aus der Ostzone (4,6 %) auf. Insgesamt hatte der Regierungsbezirk Nord-Württemberg zu diesem Zeitpunkt 2 687 989 Einwohner. Zum Vergleich Baden-Württemberg: 1 159 784 (16,5 %) Vertriebene und 295 420 (4,2 %) Zuwanderer bei einer Einwohnerzahl von 7 031 485.<sup>8</sup>

### Aufnahme der Heimatvertriebenen im Kreis Backnang

Die schon bestehende provisorische Organisation wurde mit den *Vorläufigen Richtlinien für die Betreuung der Flüchtlinge und Vertriebenen* vom 26. September 1946 festgeschrieben. Sie legten die Aufgaben des Innenministeriums, des Staatskommissars für das Flüchtlingswesen, der Kreise und Gemeinden fest. Das Landratsamt hatte sich zur Durchführung seiner Aufgaben des Kreiskommissars für das Flüchtlingswesen zu bedienen. Der erhielt Anweisungen direkt vom Staatskommissar. Somit hatte er auch Aufgaben für die fünf Landesdurchgangslager im Kreis und für die Kreislager zu erfüllen.

Erster „Flüchtlingskommissar“ wurde Karl Kräuter, geboren 1893 in Backnang. Seit Oktober 1945 war er ehrenamtlich tätig, seit 1946 gegen Bezahlung von 300,- RM und der Auslagen. Er behielt dieses Amt bis 1948 und wurde 1949 von Dr. Erich Hermann abgelöst, der bis Mai 1953 im Amt blieb.

Wie die Arbeit des Flüchtlingskommissars vor sich ging, zeigt ein Bericht der „Backnanger Nachrichten“ vom 9. August 1947, der eine Sprechstunde schildert: Der eine Besucher hat eine siebenköpfige Familie und lebt noch im Lager. Er fragt nach einer Wohnung. Der nächste zeigt zerfetzte Schuhe und bittet um neue. Ein anderer wird in das Haus, in das er eingewiesen wurde, nicht eingelassen. Der nächste muß aus einem Blechnapf essen und fragt nach Porzellan. Ein Anruf während der Sprechstunde kündigt die Ankunft von 71 zwangsverschleppten Ausländern an, die nicht mehr von der UNRRA betreut

werden und die der Kreis aufnehmen muß. Weiter heißt es in dem Artikel: *Inzwischen ist die Zahl der Neubürger, die er im Kreis unterbringen mußte, auf 14 000 angewachsen. Dazu kommen 300 Ausländer. Neben diesen Aufgaben bereiten die Durchgangslager, die in unserem Kreis errichtet werden mußten, sehr viele Schwierigkeiten. Bis heute wurden durch diese Lager nicht weniger als 30 000 Personen geschleust und auf die einzelnen Kreise verteilt. Es war notwendig, jeden einzelnen individuell zu beraten und zu unterstützen. Der Gesundheitszustand ließ hauptsächlich bei Teilnehmern aus den ersten Transporten sehr zu wünschen übrig. Die Frage einer menschenwürdigen Unterbringung ist heute noch das brennendste Problem. Da die meisten der Ankömmlinge kaum etwas aus ihrer Heimat mitbringen konnten, wurde eine wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft ins Leben gerufen. Durch diese Einrichtung gelang es, die Verteilung von 3 500 Paar Schuhen, 500 Arbeitsanzügen, 4 000 Bekleidungsstücken und Möbelausstattungen für 800 Familien sowie 3 000 Feldbetten vorzunehmen. Die Betten waren von der Militärregierung aus amerikanischen Beständen zur Verfügung gestellt worden, um die große Not etwas zu lindern.*

Die Flüchtlinge wurden im Kreis zuerst distanziert aufgenommen, aber in der Regel besser als in einigen anderen deutschen Gebieten. Die Spanne war weit, von größter Hilfsbereitschaft bis zur direkten Ablehnung. Schwierigkeiten gab es bei der Beschlagnahme von Wohnräumen, die oft nur mit aktiver Hilfe des Flüchtlingskommissars und örtlicher Behörden möglich war. Allgemein wird die Hilfsbereitschaft des Bürgermeisters von Backnang, Dr. Baumgärtner, gelobt.

Daß es auch unververtretbare Zustände gab, konnte man am 22. November 1947 in den „Backnanger Nachrichten“ unter der Überschrift *Wohnung eines Neubürgers in Fichtenberg* lesen: Eine Frau war mit einer Tochter und zwei Söhnen im April 1946 aus Ungarn ausgewiesen worden. Über das Lager Gaildorf kam die Familie nach Fichtenberg in einen Raum von 15 m<sup>2</sup>, der vorher Abstellraum gewesen war. Das Wasser mußte aus der Waschküche geholt werden. Das Klosett durfte nicht benutzt werden. Dafür war die öffentliche Toilette im

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Regierungspräsidium Nordwürttemberg, Nr. IV-9640/34, 20. Juni 1955, Statistischer Monatsbericht Mai 1955.

Bahnhof da. Die Hauswirtin lebte mit der Tochter in einer schönen Drei-Zimmer-Wohnung. Als die Flüchtlingsfrau beim Bürgermeisteramt einen Arbeitsanzug für den Sohn beantragte, war die Frage „Welche Konfession?“ „Katholisch“. „Um so schlimmer“, hörte sie.

Eine Altbürgerin wurde zu einer empfindlichen Geldstrafe von 200,- RM verurteilt, weil sie Flüchtlingen einen vom Wohnungsamt zugewiesenen Wohnraum verweigert hatte. Für Oppenweiler meldete der Kreisoffizier am 1. Mai 1947, der Wohnungsausschuß habe 14 Fälle von schlechter Unterbringung der Flüchtlinge festgestellt. Unter anderem sind in einen Raum von 12 m<sup>2</sup> 6 Personen eingewiesen, in einem anderen Fall 4 Personen in einen Keller von 9 m<sup>2</sup>. Dagegen werden 21 Fälle genannt, wo Personen mehr Wohnraum haben, als ihnen gesetzlich zusteht.<sup>9</sup>

Über Betreuungstätigkeiten im Kreis zu Weihnachten 1946 schickte der Flüchtlingskommissar einen Bericht an den Staatsbeauftragten: Er habe 50 Weihnachtsfeiern organisiert und dabei Geschenke für alle gehabt, dank der großzügigen Spenden. Eine Liste der Spender wird beigelegt. Eine große Lederfabrik hatte 24 Paar Schuhsohlen gespendet. Unter anderem schreibt er: *Die Ausgewiesenen sind ein Prüfstein für das deutsche Volk. Sie verdienen unsere ganze menschliche Beachtung und jede nur denkbare Unterstützung. Das schwere Schicksal der Ausgewiesenen bleibt ein Markstein in der deutschen Geschichte. Als die ersten Ausgewiesenen in Waiblingen auf dem Bahnhof eintrafen, betrachtete ich es als meine erste Pflicht, in das Innenleben und Erleben der Eintreffenden einzudringen. Zunächst konnte ich ihre Unsicherheit feststellen und das Nichtwissen, wo sie sich befanden. Als ich dann den unglücklichen Menschen ihr bevorstehendes Schicksal darlegte, war immer ein dankbares Lächeln in ihrem tränenbedeckten Gesicht die Antwort. Ich erkundigte mich in jedem Fall, ob die Familie geschlossen oder zerrissen angekommen ist. In den meisten Fällen fehlte entweder der Vater oder die Mutter, oder der Vater kam mit den Kindern allein. Häufig kamen auch die Kinder allein. In einem Fall wurde der*

*Vater kurz vor dem Abtransport erschossen, die Mutter ist unterwegs aus Gram gestorben. Solche menschlichen Schicksale veranlaßten mich, nach besten Kräften diesen Ausgewiesenen beizustehen. Von diesem Gedanken ausgehend, entschloß ich mich, einmal allen Ausgewiesenen Auge in Auge gegenüberzutreten. Die beste Gelegenheit dazu bot die Vorweihnachtszeit 1946. Mit diesen Feiern wollte ich versuchen, den Ausgewiesenen klarzumachen, daß sie nicht allein stehen. Vielmehr würde die ganze Behörde des Kreises hinter ihnen stehen. In Vorträgen bei jeder Weihnachtsfeier betonten der Herr Landrat und ich, daß diese Spenden nicht ein Almosen wären, sondern der erste leise Ansatz von der einheimischen Bevölkerung, ihr hartes Schicksal zu erkennen und mit ihnen mitzufühlen. Außerdem betonten wir, daß die Ausgewiesenen sich nicht als Menschen zweiter Klasse betrachten sollen. Sobald es die Witterungsverhältnisse erlauben, wird mit Nachdruck mit dem Ausbau von Wohnungen begonnen werden müssen. Ein eigener Herd, eine eigene Wohnung sind der Impuls aller Schaffenden.*<sup>10</sup>

Am 10. August 1946 legte die Militärregierung eine Quote von 14 200 Flüchtlingen für den Kreis Backnang fest. Diese Quote war am 4. November 1946 fast erreicht. Bis dahin waren 12 352 Flüchtlinge erfaßt, davon 33 % Männer, 41 % Frauen und 26 % Kinder.<sup>11</sup> In einem Bericht vom 2. Mai 1947 an die Militärregierung wird die Flüchtlingszahl mit 13 671 angegeben. Sie sind aus folgenden Ländern gekommen:

Tschechoslowakei	4 687	34 %
Ungarn	3 593	26 %
Polen		
(mit deutschen Ostgebieten)	3 405	25 %
Rumänien	830	6 %
Jugoslawien	459	4 %
Österreich	118	1 %
Andere Länder	579	4 %
	13 671	100 % <sup>12</sup>

Vom 18. August 1947 gibt es einen künstlich aufgemachten statistischen Bericht des Flüchtlingskommissariats, *Die Flüchtlings-*

<sup>9</sup> HStAS, Microfiches der amerikanischen Militärverwaltung Württemberg-Baden, RG 260 OMCWB 12/194-1/10.

<sup>10</sup> HStAS, EA 2/801, Bü 40.

<sup>11</sup> Ebd., Bü 437.

<sup>12</sup> Ebd., Bü 437.

Über die Entwicklung der Kreisbevölkerung geben folgende Zahlen Aufschluß:			
Monat	Gesamtbevölkerung	Heimatvertriebene	Zugewanderte
Mai 1939	53 579		
Dezember 1945	63 147 <sup>14</sup>		
September 1950	76 063	15 500 = 20,4 %	1 909 = 2,5 % <sup>15</sup>
März 1955	81 000	17 900 = 22,1 %	4 712 = 5,8 % <sup>16</sup>
Juni 1961	89 362	18 436 = 20,6 %	5 753 = 6,5 % <sup>17</sup>

*Durchgangslager im Kreis Backnang*, bestehend aus 27 Blättern.<sup>14</sup> Zeichner ist ein WR. Diese Lager gehörten zu denen des Landes, die vom Herbst 1945 bis Anfang 1946 vom Land Württemberg-Baden eingerichtet wurden, als die Züge mit Ausgewiesenen ankamen.

Der Bericht umfaßt die Zeit Januar 1946 bis März 1947. Im Vorwort hieß es:

*Die Arbeit des Flüchtlingskommissars ist eine betont menschliche. Er ist verpflichtet, den Menschen, die hinausgestoßen sind in die bitterste Not und in die ungewisse Nacht, zu helfen. Er hat die Aufgabe, diesen von Heimat und Hof vertriebenen das Tor zum Lichte zu öffnen. Menschliche Undankbarkeit darf ihn nicht hindern, die grauenhaften Leiden zu lindern. Er muß helfen, wo er kann. Dieser Vorgang wolle dem Deutschen Volk in aller Zukunft Richtschnur sein. Ein goldiges Gemüt, ein uneigennütziges Wollen, dies ist das Maximum im geistigen Glied, von dem einst Deutschland und Europa leben sollen.*

*Der Flüchtlingskommissar Carl Krauter.*

Es folgt die zeichnerische Darstellung der Organisation im Kreis. Dem Landratsamt/Flüchtlingskommissar sind unterstellt in Backnang die Lager „Maubacher Höhe“ (mit Leitendem Arzt) und „Leba“, in Gaildorf die Lager „Finanzamt“, „Jugendherberge“ und das Teilager „Forstschule“, weiter die Lager „Murrhardt“ und „Sulzbach“.

In geschlossenen Transporten wurden durchgeschleust:

Deutsche aus der		
Tschechoslowakei	18 753	66,2 %
Ungarndeutsche	8 577	30,3 %
Bessarabiendeutsche	709	2,5 %
Andere Deutsche	300	1,0 %
	28 339	100,0 %

Als Einzelgänger kamen 4 293 in den Lagern an, 945 Eisenbahnwagen waren für den Abtransport erforderlich. An Essen wurden 547 714 Tagesportionen ausgegeben, 586 Raummeter Holz, 357 Tonnen Kohle und 32 862 m<sup>3</sup> Wasser wurden verbraucht. In geschlossenen Transporten mit 637 Eisenbahnwagen wurden 19 104 Flüchtlinge an andere Orte abgegeben, so nach Waiblingen 2 664, nach Nürtingen 2 481, nach Esslingen 1 776, nach Schorndorf 1 034. Die Spitzenbelegung der Lager ist für alle Monate vermerkt. Sie beginnt am 18. Januar 1946 mit 350 Personen, im Mai sind es 2 400, im Juli 2 450, im September 2 713. Soweit der Bericht.

Nachzutragen ist, daß Transporte nicht nur in Backnang, sondern auch in Waiblingen in Güterwagen ankamen. Lastwagen mit Holzgasmotor, auch der Stadt Backnang, holten die Menschen ab und brachten sie in die Durchgangslager des Kreises.

## Aufnahme der Heimatvertriebenen in der Stadt Backnang

### Die ersten Maßnahmen

Unmittelbar nach Kriegsende war das Thema Flüchtlinge für Backnang noch ohne große Bedeutung. Der kommissarische Bürgermeister Wohlfahrt bezeichnete in seinem Rückblick vor dem Gemeindebeirat am 27. Dezember 1945 als erste zu lösende Aufgaben nach dem Einmarsch der Amerikaner die Gebäude- und Brückenherstellung, den Holzeinschlag, die Entlassung der Beamten und die Entnazifizierung. Weiter sprach er über die Eröffnung der Schulen und die Bildung des Gemeindebeirats. Die wichtigste Frage sei die In-Gang-Bringung der Betriebe. Dann kommt er – noch im

<sup>14</sup> HStAS, EA 2/801, Bu 408.

<sup>15</sup> Mitteilungen des Württembergischen und Badischen Statistischen Landesamts Nr. 1, Stuttgart 1946.

<sup>16</sup> Statistisches Handbuch Baden-Württemberg, 1. Ausgabe 1955, Stuttgart 1955.

<sup>17</sup> StAL, EL 21/11-34/9650.

<sup>18</sup> Gemeindestatistik Baden-Württemberg 1960/61, Stuttgart 1964.

Dezember 1945 als Zukunftsaufgabe angesehen – auf die Flüchtlingsfrage. Die Klärung sei dringend notwendig, weil das Herannahen der Flüchtlinge immer näher rücke. Die größten Sorgen werden die Unterbringung, die Kleidung und die Betreuung in seelischer und beruflicher Hinsicht bringen. In der Stadt gäbe es viele Räume, die mit geringen Kosten herzustellen seien. Der Bauingenieur der Stadt berichtete vom vorgesehenen Ausbau von Plätzen für 1 650 Flüchtlinge in den der Stadt zur Verfügung stehenden festen Gebäuden und Baracken. Der Bürgermeister ist gegen den Ausbau von Baracken, da sie im Winter viel zu kalt seien. Dem schloß sich Beirat Ehret an. Als Unterkunft seien feste Häuser vorzusehen. Über Beschlagnahme von privaten Wohnräumen wurde in dieser Sitzung noch nicht gesprochen. Der Bürgermeister rechnete mit 2 000 bis 3 000 Flüchtlingen, die bis Juli 1946 aufzunehmen seien. Dann müsse auf weitere Räume bei den Firmen Häuser, Knecht und Adolff zurückgegriffen werden. Es wurde beschlossen, keine weiteren Baracken zu kaufen und vorhandene massive Gebäude auszubauen. Einstimmig wurde auch die Bildung eines Hilfskomitees für die Ostflüchtlinge beschlossen.<sup>18</sup>

Am 11. März 1946 führte Bürgermeister Wohlfarth die ersten nach dem Kriege gewählten Gemeinderäte in ihr Amt ein. Die Flüchtlingsangelegenheiten waren nun brennend geworden. Unter anderem sagte der Bürgermeister, daß *unsere Stadt wegen ihrer einigermaßen guten Ernährungslage ein großer Anziehungspunkt für alle möglichen und unmöglichen Wanderer, Flüchtlinge und entlassene Soldaten* geworden sei. Das habe ein starkes Anschwellen der Einwohnerzahl und eine große Belastung des Wohnungsmarktes zur Folge gehabt. Die Sperrung des Zuzuges und der Abtransport der Evakuierten sei nur eine geringe Entlastung gewesen. Er fuhr dann fort: *Diese Erhöhung unserer Einwohnerzahl – nach einem Bericht des Lebensmittelamtes in 10 Monaten mehr als 1 000 Normalverbraucher – hatte nicht nur Rückwirkung auf die Versorgung der Bevölkerung mit täglichem Brot, sondern auch auf die Versorgung mit Kleidung und Schuhen und sonstigen Haushaltsgegenständen. Ernährungsmäßig brauchte mit größeren*

*Schwierigkeiten zunächst nicht gerechnet zu werden. Mit Hilfe der Kompensation – Obst gegen Kartoffeln – und restloser Ausnutzung aller Möglichkeiten konnte auch die Kartoffelversorgung sichergestellt werden. Die Stadt verfügt heute noch über einen entsprechenden Kartoffelvorrat, durch den wir auch starker Beanspruchung durch Flüchtlinge gewachsen sind.*

*Die Zahl der Ostflüchtlinge, die seit Oktober einzeln oder in Familien in die Stadt eingesickert sind, dürfte bereits 600 überschritten haben. Die auf Backnang entfallende Flüchtlingsquote von etwa 2 000 bis 3 000 wird uns in Zukunft zwingen, noch enger zusammenzurücken. Unsere ortsansässige Bevölkerung beträgt zur Zeit rund 13 000 Personen. Hinzu kommen noch etwa 2 000 Evakuierte und Ostflüchtlinge, die sich manchmal in ganz bedauerndem Zustand befinden und unbedingt untergebracht werden müssen. Eine der schwierigsten Fragen für die Gemeinden in der nächsten Zeit dürfte die Unterbringung und Betreuung der aus dem Osten kommenden Flüchtlinge sein. Hitlers Wahnsinnskrieg hat eine Völkerwanderung heraufbeschworen, wie sie in diesem Ausmaß und unter diesen Umständen die Geschichte Europas noch nicht erlebt hat. 10 Millionen Menschen sind in Bewegung geraten, von Haus und Hof vertrieben. Unsere Aufgabe ist es, denen, die für unser Gebiet vorgesehen sind, eine neue Heimat zu schaffen.*

*Leider ist auch in der Backnanger Bevölkerung wenig Verständnis für die räumliche Unterbringung dieser Flüchtlinge vorhanden, soweit diese in Privatwohnungen notwendig ist. Um auf breiter Unterlage die notwendigen Maßnahmen [...] zu schaffen, wurde auf meine Veranlassung ein Hilfsausschuß für Flüchtlingsfürsorge gebildet, dem Vertreter der verschiedensten religiösen und politischen Organisationen unserer Stadt angehören. Mit Hilfe dieses Ausschusses hat sich, abgesehen von einigen Störungen, die Unterbringung und Betreuung reibungslos abgewickelt. Auf Anordnung der Militärregierung wurde neben diesem Flüchtlingsausschuß ein Wohnungsausschuß gebildet, dem neben dem Bürgermeister ein Vertreter des Stadtbauamts und des Wohnungsamts verschiedene Vertreter der Bauberufe an-*

<sup>18</sup> StAB, Bac G 001-78, S. 23ff

gehören. Mit Hilfe dieses Ausschusses wurde ein Plan für die Unterbringung der Flüchtlinge ausgearbeitet. Zunächst kam einmal die Instandsetzung von sogenannten Durchgangslagern in Frage. [...] würden etwa 1 600 bis 1 700 Personen in Massenquartieren untergebracht werden können. Rechnet man die bereits in Privatwohnungen untergebrachten 500 bis 600 dazu, so dürften in Privatwohnungen immerhin noch 200 bis 300 Personen unterzubringen sein. Mit Ende der Monate Juni und Juli sollen die letzten Flüchtlinge ihr Aufnahmegebiet erreicht haben. Im Zusammenwirken mit dem Arbeitsamt und der Backnanger Industrie wird es Aufgabe des neuen Gemeinderats sein, Erwerbsmöglichkeiten auch für die ankommenden Flüchtlinge zu schaffen. Aus diesem Grunde wurde nach einer Vereinbarung mit der Firma Adolff das von ihr erstellte Barackenlager aus dem Aufnahmeplan der Stadt herausgenommen. Die Firma Adolff ist in der Lage und hat sich bereiterklärt, im Rahmen der Unterbringung in ihrem Barackenlager diesen Flüchtlingen Arbeit zu geben.

Für die beiden Polenlager Leba und Adolff wurden in dem Zeitraum vom 1. April 1945 bis 28. Februar 1946 für Verpflegung, ärztliche Betreuung, Heizmaterial usw. 7 691.- RM aufgewandt. Diese Ausgaben für Besatzungskosten, die bis heute 456 377.- RM betragen, wurden nach vielem Monieren und vielen Verhandlungen voll vergütet. Dem Beschaffungsbüro sind durch die Belegung des früheren Lehrerseminars mit Juden durch die UNRRA neue Aufgaben entstanden.<sup>19</sup>

Am 1. April 1946 trat der neugewählte Bürgermeister Dr. Baumgärtner sein Amt an. In der im selben Monat stattfindenden Sitzung des Gemeinderats berichtete der Vorsitzende des bisherigen Hilfsausschusses für Flüchtlingsfragen, Hauptlehrer Rieth, über die bisherige Tätigkeit. Es sei ein guter Anfang gemacht worden. Er beschrieb die Flüchtlingslager der Stadt: Schulhaus, Präparandenanstalt, Fabrik Teufel, Lederwerke und Maubacher Höhe. Die Lederwerke seien Anfang März erstmalig mit 400 Personen als Durchgangslager belegt worden. Seither kommen jede Woche 300 bis 400 Personen, die durch dieses Lager geschleust werden. Bei der Betreuung der Flüchtlinge erfor-

dert die Registrierung der Zu- und Abtransportierten großen Arbeitsaufwand. Die Verpflegung muß für die Flüchtlinge errechnet werden, was bei 10 Verpflegungssätzen große Schwierigkeiten bereitet. Die Besorgung des Einkaufs von Fleisch, Gemüse und Brot wird von Hilfsarbeitern des Ausschusses besorgt. Die von der Stadt in vorsorglicher Weise eingelagerten Kartoffelvorräte sind für die Verpflegung von großem Nutzen.

Über die Art der Flüchtlinge ist zu sagen, daß es sich um arme Menschen handelt, die seelisch gebrochen sind. Sie sind vollständig hilflos und erwarten von uns alles. Mit ihnen muß freundlich umgegangen werden, dann sind sie sehr dankbar und gewinnen wieder Selbstvertrauen. Bis jetzt sind in der Stadt 150, im Kreis 1 500 Flüchtlinge untergebracht und etwa 1 500 durchgeschleust worden. Über die Organisation des Flüchtlingsausschusses führte Herr Rieth aus: er habe einen Arbeitstrupp von fünf ehemaligen Parteigenossen der NSDAP, die vom Stadtbauamt im Stundenlohn bezahlt werden. Drei weitere Personen habe er über das Arbeitsamt erhalten, die vom kirchlichen Hilfswerk einen Stundenlohn von 90 Pfennigen bekommen. Er erhalte vom Hilfswerk 200,- RM im Monat.

Es wurde dann über die Schaffung eines Flüchtlingsamts diskutiert. Der Stadtpfleger Odenwälder ist für die Zurückstellung bis zur Klärung im Kreis. Dagegen ist Stadtrat Lachenmaier für die Aufhebung des Provisoriums, da das Flüchtlingsproblem noch nicht erledigt sei und die Stadt so gut wie noch gar keine Flüchtlinge habe. Er bittet, den Flüchtlingskommissar zu hören. Es wird beschlossen, ein Flüchtlingsamt mit Herrn Rieth als Leiter zu schaffen und in den Wohnungsausschuß zwei Flüchtlinge aufzunehmen.<sup>20</sup>

Im Mai teilt der Flüchtlingskommissar mit, daß die Aufgaben des Flüchtlingsamts Sache des Kreises sind. Man sieht, die Stadt war noch nicht gut über die Aufgabenverteilung informiert. Nachdem die Gemeinden unmittelbar nach Kriegsende alleine mit den Problemen fertig werden mußten, wird allmählich wieder von oben regiert, und die Kompetenzen werden geregelt. Am 26. September 1946 veröffentlichte der Innenminister die Vorläufigen Richtlinien für die Betreuung der Flüchtlinge

<sup>19</sup> Ebd., S. 15 ff.

<sup>20</sup> Ebd., S. 62 ff.



und Vertriebenen. Danach war für die Durchgangslager das Land zuständig.

Im Amtsblatt für den Landkreis wurden am 17. August 1946 zwei Aufrufe veröffentlicht.<sup>1)</sup> Der erste ist von der Stadt Backnang, den Kirchengemeinden, den Parteien und den Gewerkschaften unterschrieben. Er beginnt mit: *Das Flüchtlingsproblem hat nunmehr seinen Höhepunkt erreicht, nachdem im Stadtgebiet bereits über 2300 Flüchtlinge untergebracht sind.* Es wird gebeten, allen entbehrlichen Hausrat zu spenden, denn die Bestände der Stadt seien erschöpft.

Der zweite Aufruf ist von Bürgermeister Dr. Baumgärtner. Daraus einige Sätze: *Die Stadt Backnang hat es als eine ihrer vordringlichsten und vornehmsten Aufgaben erachtet, das fast unlösbar erscheinende Flüchtlingsproblem mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu lösen und zu diesem Zwecke eine gerechte Wohnraumverteilung durchzuführen. Das Wohnungsamt hat folgende Maßnahmen angeordnet: 1. den Ein- und Ausbau von Dachstockwohnungen, die Fertigstellung der bereits begonnenen Um- und Ausbauten, die Erstellung von Wohnbaracken; 2. die Neuaufnahme des vorhandenen Wohnraums; 3. die Wohnungen der ehemaligen Parteigenossen dichter zu belegen und besonders aktive Parteigenossen aus ihren Wohnungen auszuweisen.*

*Es muß dringend gebeten werden, vorläufig von der Einreichung weiterer Wohnungs- und Baugesuche, die nicht als unbedingt lebensnotwendig bezeichnet werden müssen, abzusehen. Jeder verfügbare Wohnraum muß den Flüchtlingen bereitgestellt werden. Die Stadtverwaltung hat zu der Bevölkerung das felsenste Vertrauen, daß sie sich der schweren Notlage, in der sich die Flüchtlinge befinden, nicht verschließe. Dazu gehört in erster Linie, daß die Flüchtlinge mit dem nötigen sozialen Verständnis und der gebührenden Nächstenliebe bereitwillig in die Hausgemeinschaft aufgenommen und nicht als Fremdlinge und als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Andererseits muß auch von den Flüchtlingen erwartet werden, daß sie sich willig einfügen.*

Beim Rückblick auf 1946 sagte der Bürgermeister, die Wohnungs- und Flüchtlingsfrage sei der Stadt in immerhin bescheidenem Maße gelungen. Ihm werde der Vorwurf gemacht, er tue zuviel für diese Menschen. Er meine, man

müsse selbst unter diesen Leuten sein, um ihre Nöte und Sorgen kennenzulernen.

Aus dem Gemeinderatsprotokoll vom 10. April 1947 geht hervor, daß nicht alles richtig verlaufen ist. Die kommunistische Fraktion verlangte eine Koordinierung der Arbeit von Wohnungsamt, Wohnungsausschuß und Bürgermeisteramt. Sie nannte Gebäude und Wohnungen, die für die Flüchtlinge beschlagnahmt werden könnten und wollte Verhandlungen über die Freimachung der beiden Durchgangslager. Darauf antwortete der Leiter des Wohnungsamts, Herr Ziegler, es seien bisher 3 088 Flüchtlinge und 679 Evakuierte untergebracht worden. Im Kreis liege die Belegungsdichte pro Raum bei 1,55 Personen, in der Stadt aber bei 1,64 Personen. Allerdings müsse jetzt ein Ausgleich zwischen den über- und unterbelegten Wohnungen geschaffen werden. Für eine Dauerbelegung sei das Lager Leba nicht geeignet, ein langes Verbleiben habe gesundheitliche Schäden für die Insassen zur Folge. Das Lager käme nur als Durchgangslager in Frage. Anders sei die Maubacher Höhe zu beurteilen. Die sei für dauerhaftes Wohnen geeignet und sollte der Stadt übergeben werden.

Daraus wurde jedoch nichts. Beide Lager wurden im Juni 1947 mit deutschen Mennoniten aus Rußland und Galizien belegt, die zur Auswanderung vorgesehen waren. Der Stadt wurde mitgeteilt, daß das Lager auch nach der Auswanderung noch gebraucht werde. Voraussichtlich sei es erst in acht Jahren frei. Beim Jahresrückblick des Bürgermeisters für 1947 fällt auf, daß die Flüchtlingsfrage nicht mehr angesprochen wird. Vorwärtsgewandt fordert er einen großzügigen Wohnungsbau, weil andere Unterbringungsmöglichkeiten so gut wie erschöpft sind.

Bemerkenswert ist die Forderung, die der Gemeinderat Ehret am 13. Februar 1948 erhob. Die anständigen Familien, die in Baracken wohnen, sollen anstatt solcher Familien, die man keinem ordentlichen Hausbesitzer zumuten kann, in ordentliche Wohnungen eingewiesen werden. Das traf auf den Widerspruch des Stadtpflegers, der nicht wollte, daß die asozialen Mieter der Stadt aufgehängt werden. Dazu Gemeinderat Karl Keuler: Es gäbe nicht nur asoziale Mieter, sondern auch asoziale Hausbesitzer.

Am 8. Juli 1948 gab der Leiter des Wohnungsamts einen Bericht vor dem Gemeinderat

<sup>1)</sup> Amtsblatt für den Kreis Backnang vom 17. 8. 1946.

ab, da nicht alle Anwesenden über die wirkliche Wohnungsnot in der Stadt aufgeklärt seien. 1939 habe die Stadt noch 12 000 Einwohner gehabt, heute seien es 17 000. 1945 hätten die Flüchtlinge aus Nordostdeutschland noch Unterkunft bei Bekannten und Verwandten gefunden. Als dann 1946 die gelenkten Flüchtlingstransporte eintrafen, mußten wöchentlich bis zu 200 Personen rücksichtslos in jeden freien erreichbaren Wohnraum eingewiesen werden. Da die Wohnungen in der alten winkligen Innenstadt zu klein und von schlechter Güte sind, erfolgte die Unterbringung in den besseren Höhenvierteln. Die überstürzte Einweisung war in den meisten Fällen eine Notlösung, fünf- bis sechsköpfige Familien hatten oft nur einen Raum. So sah das Wohnungsamt seit 1947 seine Aufgabe darin, einen Ausgleich zu schaffen.

Jetzt habe die Stadt bei 17 000 Einwohnern 10 300 Wohnräume. Sie sind im Durchschnitt mit 1,5 Personen belegt. Auf eine Person entfallen 9 m<sup>2</sup>. Belastungen des Wohnungsmarktes entstehen durch entlassene Kriegsgefangene, die keine Heimat mehr haben. Sie müssen aufgenommen werden. Wenn sie dann ihre Familien gefunden haben, ziehen sie diese nach. Weitere Belastungen kommen durch illegale Grenzgänger aus der russischen Zone und die Belegung von rund 300 Einzelzimmern durch Untermieter, die in Backnang als Mittelpunkt von Industrie und Behörden arbeiten. Die Zeit des Wohnungsamtsleiters sei ausgefüllt mit der Anhörung und Bearbeitung von Beschwerden der Vermieter über die Flüchtlinge und den Beschwerden der Flüchtlinge, die zum Beispiel keine Nebenräume und Kellerplätze bekommen. Alles würde mit größter Sorgfalt geprüft werden. Er bat den Gemeinderat, durch Aufklärung bei der Bevölkerung die Wohnungsnot

zu lindern, weil immer wieder auf die Verständnislosigkeit bei vielen Backnangern gestoßen wird. Da sich die Not auch bei allergrößten Anstrengungen nicht alleine durch Aufteilung des zur Verfügung stehenden Wohnraumes beheben lasse, stelle er den Antrag, alles zu tun, um neuen Wohnraum zu schaffen.

Eine weitere Welle von Heimatvertriebenen erreichte Backnang zwischen 1949 und 1953 im Zuge der gesetzlich bestimmten Umsiedlung. Aus den mit Flüchtlingen überbelegten Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein erreichten diese Umsiedler, im allgemeinen in Sammeltransporten der Bundesbahn, die weniger belegten Länder Südwestdeutschlands. Für sie waren bereits Wohnungen gebaut worden, die der Staat mitfinanziert hatte. Es gab einen Baukostenzuschuß von 5 500,- DM und eine 2. Hypothek von 2 200,- DM. In Backnang nahm zum Beispiel die Kreisbaugenossenschaft unter ihrem rührigen Geschäftsführer Häußler diese Gelegenheit wahr. Die Umsiedler stammten aus Ostpreußen, Danzig-Westpreußen und Pommern. Ein Teil von ihnen war 1945 über die Ostsee geflüchtet und einige Jahre in Dänemark interniert gewesen. Eine größere Gruppe bildeten die 1952 und 1953 ankommenden westpreußischen Mennoniten, die die mit Hilfe von amerikanischen Kriegsdienstverweigerern (Paxboys) und Mennoniten aus Norddeutschland und aus dem Lager Maubacher Höhe gebauten 120 Wohnungen im Ortsteil Sachsenweiler bezogen.

Der Bau von Wohnungen linderte in den nächsten Jahrzehnten die Not der Heimatvertriebenen. Diese zeigten den Mut, sich selbst zu helfen, indem sie jede Gelegenheit wahrnahmen zu Wohnungseigentum zu kommen. Staat und Arbeitgeber halfen mit zinslosen und

Über die Entwicklung der Stadtbevölkerung geben folgende Zahlen Aufschluß:

Monat	Gesamtbevölkerung	Heimatvertriebene	Zugewanderte
Mai 1939	12 388		
Dezember 1945	13 607 <sup>13)</sup>		
September 1950	18 189	3 995 = 22,0 % <sup>13)</sup>	
März 1955	21 768	6 213 = 28,5 % <sup>14)</sup>	
Juni 1961	23 725	5 757 = 24,3 %	2 258 = 9,5 % <sup>15)</sup>

<sup>13)</sup> Mitteilungen des Württembergischen und Badischen Statistischen Landesamts Nr. 1, Stuttgart 1946.

<sup>14)</sup> Gemeinde- und Kreisstatistik Baden-Württemberg 1950, Stuttgart 1952.

<sup>15)</sup> Übersicht Einwohnermeldeamt Backnang, aufgestellt 1972 (Heimatvertriebene einschließlich der Zugewanderten).

<sup>16)</sup> Gemeindestatistik Baden-Württemberg 1960/61, Stuttgart 1964.



Präparandenanstalt Backnang – Flüchtlingslager und Notwohnungen 1945 bis 1955.

zinsgünstigen Krediten. Der Druck, aus den schlechten Wohnverhältnissen herauszukommen, und die Arbeitsmöglichkeiten durch den wirtschaftlichen Wiederaufstieg des Landes führten allmählich zu einem menschenwürdigeren Leben und zur Eingliederung. Die Aufnahme weiterer Flüchtlinge berührte die Stadt nur noch als Randproblem. In den folgenden Abschnitten, besonders in dem über die Lager, wird das dargestellt.

#### Notunterkünfte

Mehr oder weniger wohnten zunächst fast alle Flüchtlinge in Notunterkünften, bevor sie in Wohnungen ziehen konnten. Im folgenden wird der Begriff gebraucht für nicht auf Dauer gedachte Wohnplätze. Die Lager werden in einem besonderen Abschnitt beschrieben. Die meisten Flüchtlinge lernten beide Arten der Unterbringung kennen.

Ein typisches Beispiel ist dieses: Die Familie aus Ungarn kam im März 1946 in Waiblingen an. Ein Lastwagen brachte sie in den östlichen Teil des Kreises Backnang, nach Schönberg bei Unterrot in ein Zwischenlager. Nach drei Tagen gab es Unterkunft und Arbeit. Die Tochter Franziska, ein fünfzehnjähriges, schwächliches Mädchen, hatte es dabei so schwer, daß es

noch 2 kg abnahm. Die Familie wurde beim Flüchtlingskommissar in Backnang vorstellig und durfte im Juni in das Lager Maubacher Höhe ziehen. Dort war es besser, obwohl 64 Personen in einem Raum lebten. Arbeit gab es in der Spinnerei Adolff für einen allerdings sehr geringen Stundenlohn.

Im Dezember 1946 erhielt die Familie eine Wohnung in einer Steinbaracke in der Taus. Fünf Personen hatten zwei Zimmer und eine Küche. 1949 heiratete Franziska. Nach einem Jahr kam das erste Kind an. Nun wohnten schon sieben Personen in einer Wohnung. Die Bemühungen um eine eigene Wohnung für das junge Paar blieben erfolglos. Kurz vor der Geburt des zweiten Kindes war die Mutter wieder beim Wohnungsamt, ohne Erfolg. Am selben Abend lagen Zwillinge in der Wiege. Nun waren schon neun Personen in der Wohnung. Da hörte die junge Frau bei ihren Schwiegereltern, die in einer Flüchtlingsbaracke auf der Bleichwiese wohnten, daß dort eine Wohnung schon sechs Wochen leerstehe. Eine Freundin ermunterte zur illegalen Wohnungsbesetzung. Einige Stunden später war der Leiter des Wohnungsamts schon da und verlangte die sofortige Räumung, notfalls würde die Polizei kommen. *Jetzt haben Sie mich gefunden, aber*



Notwohnungen für Flüchtlinge – Backnang, Bleichwiese, 1946 bis 1956.

früher passierte nichts. Ich bleibe. Meine Kinder darf niemand anfassen. Schon abends mußte das Paar zum Bürgermeister. Der versprach eine Wohnung in 14 Tagen, wenn die ungesetzliche Besetzung aufhöre. Tatsächlich, die Familie bekam eine Wohnung im Totengäßle; zwei kleine Zimmer, Küche und Abort in einem Raum, kein elektrisches Licht, aber eine Gaslampe. Das Wasser mußte vom Brunnen am Koppenberg geholt werden. *Aha, Asoziale, der haben sie das Wasser abgestellt*, hörte die Mutter. Ein Licht leuchtete für die Familie, als für längere Zeit in der Stadt der Strom ausfiel. Die ganze Stadt dunkel, nur bei Franziska brannte weithin sichtbar die Gaslampe. Endlich, 1953, gab es die erste richtige Wohnung in der Gerberstraße. Der Ehemann, von Beruf Maurer, der schon einigen beim Hausbau geholfen hatte, baute 1963 mit an der eigenen Wohnung in Sachsenweiler. Und nun, mit Häusle, war die Familie anerkannt.<sup>26</sup>

Über folgende Notunterkünfte fanden sich Nachrichten:

**Firma Adolff:** Die Firma hatte bis 1943 sieben Baracken in der Gartenstraße und eine im Roßlauf für ihre Fremdarbeiter gebaut. Vom Kriegsende an bis zum Frühjahr 1946 wurden sie als DP-Lager der UNRRA verwendet. Am 3. November 1945 befanden sich noch 410 Polen im Lager. Im Frühjahr wurden die Baracken zu Wohnungen für 260 Personen ausgebaut.<sup>27</sup> Am 26. Januar 1952 lebten in den Baracken noch 40 Familien. Drei Baracken waren bereits entfernt worden. Die Stadt vereinbarte mit der Kreisbaugenossenschaft den Bau von Wohnungen, um die übrigen Baracken räumen zu können. Am 3. Dezember 1953 wohnten noch 12 Familien mit 56 Personen in der Gartenstraße und 9 Familien mit 27 Personen in der Baracke im Roßlauf.<sup>28</sup>

<sup>26</sup> Gespräch des Verfassers mit Franziska Appel, April 1996.

<sup>27</sup> StAB, Bac G 001-78, S. 23 ff.

<sup>28</sup> StAL, EL 21/11 3301-1, L 1.

**Bleichwiese:** Bei Kriegsende war dort eine Massivbaracke der Firma Daimler-Benz im Bau. 42 000,- RM hatte die Firma dafür schon ausgegeben. Die Stadt kaufte 1945 die Baracke für 27 000,- RM und baute darin acht Drei-Zimmer-Wohnungen und eine Zwei-Zimmer-Wohnung ein. Eine weitere Baracke aus Holz hatte der Bürgermeister für 20 000,- RM gekauft. Sie hatte eine Größe von 12 x 42 m und enthielt 10 Wohnungen. Sie war im Frühjahr 1946 bezugsfertig.<sup>29</sup> Am 3. Dezember 1953 befanden sich in den beiden Baracken 34 Familien mit 149 Personen.<sup>30</sup> Die Daimler-Benz-Baracke wurde im September 1954, die Holzbaracke (Stephans-Baracke) im Dezember 1956 abgebrochen.

**Präparandenanstalt Gerberstraße 27/29:** In diesem Gebäude befand sich seit 1903 eine private Präparandenanstalt. Das war eine Schule zur Vorbereitung für das Lehrerseminar. Später wurde das Gebäude als Gerberei, Schule und Hitler-Jugend-Heim benutzt. Ende 1945 wurde es für die Aufnahme von 100 Flüchtlingen vorbereitet, im März 1946 sprach man im Gemeinderat von 140 bis 170 Personen.<sup>31</sup> Tatsächlich befanden sich am 25. April 1946 im Hause 68 Personen. Unter dem Titel „Präparandenanstalt – heute Asyl der Ärmsten“ brachten die „Bäcknanger Nachrichten“ am 24. März 1948 folgenden hier auszugsweise abgedruckten Bericht:

*Es ist nun Asyl unserer Flüchtlinge geworden. Aus ganz Europa stammen sie, aus der Ukraine und dem Schlesierland, aus Bessarabien, Ungarn und Rußland trieb sie ein hartes Schicksal hier zusammen. Zunächst verließen die Menschen das Gebäude nach kurzer Frist wieder. Es war Durchgangslager. Doch nachdem einige Tausend durchgeschleust waren, wurde es schließlich zur neuen Heimstätte, zum Notasyl für Neubürger. 85 Flüchtlinge sind jetzt hier untergebracht. Die Verwaltung des Hauses liegt in den seit Jahren bewährten Händen der Familie Ziegler. Der erste Eindruck im Treppenhaus ist günstig. Überall herrscht vorbildliche Sauberkeit. Auch ein Blick in die Wohnräume der Familien zeigt, daß man viel auf Sauberkeit hält, obwohl die Improvisation*

*hier Triumphe feiert. Hoch oben im Dachgeschoß treffen wir zwei alte Ungarndeutsche. In ihrem armseligen Zimmer fühlen sie sich einigermassen wohl. Während sie früher zwar keine großen Güter, aber immerhin Weinberge und Felder hatten, müssen sie jetzt mit 86,- RM Rente auskommen. Ein Stock tiefer lebt eine jüngere Frau, die ihre wenigen Wäschestücke richtet. Zwei Waschküchen stehen im Hause zur Verfügung. Die Mutter ist gerade fortgegangen, um etwas Holz zu suchen, denn der zugewiesene Holzvorrat ist längst aufgebraucht. 11 Personen beherbergt ein großer, feuchter und ungesunder Raum im Erdgeschoß. Der Familie reichen die Betten nicht aus, und so müssen die sechzehn- bis achtzehnjährigen Burschen noch zusammen in einem schmalen Bett schlafen. Die Angleichung an unsere schwäbischen Verhältnisse geht bei den Erwachsenen in Massenunterkünften nur sehr langsam vor sich, während die Kinder durch den Besuch der Schule beinahe nur noch durch ihre dürtige Kleidung sich von den Altbürgern unterscheiden. Ein wahrhaft matter Lichtstrahl in dem Grau der bitteren wenn auch mutig ertragenen Situation des größten Heeres von schuldlosen Proletariern, das unsere Heimat je besessen hat.*

1955 mußte das Haus geräumt werden. 13 Familien kamen vorübergehend bis Juni in den gerade fertiggestellten Neubauten der Mennonitensiedlung unter.<sup>32</sup> Das Haus war von der Stadt und der Lederfabrik Fritz Häuser an die Firma Telefunken verkauft worden. Am 30. März 1955 wurde es abgebrochen. Es entstand ein Produktionsgebäude von Telefunken, heute Bosch.

**Baracken in der Taus:** Im Kriege waren dort Fremdarbeiter untergebracht. Dann hatte die Stadt zwei Steinbaracken zum Preis von 8 500,- RM von der Firma Elektron gekauft. Auch eine Holzbaracke stand da. Insgesamt gab es 12 Wohnungen. Am 3. Dezember 1953 lebten da noch 6 Familien mit 39 Personen.<sup>33</sup> Am 26. November 1954 waren die Baracken fort.

**Behelfsheim am Weissacher Weg:** Die Deutsche Arbeitsfront, eine Organisation im Dritten Reich für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, hatte

<sup>29</sup> StAB, Bac G 001-78, S. 16 und 20.

<sup>30</sup> Wie Anm. 28.

<sup>31</sup> StAB, Bac G 001-78, S. 16.

<sup>32</sup> Gemeinderatsprotokoll vom 7. 1. 1955.

<sup>33</sup> Wie Anm. 28.

hier angefangen, ein Heim zu bauen. Die Stadt richtete 1946 dort 16 Wohnungen ein.<sup>14</sup> Etwa ein Jahr später brannte das Gebäude ab.

**Holzbaracke Seehofweg:** In einem Bericht an das Regierungspräsidium wird eine Holzbaracke für 4 Familien mit 25 Personen genannt.<sup>15</sup>

**Gaststätte Limpurg:** Der Saal war von 1946 bis August 1948 mit 40 Personen belegt.<sup>16</sup>

**Baracken für heimatlose Ausländer auf der Maubacher Höhe:** Diese Notwohnungen wurden erst 1951 eingerichtet, als die Bundesregierung die übriggebliebenen DP's von der IRO übernahm. Auf den Kreis Backnang entfielen 250 Personen.<sup>17</sup> Für ihre Unterbringung wurden fünf Baracken geliefert, eine kam nach Fichtenberg, zwei nach Aichholzof und zwei nach Backnang auf die Maubacher Höhe außerhalb des dort bestehenden Lagers. In Fichtenberg waren am 30. April 1951 50, in Aichholzof 86 und in Backnang 92 heimatlose Ausländer untergebracht.<sup>18</sup> Der Kreisbeauftragte für Flüchtlingsfragen war für die Verwaltung zuständig. Der Angestellte Lichtenberger zog jeden Freitag die Miete ein. Sie betrug für die Ein-Raum-Wohnung 7,20 bis 10,- DM, für die Zwei-Raum-Wohnung 12,50 bis 18,- DM, für die Drei-Raum-Wohnung 17,50 bis 26,- DM.<sup>19</sup>

Am 4. April 1952 besichtigten Angehörige der amerikanischen Militärverwaltung in Begleitung des Kreisbeauftragten Dr. Hermann und seines Mitarbeiters Lichtenberger das Wohnheim Backnang. Im Protokoll darüber ist angegeben: Berechnete Aufnahmefähigkeit 80 Personen, tatsächliche Belegung 57 Personen, davon 34 Polen, 11 Tschechoslowaken, 6 Letten, 3 Ukrainer, 1 Russe, 2 andere. Es sind 27 Männer, 17 Frauen und 13 Kinder im Wohnheim. Die 4 schulpflichtigen Kinder besuchen die Schule der Gemeinde. 17 Insassen arbeiten, 7 erhalten Arbeitslosenunterstützung, 18 öffentliche Unterstützung. Letztere haben Miete und Kohle frei. Es ist keine antisoziale Tätigkeit gemeldet. 32 Personen sind von der Polizeischule Heidenheim zugewiesen worden.<sup>20</sup>

Das Innenministerium unterrichtete am 23. Juli 1952 die Bewohner über die Auswande-

rungsmöglichkeiten für ehemalige DP's. Australien nahm sie auf, wenn sie bis 45 Jahre alt waren und jede Arbeit annahmen, England nahm nur Tschechen, für USA und Kanada wurde ein Programm angekündigt. Daraufhin legte der Kreisbeauftragte eine Liste der auswanderungswilligen heimatlosen Ausländer vor. Es hatten sich nur einige aus dem Wohnheim Backnang gemeldet.

1955 wurde das Wohnheim aufgelöst. Die übriggebliebenen Bewohner kamen vorübergehend in das Lager Seminar, von da in die für sie gebauten Wohnungen in der Pestalozzistraße. Die Baracken erhielt Sindelfingen.

## Lager

### Übersicht

Die ersten Lager Backnangs bei Kriegsende waren die für die bisherigen Fremdarbeiter, die nun Displaced Persons hießen. Die DP's mußten auf Anordnung des Militärs bis zur Heimkehr in Lagern bleiben. In Backnang waren das die Polen und Russen. Für sie wurden die DP-Lager bei der Spinnerei Adolff, in den Lederwerken und in der Villa Kaess in der Erbstetter Straße eingerichtet. Bis zum März 1946 waren die Lager geräumt. Die UNRRA übernahm noch im selben Jahr das Lehrerseminar, um darin Juden aus Osteuropa unterzubringen, danach Weißrussen. 1950 war auch dieses Lager für andere Zwecke frei.

Für deutsche Flüchtlinge legte die Stadt 1945 mehrere Durchgangslager an. Davon blieben 1946 die Lager „Leba“ und „Maubacher Höhe“ übrig. Sie gingen in die Verwaltung des Kreisflüchtlingskommissars über. Mit der Bildung des Landes Baden-Württemberg im Jahre 1952 wurde das Regierungspräsidium zuständig. Wegen des starken Zustroms von Zuwanderern aus der Sowjetischen Besatzungszone mußte im April 1953 das Lehrerseminar als Durchgangslager für sie eingerichtet werden. Es konnte erst 1962 aufgelöst werden.

### Durchgangslager der Stadt

In der Sitzung des Gemeindebeirats vom 27. Dezember 1945 wurden die Plätze ge-

<sup>14</sup> StAB, Bac G 001-78, S. 15.

<sup>15</sup> Wie Anm. 28.

<sup>16</sup> Akte der Stadt Backnang, 440-09 17-9, 1970.

<sup>17</sup> Gemeinderatsprotokoll vom 16. 11. 1950.

<sup>18</sup> HStAS, EA 2/801, Bü 148.

<sup>19</sup> Ebd., Bü 184.

<sup>20</sup> Ebd., Bü 177.

nannt, die für die Erstaufnahme von Flüchtlingen ausgebaut werden sollten. Es wird noch nicht genau zwischen Durchgangslagern und Notunterkünften unterschieden. Der städtische Bauingenieur nannte als für den Ausbau vorgesehen:

Projekt	Personen
Holzbaracke auf der Bleichwiese	100
Wirtschaftsbaracke Daimler Benz, Bleichwiese	100
Baracke Elektron, Tausklinge	50
Baracken bei der Firma Adolff	260
Präparandenanstalt, Gerberstraße	100
Kriegsgefangenenlager Teufel, Aspacher Straße	100
Lederwerke Backnang (Leba)	500
Schulhaus, Bahnhofstraße	40
Nebenräume der Stadthalle	400
Insgesamt	1650 <sup>41</sup>

Bis zum 11. März 1946 hatten sich die Pläne geändert.

Der Bürgermeister nannte:

Projekt	Personen
Präparandenanstalt	140 - 170
Lager Teufel	50 - 60
Lager Leba	400
Deutsche Schule, 3 Räume	100 - 120
Nebenräume der Stadthalle	50 - 60
Lager Maubacher Höhe, nach Rückgabe	400

Von diesen Lagern sollten die Präparandenanstalt und die Stadthalle später für die ständige Unterbringung von Flüchtlingen verwendet werden.<sup>42</sup>

Lager Leba, Fabrikstraße 45

Das Lager befand sich an der Murr im Westen der Stadt im 1. und 2. Stock des alten Baus der Lederfabrik Backnang (Leba). In einem Schreiben der Lagerverwaltung vom 22. September 1949 heißt es: *Die 43 Zimmer, die sanitären Einrichtungen, die Vorrats- und Nebenräume sowie die Küche und der Speisesaal des jetzigen Flüchtlingslagers Leba wurden im Sommer des Jahres 1943 von der Firma Heinkel, Hirth-Motoren, als Arbeiter- und Aus-*

*länderlager errichtet. Nach dem Zusammenbruch war dieses Lager vorwiegend Polen-Lager. Später wurde es dann vom Flüchtlingskommissariat als Flüchtlingsdurchgangslager übernommen.* Die abgebildeten Pläne der beiden Stockwerke zeigen die Raumeinteilung und die Belegung im Jahre 1950. 35 Räume können bei Durchschleusung mit 518 Personen (14,8 pro Raum), dauernd mit 337 Personen (9,6 pro Raum) belegt werden.<sup>43</sup>

Von April 1945 bis Februar 1946 hatte die Militärregierung das Lager für polnische DPs beschlagnahmt. Nach deren Abzug ließ die Stadtverwaltung das heruntergekommene Lager herrichten, um deutsche Vertriebene aufzunehmen. Im März kamen die ersten an. Vom Juni 1947 bis zum Herbst 1949 diente es als Auswanderungslager für die Mennoniten aus Rußland und Galizien. Im Januar 1951 waren von 330 Personen die Hälfte Ausländer, aber schon am 22. Juni 1951 gibt es nur noch „Insassen deutscher Zunge“. Die Lederwerke bemühten sich seit 1950, ihre Räume für die Produktion zurückzubekommen, doch zog sich die Räumung stufenweise bis 1955 hin.

Am 3. November 1945 lebten 339 Polen im Lager. Im Dezember 1945 sieht es die Stadt als Unterkunft für 500 Flüchtlinge vor. Der gerade auf Ersuchen des Bürgermeisters Wohlfarth aus dem Kriegsgefangenenlager Maubacher Höhe entlassene neue Hausmeister Gerhard Orłowski und andere bereiteten die Räume für die Flüchtlinge vor. Die ersten trafen im März ein. Inzwischen war es zum Durchgangslager des Landes Württemberg-Baden bestimmt worden. Am 1. Dezember 1946 ist Rudolf Holda Lagerleiter. Die Belegung wechselte sehr. So waren am 13. Januar 1947 81 Vertriebene im Lager, am 31. März 151, am 9. Juli 312, davon 237 Mennoniten. Das Wohnungsamt hielt Leba als für eine Dauerbelegung ungeeignet. Wegen der Klagen der Insassen über menschenunwürdige Zustände – was von der Lagerleitung bestritten wurde – und auf Druck der Militärregierung wurden die Räume Anfang 1949 renoviert. Die Insassen beteiligten sich und erhielten dafür 1,- DM pro Tag ausgezahlt. Im September beantragte der Flüchtlingskommissar Geld für weitere Instandsetzungen.

<sup>41</sup> StAB, Bac G 001-78, S. 23f.

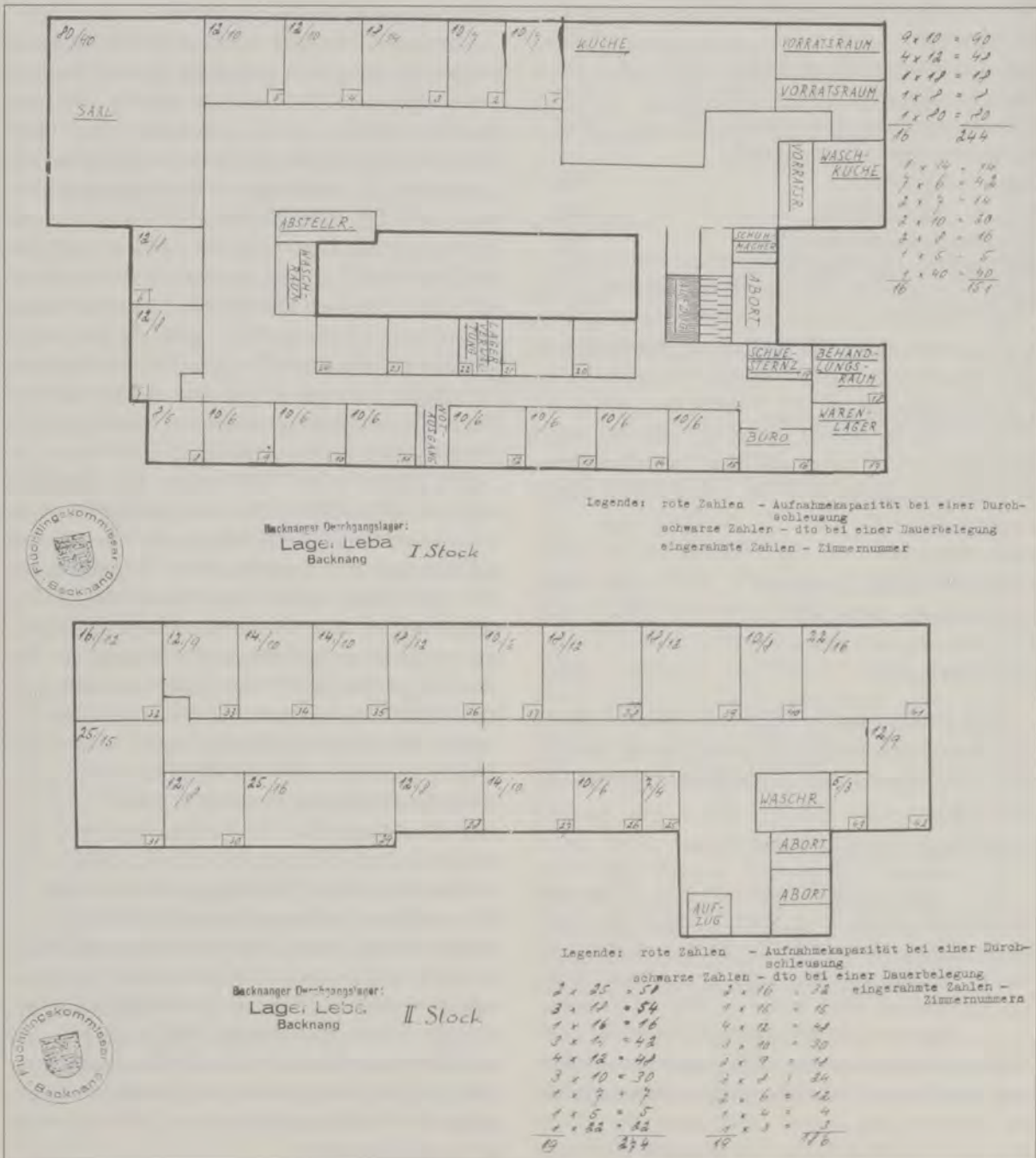
<sup>42</sup> Ebd., S. 16.

<sup>43</sup> StAL EL 21/11 3301, Bd 1.

Sowohl das Lager Leba als auch das Lager Maubacher Höhe waren vom Juni 1947 an Auswanderungslager für Mennoniten. Als die Auswanderung im Herbst 1949 fast abgeschlossen war – etwa 2 000 Auswanderer hatten das Lager passiert – wurden alle Mennoniten im Lager Maubacher Höhe zusammengezogen. Über die Auswanderungslager und die

Auswanderung liegt eine besondere Arbeit vor.<sup>21</sup>

Leba war nun frei für neue Bewohner, die „illegalen Grenzgänger“ aus der Ostzone. Über diese schrieb das „Backnanger Tagblatt“ am 29. Dezember 1949: *Das Leba-Lager hat neue Bewohner bekommen, etwa 200 illegale Grenzgänger, die das große Glück hatten, die*



Belegungsplan Lager Leba, Oktober 1950.

<sup>21</sup> Horst Klassen: Nationalität Mennonit? Mennonitische Auswanderungslager in Backnang 1947 bis 1953. In: Mennonitische Geschichtsblätter, 54, 1997, S. 89 bis 115.



scharfe Auslese im Auffanglager Gießen zu überstehen. Sie sind nach kurzem Aufenthalt im Lager Kornwestheim nach Backnang gekommen. Sie werden hier bleiben, bis eine Kommission über ihr endgültiges Schicksal entscheidet, und so bleibt ihnen nichts anderes übrig, als das zu tun, was auch die vielen fremdländischen Vorgänger ihres Lagers tun mußten, sie müssen warten. Als sie noch jenseits der Grenze waren, der unverständlichen, mitten durch Deutschland laufenden Grenze, da kannten sie nur einen Gedanken: Wenn wir nur erst drüben wären, da war die Freiheit, gutes Essen, das Leben ohne Furcht. Aber als sie das Ziel ihrer Wünsche erreicht hatten unter unsäglichen Mühen, unter Todesängsten, da mußten sie erkennen, daß sie nicht am Ziel ihrer Wünsche standen, sondern erst am allerbittersten, allerkleinsten Anfang. Denn der Westen ist kein goldenes Paradies. Wer sich eine neue Existenz aufbauen will, der muß alle Illusionen hinter sich lassen und sich auf einen harten Lebenskampf einstellen. Etwas von dieser zwischen wirklichkeitsferner Hoffnung und enttäuschter Ernüchterung schwankenden Stimmung ist in jeder der Stuben des Leba-Lagers zu finden.

Die Alten hocken auf ihren Betten. Ihre Gespräche kreisen um Vergangenes. Anders ist es mit den jüngeren Leuten. Sie sind bewußt in den Westen gekommen und wissen, was sie zu erwarten haben. So illusionslos wie der fünf- unddreißigjährige Schachtmeister, dem als SPD-Funktionär schließlich nichts anderes übrigblieb als die Flucht über die grüne Grenze. Der Sachse: „Nu nee, mr gennen eich doch nich zer Last falln.“ Man verläßt ihn in dem Gefühl, hier ist einer, der vor dem neuen Leben keine Angst hat und der sich durchsetzen wird. Nicht anders steht es mit einem anderen politischen Flüchtling, einem Journalisten, der Zeit seines Lebens für seine Ideen eingestanden ist und den selbst sechs Jahre Konzentrationslager nicht zerbrechen konnten. „Zuerst habe ich die Russen für Befreier gehalten. Schnell genug mußte ich erkennen, daß sie nicht als Sozialisten nach Deutschland gekommen waren, sondern als unersättliche Räuber.“ Als er sich dagegen wehrte, daß die von ihm geleitete Gewerkschaftsspalte in der Zeitschrift *Kunst und Schrifttum* nichts anderes sein sollte als eine Befehlsempfängerin der kommunistischen Partei, war sein Schicksal besiegelt. Ein Freund

denunzierte ihn. Er floh mit Frau und Kindern und wurde über Nacht zum armen Mann. „Ihr wißt ja nicht, wie gut ihr es hier habt. Hier darf man doch sagen, was man denkt.“ Vor allem trafen wir auch Kinder, die nicht wußten, wie erbarmungswürdig sie aussehen. Fast nackt sind viele nach den Worten des Lagerleiters hergekommen. Der Flüchtlingskommissar hat sich mit allen caritativen Organisationen in Verbindung gesetzt und sie um Kleiderspenden gebeten.

Der Flüchtlingskommissar sollte dem Ministerium berichten, welche Bedürfnisse die Frauen nach geistiger Betreuung hätten. Darauf meldete der Lagerleiter von Leba am 15. Mai 1950: Die Frauen wollen Wohnung und Arbeit. Vorgeschlagene Themen wie die Gleichberechtigung der Frau oder die deutsch-französische Verständigung interessierten sie zur Zeit nicht. Von den 299 Lagerbewohnern am 19. Oktober 1950 waren 82 Deutsche und 8 Ausländer in einem festen Arbeitsverhältnis. Sie hatten 113 Angehörige. In Gemeinschaftsverpflegung standen 262 Personen, 22 waren Selbstversorger, 14 befanden sich im Revier oder im Krankenhaus, einer war in Kurzurlaub. Schon einige Tage später schrieb das Backnanger Tagblatt, daß für voraussichtlich vier Wochen ein Teil des Lagers für 150 DP's geräumt werden muß. Für 1950 liegen folgende Belegungszahlen vor, am 30. April 290 illegale Grenzgänger, 6 „kreiseigene“ Flüchtlinge und 22 Ausländer, am 15. November 280 und am 31. Dezember 171 Insassen.

Die Lederwerke forderten von 1951 an mit steigendem Druck die Freimachung ihrer Produktionsräume. Die Industrie- und Handelskammer wurde eingeschaltet. Sie machte am 18. Januar den Staatsbeauftragten in Stuttgart darauf aufmerksam, daß die Produktion eingeschränkt sei und erlaubte sich den Hinweis, daß die Belegung mit Flüchtlingen schon im Dritten Reich erfolgt sei, als die Firma geschlossen wurde. Dies stimmte allerdings nicht, ausländische Arbeiter waren die Bewohner. Auch das Landratsamt schaltete sich ein: 170 Arbeiter könnten eingestellt werden, wenn endlich geräumt sei. Auch die Gewerkschaft Leder meldete sich. Es kam zur Besprechung im Landratsamt, bei der als Termin der Räumung der 1. Oktober 1951 genannt wurde. Der Termin konnte nicht eingehalten werden. Das Innenministerium verfügte am 9. Novem-



*Lederwerke Backnang, 1948: Vordergrund links: In den beiden obersten Stockwerken Lager „Leba“. Hintergrund: Wiederaufbau des 1945 gesprengten MurrtaIVIadukts.*



*Lederwerke Backnang: Flüchtlingslager „Leba“ in den beiden oberen Stockwerken 1945 bis 1955.*

ber 1951, Leba bleibe bis zum 31. Dezember 1952 Flüchtlingslager. Verwaltungsmäßig trat am 1. Oktober 1951 eine Änderung ein. Die Zuständigkeit ging vom Kreis auf das Land über.

„Ein Slowake hat das Wort“, unter dieser Überschrift erschien am 24. März 1951 der folgende Artikel im Backnanger Tagblatt: *Wir Flüchtlinge, die im Leba untergebracht sind, haben es bestimmt nicht einfach. Unser Heim, ein Fabrikgebäude, gleicht einem Ameisenhaufen. Und über all dem Leid die Hoffnungslosigkeit. Und trotz alledem, wir Slowaken, die das Glück hatten, von der bisherigen ausländischen Betreuung in deutsche Verwaltung übernommen zu werden, sprechen dafür unseren besonderen Dank aus, denn wir werden trotz aller Schwierigkeiten jetzt menschlicher behandelt als je zuvor. Und besonderen Dank möchten wir unserer Lagerleitung sagen, die wie fast alle Deutschen, uns, nachdem wir uns als anständige und ehrliche Menschen gezeigt haben, nicht mehr als lästige Ausländer sondern als Mitmenschen behandelt.* Doch dann berichtet er über ein ärgerliches Erlebnis bei einer Geburtstagsfeier, die in einer Gaststätte in schönster Harmonie mit Deutschen zusammen

stattfand. Zwei später dazugekommene deutsche „Friedenstauben“ erklärten sich als Anhänger Stalins, sie hätten einen Strick für die antikommunistischen Slowaken und würden Stalin Deutschland zum 72. Geburtstag schenken. Da endete die schöne Feier mit einem Mißklang.

Am 22. Juni gab es nur noch Deutsche im Lager. Für 1951 sind folgende Belegungszahlen bekannt: am 8. Januar 330, davon die Hälfte Ausländer; am 28. Februar 538, am 31. Mai 292, verwaltet von 5 Kräften; im Juli 289, davon 215 in Gemeinschaftsverpflegung; am 6. Oktober 284.

Auch 1952 kam es nicht zur Räumung. Als neuer Termin wurde der 30. Juni 1953 genannt. Im August 1952 faßte der Staatsbeauftragte die beiden Lagerleitungen in Backnang zu einer mit der Bezeichnung „Staatliche Durchgangslager Backnang“ zusammen. Lagerleiter Holda schied aus. Leiter der neuen Stelle wurde der bisherige Leiter des Lagers Funkerkaserne in Stuttgart, Otto Haug, Stellvertreter Otto Hojsack. Am 1. Januar 1952 war das Lager mit 285, am 1. Dezember mit 330 Personen belegt. Als Belegungsdichte sind am 31. Juli bei 260 Personen 4,0 m<sup>2</sup> angegeben.



Lederwerke Backnang 1948: In den beiden oberen Stockwerken Lager „Leba“. Geheizt wird mit „Kanonenofen“.

Das Regierungspräsidium übergab mit Verfügung vom 9. Mai 1953 Leba an den Kreis: *Im Einvernehmen mit dem Ministerium für Heimatvertriebene ist der Staatsbeauftragte für Flüchtlinge bereit, das Teillager Leba dem Kreisverband Backnang als Notunterkunft zur vorläufigen Unterbringung von den dem Kreis Backnang aus den Regierungsdurchgangslagern zugewiesenen Flüchtlingen zu übergeben. Es wird davon ausgegangen, daß mit dem Zeitpunkt der Übernahme des Lagers die Gemeinschaftsverpflegung eingestellt wird und die Insassen der Notunterkunft auf Selbstverpflegung angewiesen sind.*<sup>45</sup> Der Kreis beantragte daraufhin 45 Herde mit je zwei Kochstellen für die Notunterkunft der Sowjetzonenflüchtlinge, die zunächst noch nicht wohnungsmäßig untergebracht werden konnten. Er schloß am 16. September 1953 folgenden Mietvertrag mit den Lederwerken, dessen wichtige Sätze lauten: *Zur Unterbringung von Flüchtlingen werden in der Fabrikstraße 45 im 1. und 2. Stock 2 202 m<sup>2</sup> und im Erdgeschoß 144 m<sup>2</sup> vermietet. Das Mietverhältnis beginnt mit dem 1. Juli 1953. Es endet bezüglich des 1. Stocks bis 1. März 1954, bezüglich der übrigen Räume bis 1. Oktober 1954. Mit der Vorgängerin wurden wiederholt Räumungstermine vereinbart, die jedoch immer wieder hinausgeschoben werden mußten, weil angeblich anderwärts keine Möglichkeit zur Unterbringung der Flüchtlinge bestand. Die neue Vertragsdauer ist definitiv, sie kann nicht mehr verlängert werden.*<sup>46</sup>

Bei der Umstellung auf Selbstverpflegung gab es noch Schwierigkeiten mit den Bewohnern, weil nicht alle Voraussetzungen vorlagen, vor allem, weil die Menschen nicht sofort Geld hatten. Bei der Besichtigung der „Notunterkunft Leba“ am 12. November 1954 kamen jedoch keine Klagen mehr. Anwesend waren zwei Beamte des Regierungspräsidiums, der Kreisbeauftragte Hackert und der Lagerleiter Eisoldt. In der Niederschrift heißt es, daß das Lager mit 195 Flüchtlingen belegt ist. Die Flüchtlinge wurden in den Kreis eingewiesen und werden beim Vorhandensein geeigneter Wohnungen aus dem Lager genommen werden. Das Lager entspreche allen Anforderun-

gen, die vernünftigerweise an eine Notunterkunft gestellt werden könnten. Zu berücksichtigen sei, daß es sich um die vorübergehende Unterbringung und nicht um normale Wohnungen handele. Am 15. September 1954 wurde die Notunterkunft teilweise aufgelöst, am 1. Oktober erhielten die Lederwerke das 1. Stockwerk zurück. Am 31. Juli 1955 endete das Lager Leba.

#### Lager Maubacher Höhe

Das Lager befand sich oberhalb des Bahnhofs Backnang an der Stelle, wo heute das Max-Born-Gymnasium steht. Es war 1935/1936 von der Stadt für den Reichsarbeitsdienst (RAD) gebaut worden. Den Mietvertrag vom 16. Juni 1936 zwischen der Stadt Backnang und dem RAD, Arbeitsgau XXVI Württemberg, genehmigte die RAD-Führung in Berlin am 10. November 1936. Das Mietverhältnis begann am 1. April 1936.<sup>47</sup> Der RAD arbeitete unter anderem an der Verlegung der Murr im Stadtgebiet. Im Kriege wohnten im Lager Arbeitsmädchen des weiblichen RAD. Das amerikanische Militär beschlagnahmte das Lager 1945, um es als Kriegsgefangenenlager zu verwenden. Vom Frühjahr 1946 bis zum Abbruch 1955 war es Flüchtlingslager.

Im Jahre 1950 hatten die acht Baracken 57 Räume mit 1 192 m<sup>2</sup> für Flüchtlingsunterkünfte. In einer Baracke befand sich ein Hilfskrankenhaus mit 32 Betten, in einer anderen Baracke waren Verwaltung und Hausmeisterwohnung. Bei Durchschleusungen konnten 459 Personen (8,0 pro Raum), bei Dauerbelegungen 370 (6,2 pro Raum) untergebracht werden. Der Lageplan und der Plan der Baracken I und II zeigen Näheres.<sup>48</sup>

Im Sommer 1945 wurden 250 Kriegsgefangene von Heilbronn zur Maubacher Höhe verlegt. Gerhard Orłowski, geboren 1914 im Kreis Osterode in Ostpreußen, war dabei: *Wir wurden von bewaffneten Polen in schwarzer Uniform bewacht. Unsere Aufgaben waren unter anderem Holzfällen, Aufräumarbeiten an zerstörten Brücken und Gebäuden, Abbau der Hirth-Motoren-Werke in der Lederfabrik Backnang. Die Polen, im Kriege oft als Menschen zweiter Klasse behandelt, wollten sich rächen*

<sup>45</sup> StAL, EL 21/11 4201/1

<sup>46</sup> StAL, EL 21/11 4201/38

<sup>47</sup> StAL, EL 21/11 4201/ Bericht Lagerverwaltung Backnang, 4. 11. 1953.

<sup>48</sup> StAL, EL 21/11 3301, Bd I.



Lager Backnang, Maubacher Höhe: Reichsarbeitsdienstlager 1936 bis 1945, Flüchtlingslager 1946 bis 1955.



Lager Backnang, Maubacher Höhe, 1947.



und ließen ihre Wut an uns aus. Sie wurden durch den amerikanischen Offizier gezügelt. Einmal raubten sie uns nachts aus, doch der Amerikaner zwang sie, das Geraubte zurückzugeben. Bürgermeister Wohlfarth setzte sich 1946 beim Militär für die Entlassung dieser Kriegsgefangenen – viele hatten ihre Heimat verloren – nach Backnang ein. Das gelang ihm. Ich bekam die Stelle als Hausmeister im Lager Leba noch bevor die Vertriebenen Transporte aus der Tschechoslowakei, Ungarn und anderen Ländern eintrafen.<sup>49</sup>

Nach der Freigabe übernahm das Land Württemberg-Baden das Lager. Erster Lagerleiter wurde am 8. Mai 1946 Ottokar Hojsack, geboren 1892 in Iglau in Mähren. Otto Petrich, geboren 1917 an der Warthe, übernahm die Stelle des Hausmeisters und Emil Nitschke, geboren 1901 in Aslau, wurde Koch. Auch einen Lagerarzt gab es, Dr. Karl Sernetz, geboren 1891 im Kreis Nikolsburg in Mähren, zuständig für alle Flüchtlingslager im Kreis. Seine und des Nachfolgers Monatsberichte von 1946 bis 1955 sind erhalten und eine aufschlußreiche Quelle für das Lager Maubacher Höhe.<sup>50</sup> Im Rückblick am 31. Dezember 1946 heißt es:

*Es soll heute über die Einstellung der Flüchtlinge in voller Offenheit berichtet werden. Am 1. November 1946 schrieb ich, daß sich die Deutschen aus Ungarn im Gegensatz zu den Sudetendeutschen im großen und ganzen mit ihrer Lage abgefunden hätten. Dies trifft nicht mehr zu. Immer wieder die Frage, ob und wann sie in die Heimat können. Die Schlesier rechnen mit der Möglichkeit, daß ein Teil des von den Polen besetzten Gebiets zum Reich zurückkommt. Viel bedeutsamer ist jedoch die Tatsache, daß alle Flüchtlinge ihre jetzige Lage nicht für endgültig halten und zwar weniger denn je. Viele sind religiöser geworden und glauben an eine Gerechtigkeit, die sich früher oder später an den Tschechen, Polen usw., erfüllen wird, wie es auch bei uns der Fall war. Die Vertriebenen können ihre jetzige Lage nicht auf ein persönliches Verschulden zurückführen. 90 % der Flüchtlinge verfügen nicht über ein eigenes Bett, sondern müssen zu zweit, wenn nicht gar zu dritt, in einem Bett schlafen. Die Flüchtlinge bilden eine formlose*

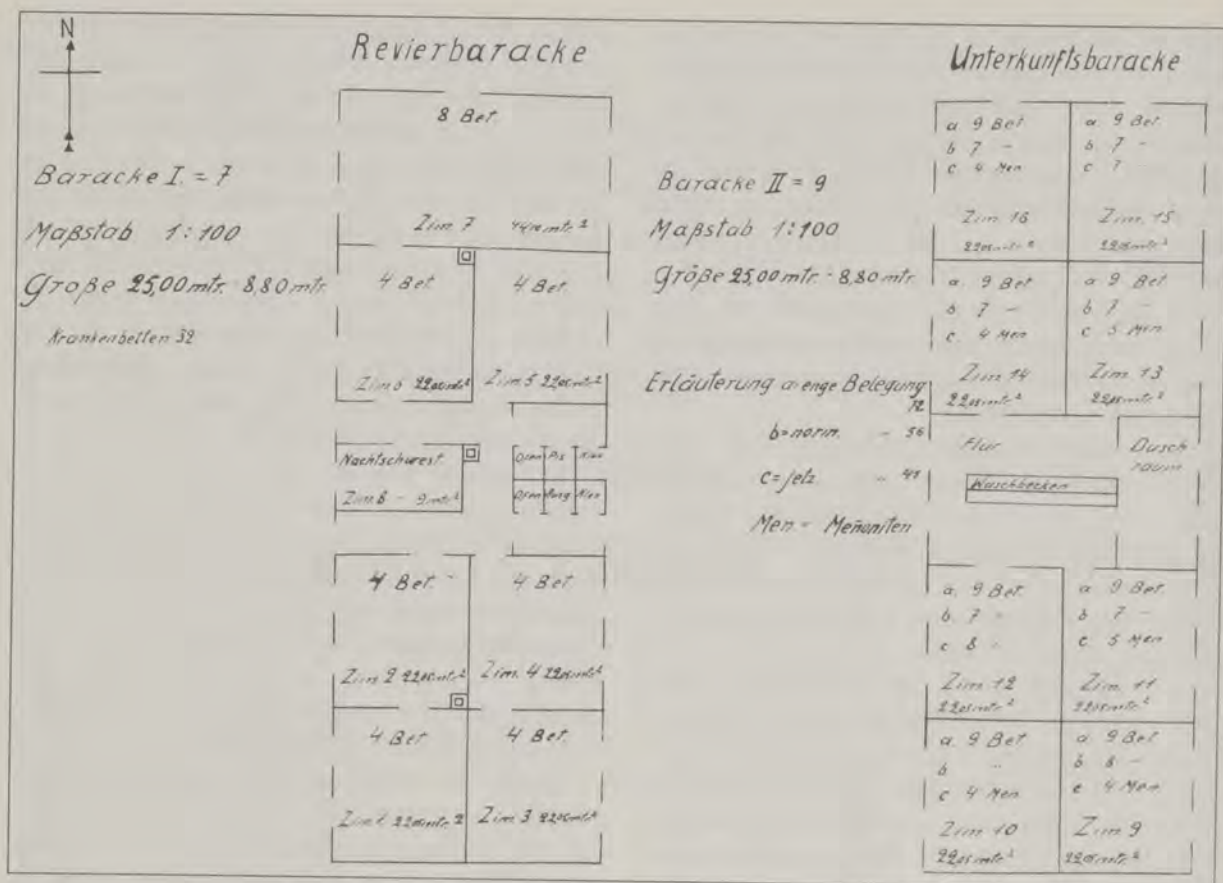
*Masse ohne soziale Gliederung. Es gibt nur Arme und Ärmste. Das erschwert auch die Einstellung der einheimischen Bevölkerung zu ihnen, da sie gewissermaßen als Bettler kommen. Die Flüchtlinge ihrerseits empfinden es als beschämend, insbesondere jedoch als ein schweres Unrecht, das sie wehrlos über sich ergehen lassen mußten und müssen. Es wird mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß der Großteil der Flüchtlinge noch die aus der Heimat mitgebrachten Kleider, Schuhe und Wäsche trägt. Wenn diese aber verschlissen sind, gibt es genügend Ersatz?*

Dr. Sernetz betrieb 1947 energisch die Einrichtung eines Hilfskrankenhauses auf der Maubacher Höhe. Deshalb fuhr er mit Bauplänen und dem Empfehlungsbrief des Flüchtlingskommissars am 19. Februar 1947 zum Staatsbeauftragten nach Stuttgart. Er hatte Erfolg. So konnte er am 14. Mai 1947 den Beginn der Zu- und Umbauten für das Hilfskrankenhaus der Flüchtlinge melden.

Weil die Vertriebenen Transporte weniger wurden, verlangte die kommunistische Fraktion von der Stadt Bemühungen um die Freigabe der beiden Durchgangslager. Das tat die Stadt, doch der Bürgermeister erhielt die Antwort, das Lager komme zur Stadt zurück, aber erst in acht Jahren. Im Juni 1947 hatte es eine neue Situation gegeben. Das Lager wurde Auswanderungslager der Mennoniten. Sie hatten ihre Heimat in Südrußland und Galizien in Polen verloren und wurden vom Mennonite Central Committee aus den USA zur Auswanderung vorbereitet. Der Lagerarzt schrieb am 16. Juli 1947: *Ungefähr seit drei Wochen sind in den beiden Flüchtlingslagern der Stadt an die 600 Mennoniten untergebracht. Da sie, sofern sie gesund sind, nach Kanada zu ihren Verwandten und Glaubensgenossen auswandern sollen, müssen sie vorher geröntgt werden. Die Kranken dürfen jedoch nicht nach Kanada und werden deshalb von ihren Glaubensgenossen in Paraguay übernommen werden.* Folgende Belegungszahlen sind für 1947 bekannt: Am 13. Januar 164; am 31. März 68 am 14. Mai 161, vorwiegend Polen und Ukrainer, 31 Sudeten-Deutsche und 15 Japan-Deutsche; am 9. Juli 387, davon 346 Mennoniten.

<sup>49</sup> Gespräch des Verfassers mit G. Orłowski, 11. 12. 1997.

<sup>50</sup> StAL, FL 30/2. Staatliches Gesundheitsamt Backnang, Monatsberichte 1946 bis 1955.



Lager Maubacher Höhe 1950: Baracken I und II mit Größenangaben, Zweckbestimmung, Belegung.

1948 gab es immer noch kein Hilfskrankenhaus, nur ein Krankenrevier. Erst am 24. November wurde das Hilfskrankenhaus genehmigt, weil das Kreiskrankenhaus wegen Überbelegung nicht immer Insassen der Durchgangslager aufnehmen konnte. Am 6. April 1949 begann der Betrieb mit 51 Betten. Als die Auswanderung der Mennoniten im wesentlichen abgeschlossen war, kamen die Mennoniten aus dem Lager Leba auch auf die Maubacher Höhe. Es waren noch 200. Am 30. April 1950 sind 143 Mennoniten und ein kreiseigener Flüchtling im Lager, am 11. Oktober werden 229, am 15. November 147 Lagerinsassen gezählt. Es ist nicht mehr so eng, aber der Lagerarzt schreibt, in allen Lagern wurde über Mängel geklagt. 1946 habe man sich mehr oder weniger resigniert abgefunden, heute aber nicht mehr.

Dr. Sernetz verließ am 17. April 1951 Backnang. Der Nachfolger Dr. Wendel verlangte Verbesserungen der Verhältnisse, da es zur Regel geworden sei, daß Menschen ein, zwei und mehr Jahre im Lager verbleiben. Er meinte wahrscheinlich den Rest Mennoniten, die nicht

auswandern durften oder auch nicht mehr wollten. Einige waren bereits seit 1947 in Backnang. Im Juli wurde das Lager geprüft. Die Vorschläge: Auflösung des Hilfskrankenhauses und des Warenlagers. In den folgenden Monaten verteidigte der Lagerarzt die Notwendigkeit des Hilfskrankenhauses, nicht ohne Erfolg. Lagerleiter Hojsack wurde im August Stellvertreter der neuen Dienststelle „Staatliche Durchgangslager Backnang“, zu der beide Lager zusammengefaßt wurden. Im selben Jahr begannen die Mennoniten mit den Vorbereitungen zum Bau einer eigenen Siedlung, um aus dem Lager herauszukommen. 1951 schwankten die Belegungszahlen zwischen 289 und 306 Personen.

Im Juli 1952 wurden in der Baracke VII große Räume durch Hartfaserplatten geteilt. Nun hatten 12 Familien endlich einen verschließbaren Raum für sich. Die Aufteilung der Räume durch Decken entfiel. Auch forderte der Lagerarzt jetzt für jede Familie eine eigene Toilette und Abstellräume, damit die Flure frei werden. Doch bald wurde es wieder enger, immer mehr Sowjetzonenflüchtlinge kamen.



Waren im Januar 163 Personen im Lager, waren es im Juli schon wieder viel mehr, nämlich 310. Der Lageraufenthalt dauerte Monate. Im Laufe des Jahres 1953 verließen die Mennoniten die Maubacher Höhe und zogen in ihre Siedlung nach Sachsenweiler. Das Hilfskrankenhaus wurde zum 1. Mai aufgelöst. Das Lager war jedoch voll- und überbelegt mit Sowjetzonenflüchtlingen. Am 11. Dezember befanden sich bei einem Soll von 350 Personen 379 im Lager. Die Sowjetzonenflüchtlinge hießen nun Zuwanderer.

Als Standort für ein neues Gymnasium hatte der Gemeinderat am 26. November 1953 die Maubacher Höhe vorgesehen. Das nächste Jahr war deshalb mit Verhandlungen und Planungen für den Neubau des Gymnasiums und für den Wohnungsbau zur Unterbringung der Lagerbewohner ausgefüllt. Die Stadt erhielt Unterstützung durch das Regierungspräsidium, das am 8. Februar 1954 die zu starke Belegung des Lagers beanstandete und den schlechten baulichen Zustand der Baracken feststellte. Die Prüfer schlugen die Auflösung des Lagers vor. Aber am 16. September 1954 war es immer noch mit 391 Personen belegt. Das Ende des Lagers kam 1955. Am 1. August wurde die Lagerverpflegung eingestellt. Zu diesem Zeitpunkt waren noch 226 Bewohner da. Sie wurden in den nächsten Wochen auf verschiedene Landkreise verteilt. Am 30. September 1955 schloß das Lager seine Türen. Die Stadtverwaltung übernahm die Baracken und brach sie noch im Oktober ab.

#### Lager Seminar

Das Lager befand sich im 1909 errichteten Lehrerseminar an der Aspacher Straße. Wer mit der Bahn in Backnang ankommt oder auf dem Burgberg steht, sieht sofort das repräsentative Gebäude auf dem Hang im nordwestlichen Teil der Stadt. 1934 wurde aus dem Lehrerseminar eine Nationalpolitische Erziehungsanstalt (Napola). Das war eine Oberschule (Gymnasium) mit Internat, die die Führungselite des Reiches heranbilden sollte, keine Parteischule. 1945 beschlagnahmten die Amerikaner das Gebäude als Lazarett für ihr Militär, 1946 übergaben sie es an die UNRRA zur Unterbringung von DP's.

Kreisbeauftragter  
für das Flüchtlingswesen des  
Landes Backnang

-----  
 Name: P. Obermüller, Backnang  
 -----  
 Anweisung  
 mit Lieferern überbringer vom  
 Flüchtlings-Durchgangslager  
 -----  
Maubacher Höhe  
 -----  
 Ware: 6.750 kg Margarine  
 -----  
 Lieferort: Freitag, den 29.7.48  
 Verwaltung  
 der Flüchtlings-Durchgangslager  
 -----  
 Backnang  
 Backnang, den 26.7.48

*Anweisung der Lagerverwaltung vom 26. 7. 1948 zur Lieferung von Margarine an das Lager Maubacher Höhe.*

In dem DP-Lager befanden sich von 1946 bis 1949 Juden, von 1949 bis 1950 andere heimatlose Ausländer, vor allem Weißruthenen (Weißrussen). Fast drei Jahre stritt man eifrig um die Verwendung des Gebäudes. Es wurde am 28. Mai 1952 von der Besatzungsmacht freigegeben, aber die Stadt bekam es nicht. Sie erhielt nur einige Räume für die Volksschule, die im November bezogen werden konnten. Ganz unerwartet kam im März 1953 die Beschlagnahme des Gebäudes als Durchgangslager für Ostzonenflüchtlinge. Viele Jahre waren darin 1000 Zugewanderte untergebracht. 1961 zog ein Teil der Volksschule, jetzt Mörke-Schule, von der Bahnhofsstraße in das Seminar. Das Lager wurde am 28. Februar 1962 aufgelöst.

Über die Zeit der Belegung des Seminars mit Juden war in deutschen Archiven und Zeitungen nur wenig zu finden, da die deutschen Behörden an der Verwaltung nicht beteiligt waren. Sie hatten auch keinen Zugang zum Lager. Ein erster Hinweis steht im Gemeinderatsprotokoll vom 11. März 1946: [...] sind dem Beschaffungsamt durch die Belegung des früheren Seminars mit Juden durch die UNRRA neue Aufgaben entstanden. Was das für Aufgaben waren, erfährt man nicht. Am 7. Dezember 1946 gab es im DP-Center 606 Backnang 266 polnische, 134 rumänische, 100 ungarische, 31 tschechische, 3 deutsche und 2 andere Juden, insgesamt 536.<sup>31</sup> Die amerikanische

<sup>31</sup> Ulrich Müller: Fremde in der Nachkriegszeit. Displaced Persons in Stuttgart und Württemberg 1945 bis 1951, Stuttgart 1990, S. 139 ff.

Backnang



*Lehrerseminar Backnang: Flüchtlingslager 1945 bis 1950 und 1953 bis 1962.*

Besatzungszone war in fünf Distrikte für Judenlager aufgeteilt. Zum Distrikt 1 Stuttgart gehörten die Judenlager Backnang, Fellbach, Heidenheim, Stuttgart und Wasseralfingen. Fragt man Backnanger nach dem Judenlager, so fällt, wenn man überhaupt etwas darüber weiß, das Wort „Schwarzhandel“. Beziehungen zwischen Backnangern und Lagerbewohnern scheinen kaum bestanden zu haben. Sie waren von jüdischer Seite auch nicht gewünscht. Erst am 18. August 1948 erschien ein ausführlicher Artikel in den „Backnanger Nachrichten“ unter der Überschrift *Blick in das Backnanger IRO-Lager. 600 jüdische DPs warten auf ihre Ausreisegenehmigung*. In dem Artikel heißt es über das seit 1946 bestehende Lager:

*Standen sie auch anfangs vor leeren und ungemütlichen Räumen, so konnten sie sich jedoch im Laufe der Zeit leidlich einrichten und ihr Leben einigermaßen menschlich gestalten. Gegenwärtig bietet das Lager 600 Personen Unterkunft, davon sind 200 bei der Arbeit. Alle haben sie nur einen Wunsch, nämlich möglichst bald die Ausreisegenehmigung in ihre endgültige Heimat zu bekommen. 85 %, also die überwiegende Mehrheit, wollen nach Palästina, die restlichen 15 % werden von ihren Angehörigen, die teils in Amerika, Australien und anderen Ländern ansässig sind, erwartet. Vorläufig aber läßt der Lagerleiter, Herr Goldberg, nichts unversucht, Abwechslung in das eintönige Leben der Lagerinsassen zu bringen. Wöchentlich findet eine Kinovorführung amerikanischer, deutscher und jüdischer Filme statt. Ein „Dramatischer Zirkel“ pflegt das Laienspiel. In Abendkursen ist den älteren DPs Gelegenheit geboten, die englische und hebräische Sprache zu erlernen. Zwei Ärzte und drei Schwestern sind um die Gesundheit der Seminarbewohner besorgt. Die sieben- bis vierzehnjährigen Kinder können die Lagerschule besuchen, in der neben den üblichen Fächern verschiedene Sprachen, wie die polnische, hebräische, deutsche und englische gelehrt werden. In einem Sportclub wird Fußball gespielt und Leichtathletik getrieben. Die Kleinsten finden sich täglich im Kindergarten zusammen. Jugendliche, die die Schule verlassen haben, können sich in Fachschulen für ihren späteren Beruf vorbereiten. Bisher neh-*

*men 72 Schüler daran teil. In einer Schneiderwerkstatt sind 50 Personen beschäftigt, die Bekleidung für die Besatzungstruppen herstellen. Es ist der sehnlichste Wunsch jedes einzelnen, so schnell wie möglich unser Land zu verlassen. Der Lagerleiter rechnet fest damit, daß im kommenden Monat laufend Ausreisegenehmigungen ausgegeben werden können.*

Einmal meldete der amerikanische Kreisoffizier: *Jüdische DPs greifen deutsche Polizei an*. Es war zu einem Zwischenfall gekommen, weil die städtische Polizei auf Anweisung des Bürgermeisters Schwarzmarktaktivitäten der örtlichen DPs vor dem Lager kontrollieren wollte. Einem Deutschen, der von Stuttgart mit dem Auto gekommen war, wurden Zigaretten, Schokolade und andere Artikel angeboten. 20 bis 30 DPs befreiten den Deutschen, als er von der Polizei vernommen wurde. Im IRO-Camp befanden sich am 1. August 1948 noch 486 Personen.

Am 13. April 1949 gab der Bürgermeister bekannt, daß das IRO-Lager demnächst von Juden geräumt wird, jedoch dafür Letten und Polen kommen. Das alarmierte die Bevölkerung, denn die Polen waren seit 1945 nicht in guter Erinnerung. Es wurde jedoch besser als befürchtet. Zwar kamen, wie der Murrthalbote am 21. Mai 1949 schrieb, 221 Weißruthenen aus dem Lager Giebelstadt und 400 aus Michelsdorf bei Cham in Bayern, doch gab es keine Probleme. Der Kreisoffizier meldete am 26. Mai 1949: *Während der Berichtswoche kamen annähernd 600 DPs weißrussischer Nationalität im örtlichen Lager an, das vier Wochen vorher von jüdischen DPs geräumt worden war. Die Deutschen hier waren enttäuscht. Sie hatten gehofft, daß das Gebäude in deutsche Hände übergeht, um die Schulraumnot zu beheben. Die allgemeine Furcht der Bevölkerung vor den neuen Bewohnern war unbegründet. Im Gegenteil, die Backnanger waren überrascht über die gute Führung der neuen DPs. Während früher viel Geschäftigkeit vor und um das Lager herrschte, wurden die gegenwärtigen Bewohner kaum bemerkt. Die örtliche Polizei zeigte sich sehr zufrieden. Es gab keinen einzigen Vorfall, an dem die DPs beteiligt waren.*<sup>29</sup>

Das „Backnanger Tagblatt“ brachte am 15. Oktober 1949 einen längeren Bericht über

<sup>29</sup> HStAS, Microfiches der amerikanischen Militärverwaltung Württemberg-Baden, OMGWB 12/73-3, 1 Field Reports.

die beiden Auswanderungslager in Backnang. Hier einige Auszüge daraus: Man irrt sich, wenn man glaubt, die Hügel rund um die Gerberstadt wären sozusagen aus dem gleichen Holz geschnitzt wie die anderen Hügel murr auf, murr ab. Wenigstens zwei haben es in sich. Der eine, die Maubacher Höhe, wird vom Barackendorf der Mennoniten gekrönt, ihrem Zentralauswanderungslager. Ein paar hundert Mennoniten sind dort droben auf dem Sprung zu den glücklicheren Glaubensgenossen in USA, Kanada und Südamerika. Was diese asketischen und disziplinierten Rußlandkolonisten flämischer und nordwestdeutscher Abkunft zutiefst bewegt, übersetzen ihre nächtlichen Lieder in wehmütige Klagemelodien, die weltliche Rhythmen haben und Gott preisen.

Der zweite Hügel trägt auf seinem Rücken die alte Napola. Man paukte Rassenlehre, Weltanschauung und daß die Juden schlechte Menschen seien. Was Wunder, daß schon ein Jahr nach dem nationalsozialistischen Debakel ausgerechnet Juden aus Osteuropa in dieses Haus einzogen. Und als die Juden glücklich verschifft waren, füllte sich die Napola mit neuen Überresten einer Katastrophenpolitik, mit weißrussischen DPs, die gleichfalls darauf warten, durchs Backnanger Tor in die neue Welt eingelassen zu werden. Sie alle warten darauf, die 750 Lagerinsassen, davon 380 Frauen. In den Schulräumen wohnen sie, eng gedrängt, aber glücklich. 50 von ihnen ziehen jede Woche das große Los der Displaced Persons, die Auswanderungsgenehmigung. Die meisten gehen nach Australien. Dort sind DPs für jede Arbeit erwünscht. Und die Weißruthenen scheuen vor keinem Handgriff. Die Weißruthenen sind so herrlich gesund und naiv, und doch ganz komplizierte Wesen. Denn ihre russische Weite lernen sie nie vergessen. Trotzdem wollen sie bis 30. Juni des kommenden Jahres das Backnanger Seminar endgültig geräumt haben. Bei Kriegsende weilten einmal 20 000 von insgesamt 20 Millionen Weißruthenen in den Westzonen, zu 90 % Bauernvolk.

DP sein heißt nicht gesetzlos zu sein. Wenn einer im Backnanger Lager nicht zu parieren gedenkt, wenn er eine Arbeit verweigert, wird er zu 14 Tagen ununterbrochener Lagertätigkeit verurteilt. Verurteilt vom lagereigenen Disziplinar-Komitee. 14 Tage sind die Mindeststrafe. Die Maximalstrafe ist die grausamste für einen

DP: sie heißt Ausstoßung aus dem Lager. Die eigene Lagerpolizei wacht über kleine Vergehen. Und wenn einer zuviel Schnaps konsumiert hat, muß er 24 Stunden im Gefängnis brummen. Und zu essen bekommt er keinen Bissen. Der Lagerleiter hat ein Monatsgehalt von 103,- DM. Von denen, die außerhalb des Lagers arbeiten, gibt jeder 5,- DM in die Lagerkasse, für die Zeitung aus der Ukrainischen Druckerei in Ulm, fürs Kino, für die Lehrer der eigenen Kinder. Zwei Lehrer müssen 57 Kinder in der Volksschule lehren, 77 Kinder müssen in den acht Klassen der Oberschule betreut werden. Die hohe Schule reicht bis zum Abitur. Dann steht der Weg zum Studium offen. Drei Studenten hat Backnang hervorgebracht. In den Kindergarten schicken die Eltern zur Zeit 60 Kinder. Von 7 bis 10 Uhr abends lernen 300 Weißruthenen die englische Sprache. In drei Monaten soll jeder so viel verstehen, daß er in Australien einkaufen kann. Da ist noch viel im Lager: der Volkschor, die eigene Bühne, die wöchentliche Vollversammlung. Da sind die ewigen Hoffnungen dieser Weißruthenen auf eine autonome Regierung in der alten Heimat. Da ist der Lagerdichter, der alles, was an Leben in diesem kleinen weißruthenischen Staat in der Gerberstadt Backnang ist, behend in Worte faßt.

Am 2. Mai 1950 konnten die Backnanger lesen: Seminar jetzt geräumt. Am Samstag sind die letzten Insassen des DP-Lagers ausgezogen. Über die künftige Verwendung ist noch nichts bekannt. Die Verwaltung der bisher beschlagnahmten Gebäude (Seminar und Wohnhaus Kaelble) ist am Freitag in die Hand deutscher Stellen (Amt für Besatzungsleistungen) übergegangen.

Fast drei Jahre stand das Seminar dann leer. Die Stadt bemühte sich um die Wiedereinrichtung als Lehrerausbildungsstätte. Andere Pläne sahen die Verwendung als Waisenhaus, Polizeikaserne, Polizeifachschule, Postschule und als städtische Schulen vor. Auch der Internationale Suchdienst aus Arolsen war im Gespräch. Zwischendurch beschlagnahmte die Besatzungsmacht das Gebäude für eine Kaserne. Nach der Rücknahme auch dieses Planes konnten wenigstens 6 Volksschulklassen im November 1952 einziehen. Alle Pläne erledigten sich durch das Ansteigen der Flüchtlingszahlen aus der Ostzone. Über Westberlin setzte eine Massenflucht ein. 45 000 Menschen

warteten dort auf den Abflug. Alleine an einem Tag kamen 3 000 Flüchtlinge in Westberlin an.

Noch am 5. März 1953 erklärte Bürgermeister Dr. Baumgärtner vor dem Gemeinderat, die ernste Sorge, daß das Seminar nunmehr mit Sowjetzonenflüchtlingen belegt werde, sei nach Ansicht der Landesregierung unbegründet. Zwei Tage später stand, zugleich mit der Meldung vom Tode Stalins, in der Zeitung, das Seminar sei für Ostzonenflüchtlinge beschlagnahmt worden. Am Tag vorher hatte der Bürgermeister das bei der Präsidialsitzung des Gemeindetages in Stuttgart erfahren. Er ließ sofort die seit zwei Jahren leerstehenden Wohnungen im Seminar mit Wohnungssuchenden beziehen und veranlaßte die Aufstellung von Schulmöbeln in vier weiteren Räumen. Das ging zu weit. Schon am 9. März waren die Vertreter des Vertriebenen- und Finanzministeriums beim Bürgermeister und beim Landrat und kritisierten heftig die Anordnungen. Die Lehrerwohnungen mußten sofort wieder geräumt werden. Sie versprachen, sich dann für die Verwendung von weiteren Räumen für die Schule einzusetzen.<sup>51</sup> Am nächsten Tag trafen sich Vertreter der Stadt, des Kreises, des Regierungspräsidiums, des Vertriebenen- und des Wirtschaftsministeriums und besichtigten das Seminar. Der Staatsbeauftragte für das Flüchtlingswesen, Hasenöhrl, stellte die Schwierigkeiten der Lage dar. Als Zugeständnis an Backnang wurden zu den sechs schon benutzten Schulräumen fünf weitere freigegeben mit der Verpflichtung, die Kinder der Seminarbewohner in den Backnanger Schulen zu unterrichten. Aus dem Zeitungsartikel darüber einige Auszüge:

*Hasenöhrl teilte weiter mit, daß das Seminar nun staatliches Landesdurchgangslager sei, das mit 1 000 bis 1 200 Personen belegt werde. Mit dem Eintreffen der Flüchtlinge müsse täglich gerechnet werden. Der Staatsbeauftragte gab außerdem davon Kenntnis, daß der Kreis Backnang außerdem 100 Ostzonenflüchtlinge aufnehmen müsse, die bis jetzt noch in den Flüchtlingslagern untergebracht sind. Es sei bis zu einem gewissen Grad verständlich, daß die Behörden sowie die Bevölkerung der Aufnahme neuer Flüchtlinge Widerstand entgegensetzen, doch dürfe nicht vergessen werden, daß es sich um ein gesamtdeutsches Problem han-*

*deln würde. Eine Ablehnung der Flüchtlinge bedeute das Leugnen des Gemeinschaftslebens. Vom 6. bis 31. März müssen aus Westberlin 49 300 Personen durch Flugzeuge in die Bundesrepublik befördert werden, davon entfallen auf Nord-Württemberg 5 200 Personen. Abschließend sagte der Redner, daß das Regierungspräsidium bemüht sein werde, die Wünsche der Stadt so weit wie möglich zu berücksichtigen. Das Ministerium habe sich zur Beschlagnahme des Seminars nur deshalb entschlossen, um nicht auf private Wohnräume zurückgreifen zu müssen.<sup>52</sup>*

Die Einrichtung des Lagers ging nun sehr schnell. Für 1 200 Personen war Platz zu schaffen, doppelt so viele Plätze wie bei der früheren Belegung mit Juden. Für die Ausrüstung wurden pro Platz 200,- DM genehmigt, also 240 000,- DM (bei der Abrechnung im Dezember waren nur 205 000,- DM verbraucht). Beschafft wurden zum Beispiel 600 Stahlrohr-Doppelbetten. Das Bezirksbauamt Ludwigsburg sollte bis Anfang April die Bauarbeiten soweit fertig haben, daß die Flüchtlinge einziehen könnten. Die Dienststelle „Staatliche Durchgangslager Backnang“ zog von der Maubacher Höhe in das Seminar um.<sup>53</sup> Eine ihrer Aufgaben war dafür zu sorgen, daß die Räume zweckentsprechend aufgeteilt wurden. Die übergroßen Räume erhielten Zwischenwände. Trotzdem war es nicht zu vermeiden, daß zwei und drei Familien in einem Raum wohnen mußten. Mitte März trafen bereits 8 Familien mit 35 Personen ein, die vorläufig noch auf der Maubacher Höhe untergebracht wurden. Der Stadt gelang es, die Schulraumfrage im Seminar zu lösen. Schulteil und Sportplätze wurden vom Lager abgetrennt. Die besetzten Wohnungen mußten wieder geräumt werden. Ende April, die Bauarbeiten waren noch nicht fertig, trafen die ersten 630 Flüchtlinge ein. Die Küche war noch nicht bereit, daher kam die Verpflegung täglich vom Lager Stuttgart-Stammheim.

Doch die Flüchtlinge waren voll Zuversicht. Am 30. April schrieb die Zeitung: *In einem Zimmer, das mit 12 Betten belegt ist – es hat eine Größe von etwa 30 m<sup>2</sup>, in dem vier Familien mit je drei Betten ein Unterkommen gefunden haben – steht außen an der Tür „Villa Sor-*

<sup>51</sup> Ungenannt: Kampf um das Lehrerwohngebäude des Seminars. In: Backnanger Kreiszeitung, 10. 3. 1953.

<sup>52</sup> Ungenannt: Voraussichtlich weitere fünf Schulräume im Backnanger Seminar. In: Backnanger Kreiszeitung, 12. 3. 1953.

<sup>53</sup> StAL, EL 21/11 3301 I, 1. 2.

genfrei“. Zwei Herren, Mitte fünfzig, sitzen an einem Tisch und schreiben. Einer ist Justizbeamter im polnisch besetzten Gebiet hinter der Oder-Neiße-Linie gewesen. Er mußte von dort weg und hatte sich einige Zeit in Neuruppin festgesetzt. Der andere war Leiter der Landwirtschaftsschule Angermünde. Im selben Zimmer ist auch eine Röntgenassistentin mit ihrem dreizehnjährigen Sohn aus Gotha untergebracht. Den Jungen hat sie schon zur Oberschule in Backnang geschickt. Das Arbeitsamt, bei dem sich alle Flüchtlinge melden müssen, hat alle Hände voll zu tun.<sup>36</sup>

Am 19. Mai war das Seminar vom Keller bis zum Dachgeschoß mit 1250 Flüchtlingen voll belegt. Die in den letzten Tagen gekommenen mußten in den schon belegten Zimmern zusätzlich untergebracht werden. Die 250 schulpflichtigen Kinder sollten ursprünglich in eine eigene Lagerschule gehen. Um die Kinder an ihre neue Umgebung zu gewöhnen, hatte die Lagerleitung die bereitgestellten Schulräume der im Gebäude schon vorhandenen Volksschule überlassen. Alle Kinder gingen somit in normale Schulen. Das Arbeitsamt bemühte sich mit Erfolg um Arbeit für die Lagerbewohner. Das wurde jedoch dadurch erschwert, daß der Anteil der Flüchtlinge „mit Intelligenzberufen“ sehr hoch war. Nach den Berichten der Zeitung waren die Flüchtlinge dankbar für die Hilfe der Regierung, der Hilfsorganisationen und der Bevölkerung. Ein Harry Lorenz aus dem Lager bedankte sich in einem Zeitungsartikel vom 23. Mai ausdrücklich und bat an die zu denken, die in den russischen KZ-Lagern eingesperrt sind oder ihre Freiheitsworte in Zuchthäusern abbüßen müssen. Er schloß mit einem Lob auf die Freiheit im Westen.

Eine Kommission der Verfassungsgebenden Versammlung besichtigte am 29. Mai das Lager. Flüchtlingsminister Fidler, Landtagsabgeordneter Schuster, Bürgermeister Dr. Baumgärtner und Oberstudiendirektor Dr. Sanzenbacher waren dabei. Bei den Unterhaltungen mit den Flüchtlingen zeigten diese den dringenden Wunsch, möglichst bald in den Arbeitsprozeß eingegliedert zu werden. In dem Zeitungsbericht werden folgende Zahlen genannt: In den vier Regierungsbezirken des Südweststaats sind rund 20000 Flüchtlinge aus der Sowjetzone

untergebracht. Außerdem befinden sich in den Landesdurchgangslagern Ludwigsburg, Ulm und Weinsberg 7300 Personen. Monatlich kommen 8000 Flüchtlinge aus dem Osten dazu.<sup>37</sup>

Aus dem Monatsbericht des Arbeitsamts für den Mai 1953 ergibt sich, daß in den drei Backnanger Lagern 2151 Flüchtlinge leben. Vor allem durch das Regierungsbezirkslager Seminar habe sich die Arbeitslage wesentlich verschlechtert. Von den 1500 neuen Flüchtlingen seien ein Drittel Arbeitssuchende. Schon am 4. August wurde gemeldet, der größte Teil der Arbeitssuchenden aus dem Seminar habe eine Stelle gefunden. *Wohlfahrtsverbände kleideten 2250 Sowjetzonenflüchtlinge ein* hieß es am 18. Juni. Jeder Flüchtling habe sechs bis acht Kleidungsstücke erhalten, Ehrenamtliche hätten fünf Eisenbahnwagen mit Kleidung und Wäsche bearbeitet. 13 Räume im Untergeschoß des Seminars seien dabei gebraucht worden.

Es gibt auch Beschwerden, unter anderem eine von Senator Carl Kaelble in einem Leserbrief. Seine Wohnung sei nicht bewohnbar, weil in aller Frühe das schreckliche Kindergeschrei losgehe. Aber bekanntlich sei Lärm gesetzlich geschützt. Auch an das Regierungspräsidium schrieb er und bat um Abhilfe, *ehe wir uns zu Verzweiflungsschritten hinreißen lassen*. Die Antwort war, er möge sich an die örtliche Polizeibehörde wenden, wenn die Lagerinsassen eine das erträgliche Maß überschreitende Ruhestörung verursachen.

Im November 1953 waren 1272 Personen im Lager, die Verwaltung bestand aus 14 Angestellten und 13 Arbeitern. Lagerleiter war Otto Haug, seine Bürokräft Barbara Bachmann. Das Lager hatte die fünf Abteilungen Organisation, Lagerinsassen, Unterkunft, Zahlstelle und Küche. Auszug aus dem Prüfungsbericht vom 8. Februar 1954: *Belegung 1331 Personen, Lager überbelegt. Jedem Lagerbewohner stehen 3 bis 3,5 m<sup>2</sup> Wohnraum zu. Überwiegend mehrere Familien in einem Raum. Kein zu langer Lageraufenthalt. Guter baulicher Zustand des Lagers.*<sup>38</sup> Einer Aktennotiz des Regierungspräsidiums vom 16. Februar ist noch zu entnehmen: Kapazität: 1200 Personen, Belegung 1317, von denen 187 in Arbeit stehen, Alters-

<sup>36</sup> Ungenannt: 650 Ostzonen-Flüchtlinge in Backnang eingetroffen. In: Backnanger Kreiszeitung, 30. 4. 1953.

<sup>37</sup> U.d.: Flüchtlingsausschuß besichtigte das Seminar. In: Backnanger Kreiszeitung, 30. 5. 1953.

<sup>38</sup> StAL, FL 21/11 3301, Bd 1, L 52.

aufgliederung: 116 Kinder unter 6 Jahren, 235 Kinder von 6 bis 14 Jahren, 174 Jugendliche, 390 Männer von 21 bis 65 Jahren, 377 Frauen von 21 bis 65 Jahren, 25 Personen über 65 Jahre. 275 Personen nehmen an der Gemeinschaftsverpflegung nicht teil. 625 Lagerbewohner sind den Kreisen zugewiesen, jedoch konnten sie noch nicht wohnungsmäßig untergebracht werden.<sup>59</sup>

Im August 1955 ist das Seminar Erstaufnahmelager für die dem Regierungsbezirk zugewiesenen Flüchtlinge geworden, weil die Gastlager des Landes Baden-Württemberg in Bayern, Traunstein und Bad Reichenhall aufgelöst worden waren. Interessant ist die Wahl Backnang statt Stuttgarts. In Stuttgart fänden die Flüchtlinge sofort Arbeit, dadurch sei die Einweisung in andere Kreise erschwert.

Der Gemeinderat diskutierte am 28. Mai 1955 wieder einmal über die künftige Verwendung des Seminars. Vor 50 Jahren habe die Stadt gekämpft, um das Seminar zu bekommen, das Grundstück sei dem Staat dafür geschenkt worden, jetzt bestehe die Gefahr, daß das Seminar auf Dauer Flüchtlingslager bleibe. Es folgte der Beschluß, 1. die seinerzeitige Schenkung des Grundstücks an den Staat eingehend zu prüfen und 2. die Wünsche der Stadt, das ehemalige Saminargebäude möglichst bald seinem ursprünglichen Zweck zuzuführen, mit Nachdruck beim Innen- als auch beim Kultusministerium zu vertreten.

Einiges aus den Monatsberichten des Amtsarztes für das Jahr 1955: 3. Juli: Belegt mit 1048 Personen, eingewiesen 136, 125 entlassen in Wohnungen und andere Unterkünfte. Das Durchgangslager ist auch Durchschleusungslager. Alleinstehende haben nach Registrierung und ärztlicher Untersuchung schon nach wenigen Tagen Arbeit und Wohnung. Teilweise werden sie schon in Berlin für bestimmte Arbeitsplätze vorgesehen. 3. August: Belegt mit 952 Personen, 149 eingewiesen, 245 entlassen in Wohnungen. In Gemeinschaftsverpflegung 253 Personen. 5. Dezember: Belegt mit 1016 Personen, 287 eingewiesen, davon aus Berlin 117, Ulm 103, Stuttgart-Stammheim 47, Weinsberg 12, Piding/Bayern 7, Ludwigsburg 1.

Entlassen 238. In Gemeinschaftsverpflegung sind 324 Personen. Die Aufnahmefähigkeit wurde am 6. Mai 1957 neu berechnet. Das Lager ist nun für 770 Personen vorgesehen. Aber am 28. November 1957 gab es immer noch 900 Insassen. An der Gemeinschaftsverpflegung nahmen nur noch weniger als 100 Personen teil. Sie endete am 28. Februar 1958. Neuer Lagerleiter war da Herr Pachowsky.

Als die Stadt am 24. April 1959 beschloß, das Seminar und das Gelände von 2 ha, 73 a, 7 m<sup>2</sup> zum Preis von 1 Million DM für schulische Zwecke zu kaufen, war das Ende des Lagers absehbar. Im Preis war das Grundstück nicht enthalten. Die Stadt bekam es kostenlos, weil sie es 1906 dem Königreich Württemberg geschenkt hatte.<sup>60</sup> Am 8. September fiel folgende Entscheidung über die 745 Lagerinsassen: 377 sind bereits in Orte des Kreises eingewiesen, 261 sind noch in den Kreis Backnang einzuweisen, 72 werden in andere Lager verlegt, 35 Fälle sind noch zu entscheiden.

Am 30. Juni 1960 sollte das Lager geräumt werden. Doch das zog sich hin. Am 26. August waren 274, am 11. Oktober noch 69 Personen im Lager, im Februar 1962 kam der kleine Rest in das Übergangwohnheim Gaildorf. Endlich, am 28. Februar 1962, übergab das Land das Seminar an die Stadt, das Verwaltungsgebäude bekam die Landespolizei.<sup>61</sup> Nun hatte die Stadt das Seminar wieder, wenn auch nicht zur Lehrerausbildung für das ganze Land, sondern als Schule für die so viel mehr gewordenen Einwohner Backnangs.

### Eingliederung der Heimatvertriebenen

Auf eine Geschichte der Eingliederung wird im Rahmen dieser Arbeit verzichtet. Nur auf einige Entwicklungen soll zum Abschluß hingewiesen werden. Bis Ende der fünfziger Jahre wohnten die Neubürger wieder leidlich gut und auch fast alle hatten Arbeit gefunden. Beispielsweise entstanden in Backnang schon im Jahre 1949 197 Wohnungen, davon 162 in Neubauten. Bauherren waren die Firma Adolff mit 34, die Firma AEG mit 30, die Firma Carl Kaess mit 26, die Kreisbaugenossenschaft Backnang mit 22, die Stadt Backnang mit 21,

<sup>59</sup> StAL, EL 21/11 3301, Backnang 5.

<sup>60</sup> StAL, EL 21/11 3301, Bd 2, L 346/347.

<sup>61</sup> StAL, EL 21/11 3301, Bd 2, L 435.

Flüchtlingsbetriebe Stadt Backnang

II 440-09 1968 bis 1970

Handwerk	Industrie	Handel	freie Berufe	Herkunftsart	Gründungszeit	Alter des Innabers
Entwurf <sup>3</sup> Stadt Backnang				Kattowitz/Oberschlesien	1969	29 Jahre
		X		Magdeburg	1952	50 "
		X		Stettin	1968	49 "
		X		Breslau	1970	38 "
			X	Rambin/Hockeloburg	1958	31 "
			X	Veszprem/Ungarn	1960	33 "
			X	Olmütz/CSR	1965	30 "
			X	Radeberg/Sachsen	1968	31 "
			X	Kunzendorf/CSR	1969	36 "
			X	Werlau/Sachsen	1959	62 "
				Bia/Ungarn	1969	26 "
				Schlesien	1969	34 "
			X	Breslau	1966	39 "
				Bessarabien	1959	50 "
				Markneukirchen/Sachsen	1963	41 "
				Hirschberg/Saale	1968	36 "
				Schwedt/Oder	1953	59 "
			X	Weidenau/CSR	1981	50 "
			X	Kobbelbude/Ostprien	1969	35 "
			X	Höflein/CSR	1954	35 "
				Rostock	1969	26 "
				Budakulass/Ungarn	1958	50 "
			X	Silberberg/Schleien	1948	59 "
				Crimmitschau/Sachsen	1960	41 "
			X	Ribin/Westpreußen	1965	36 "
			X	Lichtental/Bessarabien	1966	51 "
			X	Tetschen/CSR	1967	35 "
			X	Gransing/Hocklenburg	1968	37 "
			X	Kattowitz/Oberschlesien	1950	63 "
			X	Stolp/Pommern	1965	60 "
			X	Überhagen/Rostock	1955	61 "
				Brandenburg	1952	59 "
				Bagocha/Ukraine	1968	44 "
			X	Leipzig	1967	38 "
			X	Königsberg	1968	27 "
			X	Neu Odrberg/CSR	1965	43 "
			X	Teplitz	1961	38 "
			X	Gumbinnen/Ostprien	1965	50 "
			X	Teplitz	1968	43 "
				Houthen/Ostprien	1967	36 Jahre
			X	Koslin/Pommern	1965	51 "
			X	Sigroth/Niederschlesien	1963	50 "
				Karbitz/CSR	1964	41 "
			X	Schönwald	1969	37 "
			X	Jena	1969	33 "
		X	Zwittau	1969	29 "	
		X	Desau	1962	41 "	
		X	Gleiwitz	1966	45 "	
		X	Teplitz	1957	58 "	
		X	Teplitz	1959	48 "	
		X	Bonya/Ungarn	1970	27 "	
		X	Riegerchlag/CSR	1957	58 "	
		X	Gnadeatal/Bessarabien	1966	36 "	
		X	Zwittau	1948	81 "	
		X	Gedenburg/Ungarn	1966	35 "	
		X	Breslau	1966	49 "	
		X	Dresden	1948	67 "	
		X	Budapest	1969	44 "	
		X	St. Johann/Ungarn	1968	29 "	
		X	Posen	1963	50 "	
			Vermittl. des Vertriebes v. Investmentfonds-Anteilen	Niedergrund	1970	40 "
			Werbebüro	Salzfeld/CSR	1964	35 "
				Trubau/Sudetland	1968	27 "
			Schluckensau/CSU	1969	34 "	
		X	Großajax/CSR	1969	31 "	
		X	Arals/Bessarabien	1967	49 "	
		X	Lichtental	1970	37 "	
		X	Leipzig	1968	62 "	
		X	Parkfried/CSR	1967	30 "	
		X	Niedergrund/CSR	1962	42 "	
		X	Thays/CSR	1965	42 "	
	X		Desau	1969	35 "	
		X	Hannburg/Saale	1967	46 "	
		X	Lennyvar/Ungarn	1970	33 "	
		X	Czernowitz	1970	30 "	
		X	Lichtental	1969	31 "	
		X	Königswald/Erzgebirge	1968	35 "	
		X	Breslau	1964	53 "	
			Tarutino/Bessarabien	1967	31 "	
			Mannsburg/Bessarabien	1949	52 Jahre	
		X	Danzig	1970	40 "	
		X	Hindenburg/Oberschlesien	1965	41 "	
			Dollina/Polen	1969	42 "	
			Rumburg/N.-Böhmen	1952	73 "	
			Obereinsiedeln/CSR	1950	63 "	
			Anfertigung von techn. Zeichnungen	Pollnitz/Pommern	1965	31 "
			Verm. v. Investmentzertifikaten	Budakolatz/Ungarn	1955	59 "
			freier Handelsvertreter	Goldap/Ostprien	1969	49 "
		X	Köthen-Anhalt	1965	48 "	
		X	Waplitz/Ostprien	1953	74 "	
			Magdeburg	1967	30 "	
			Törökbalint/Ungarn	1970	25 "	
27	1	54	Vertriebens- und Flüchtlingsbetriebe			
61	7	60	einheimische Betriebe			
88	8	114	Gesamtzahl der Betriebe			

Betriebe von Heimatvertriebenen in Backnang 1970.



die Firma Carl Kaelble mit 17 und private 47.<sup>61</sup> Neue Wohnungen in den nächsten Jahren bauten insbesondere gemeinnützige Baugesellschaften und Baugenossenschaften sowie Großbetriebe. Schwerpunkte waren die Plattenwaldsiedlung, die Südstraße, das Gebiet Taus und der Ortsteil Sachsenweiler. Arbeitsmöglichkeiten gab es unter anderem bei der Spinnerei Adolff, der neu angesiedelten Firma AEG-Telefunken und in den Räumen Stuttgart und Ludwigsburg. Welche paradisi-schen Zustände auf dem Arbeitsmarkt herrschten, zeigen die Arbeitslosenquoten für den Arbeitsamtsbezirk Backnang: 1950 = 2,0 %, 1953 = 1,9 %, 1954 = 2,6 %, 1955 = 1,3 %, 1956 = 0,5 % und 1960 = 0,02 %.<sup>62</sup>

Bei der Suche in den städtischen Archiven – es gibt fast keine Akten über das Flüchtlingsproblem der Nachkriegszeit – entdeckte der Verfasser einen Schriftwechsel der Stadt mit einem Jean Claude Herve aus den Jahren 1968 bis 1970.<sup>63</sup> Herve vom „Centre de sociologie européenne“ in Paris hatte Fragen für seine Habilitationsschrift „Einige Aspekte der sozialen und kulturellen Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in hessischen und württembergischen Gemeinden“ gestellt. Daraus hier einige Antworten der Stadtverwaltung:

**Schüler und Lehrer:**

Jahr	Einwohner	Schüler	davon Vertr.	Lehrer	davon Vertr.
1946	16 942	2 541	204	66	4
1950	18 564	2 785	613	72	11
1953	20 975	3 117	810	81	20

**Flüchtlingsbetriebe:** Inhaber aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 24, aus der Techechoslowakei 23, aus Schlesien 12, Ungarn 10, Rumänien 9, Ost- und Westpreußen 8, Pommern 4, Polen 2, Ukraine 1. Einzelheiten sind der abgebildeten Übersicht zu entnehmen.

**Eheschließungen:**

Jahr	Einheim. + Einheim.	Einheim. + Vertr.	Vertr. + Vertr.
1946	13	1	3
1947	23	7	3
1948	15	10	3
1949	14	6	8
1950	21	28	9
1951	22	17	7
1952	16	17	10
1953	6	16	8
1954	18	10	5
1955	11	14	9
	159	126	65

Auffällig ist, daß bei einem Anteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung von 22,5 % mehr Eheschließungen zwischen Einheimischen und Vertriebenen stattfanden als innerhalb der Alt- und Neubürger. Es gab offensichtlich wenig „Berührungängste“. Auch bei den Betriebsgründungen waren die Vertriebenen sehr aktiv.

<sup>61</sup> Ungenannt: Jahresrückblick 1949. In: Backnanger Tagblatt, 2. 1. 1950.  
<sup>62</sup> Arbeitsamt Ludwigsburg, Pressestelle, 8. 1. 1998.  
<sup>63</sup> Akte der Stadt Backnang, 440-09, 1968 bis 1970.

## II. Woher, warum und wie kamen die deutschen Heimatvertriebenen nach Backnang?

### Einführende Überlegungen, Statistiken

Von den Einwohnern der Stadt Backnang waren im Juni 1961 24,3 % Vertriebene und 9,5 % Zuwanderer aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ). Für denselben Zeitpunkt lauten die Zahlen für den Kreis Backnang 20,6 % und 6,5 %.<sup>65</sup> Es gibt heute nicht mehr viele alteingesessene Familien, die nicht mit den anfangs „Neubürger“ genannten Menschen versippt und verbunden sind. Deshalb ist – ohne daß es so recht wahrgenommen wurde – die Geschichte der Heimatvertriebenen auch die Geschichte der Backnanger geworden.

Die Heimatvertriebenen, die bei Kriegsende und im Jahrzehnt danach nach Backnang kamen, stammten fast ausschließlich aus Ost-Mitteleuropa. Die Geschichte ihrer früheren Heimat und die Flucht oder Vertreibung wird hier beschrieben. Erlebnisberichte von Neubürgern bei ihrem Weg von der alten zur neuen Heimat beenden die jeweiligen Kapitel. Die Darstellung verengt sich nicht auf die Zeit von 1933 bis 1945 mit den ungeheuren Verbrechen in der nationalsozialistischen Zeit. Es wird aber auch nicht verdrängt, daß Deutschland seit dem Mittelalter erheblich weiter nach Osten reichte als bis zur Oder. In der Paulskirche saßen 1848 die Abgeordneten der deutschen Städte Memel, Königsberg, Danzig, Stettin, Breslau und Wien. Im folgenden wird der Name „Ostdeutschland“ für das frühere Reichsgebiet östlich von Oder und Neiße gebraucht. Das ist für die geschilderte Zeit richtig und selbstverständlich.

Durch Flucht und Vertreibung mußten bis 1950 rund 12 Millionen ihre Heimat verlassen. Bis 1966 waren es schon 15 Millionen. Mindestens weitere 2 Millionen deutsche Zivilpersonen aus dem Osten kamen dabei und durch den Terror der Sieger um. Diese hatten ausdrücklich zur Rache an den Deutschen aufgefördert und die Täter, auch die Mörder, von der

Strafverfolgung befreit. Aber: Polen aus der Führungsschicht wurden vorher von Deutschen ermordet, die Täter oft nicht bestraft. Auch sehr viele Vertreibungen von Polen hatte es gegeben. Zwangsumsiedlungen in das Innere Polens machten Platz für den „germanischen Lebensraum“, besonders für deutsche Umsiedler aus dem Baltikum, aus Bessarabien, Galizien und Wolhynien.

Man kann es sich leicht machen: Die Vertreibung der Deutschen und der Terror sei die Strafe für Schuld. Aber es ging nicht um Schuld oder Unschuld einzelner Personen. Die Maßnahmen trafen jeden Deutschen, egal ob schuldig oder nicht schuldig, ob Deutscher aus Deutschland oder aus dem Ausland, ob Nationalsozialist oder Kommunist, ob Gutsbesitzer oder Arbeiter, ob Gegner oder Anhänger Hitlers, ob Kind oder Erwachsenen. Allerdings traf es fast nur die Deutschen aus dem Osten. Waren Donauschwaben und Ostpreußen schuldiger als die Bayern und Österreicher?

Die Vorfahren der Vertriebenen waren seit dem Mittelalter und bis in das 19. Jahrhundert hinein vom Westen und von der Mitte Europas in den Osten und Südosten gezogen, in der Regel auf Bitten von Fürsten und Adligen. Der Anteil der Schwaben lag hoch. Es gibt schon viele und gute Arbeiten über die Vertreibungsgebiete, das Schicksal ihrer Bewohner und die Vertreibung. Zu nennen ist die vom Bundesministerium für Vertriebene herausgegebene „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“.<sup>66</sup> Viele Bücher und Aufsätze befassen sich mit einzelnen Gebieten und Orten und mit besonderen Themen. Hier wird eine Gesamtdarstellung vorgelegt.

Im folgenden ist das Wesentliche kurz beschrieben. Zu entscheiden war, von welchen Grenzen zu welchem Zeitpunkt auszugehen war. Hier wird im allgemeinen vom Stand 1937 ausgegangen. Für das Verständnis reicht das nicht. Deshalb werden, unabhängig von

<sup>65</sup> Gemeindestatistik Baden-Württemberg 1960/61, Stuttgart 1964.

<sup>66</sup> Bundesministerium für Vertriebene (Hrsg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Bearbeitet von Theodor Schieder; Band I Gebiete östlich der Oder-Neiße, ohne Ortsangabe 1954; Band II Ungarn, Düsseldorf 1956; Band III Rumänien, Berlin 1957; Band IV Tschechoslowakei, Berlin 1957; Band V Jugoslawien, Düsseldorf 1961. Nachdruck München 1984.

den Grenzen von 1937, zusammengehörende Gebiete auch zusammen beschrieben.

Unbestritten ist heute, daß durch die Friedensverträge von Versailles mit dem Deutschen Reich, von St. Germain mit Österreich und von Trianon mit Ungarn von 1919 und 1920 die Würde der Besiegten so tief verletzt wurde, daß der Keim zum nächsten Krieg gelegt war.

Der Erste Weltkrieg war, so Professor Eberhard Jäckel, die Urkatastrophe Europas. Trotzdem hätte es nicht zur größeren Katastrophe des Zweiten Weltkrieges kommen müssen. Professor Golo Mann beurteilte die Friedensregelungen wie folgt: „Der Friedensvertrag war ein Unglück. Wilson wollte die Kette des Bösen abbrechen. Der amerikanische Doktor, der die Welt kurieren wollte, geriet in Streit mit seinen europäischen Partnern: vor allem mit dem französischen Minister Clemenceau. Wilson vertrat das naive, junge, kraftgeschwellte Amerika, für das der Krieg nur ein Spaß gewesen war. Clemenceau vertrat das ausgeblutete, todtraurige Frankreich. Das Produkt dieser sich streitenden Willensmeinungen war widerwärtig: ein dichtmaschiges Netz von Bestimmungen, das gerecht sein sollte und es in vielen Einzelheiten unbestreitbar war, das Ungerechte, von Bosheit, Haß und Übermut inspirierte aber einließ,

wo es nur unter irgendeinem Vorwand geschehen konnte, und zwar in dem Maße, daß das Ganze, aller einzelnen Gerechtigkeit ungeachtet, dann doch als ein ungeheures Instrument zur Unterdrückung, Ausräuberung und dauernden Beleidigung erschien. Volksabstimmungen sollten stattfinden, wo immer sich eine Mehrheit fand, die nicht bei Deutschland bleiben wollte, in Oberschlesien, in Teilen Ostpreußens. In Ländern dagegen, die nicht zu Deutschland gehörten und deren Einwohner sich jetzt in ihrer Mehrzahl wahrscheinlich Deutschland anzuschließen wünschten, in Österreich, in Nordböhmen, durften keine Volksabstimmungen stattfinden. Der neue Rechtsbegriff – daß die Völker selber über sich bestimmen sollten – wurde eingesetzt, wo er Deutschland schaden konnte, anders nicht.“<sup>67</sup>

Bei der dadurch erzeugten Gefühlslage der Deutschen und den noch schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen übernahm Hitler 1933 „legal“ die Macht in Deutschland. Sein Kampf gegen das „Versailler Friedensdiktat“ hatte zur Machtübernahme beigetragen. Dieser rücksichtslose Diktator, besessen von der Idee des „Lebensraumes für die germanische Rasse“, führte Deutschland und Teile Europas in das Verderben.

Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa:

Land	Deutsche 1938	Vertreibungsverluste	Vertriebene bis 1950
Ostpreußen	2 382 000	299 000	} 6 930 000
Ost-Pommern	1 822 000	364 000	
Ost-Brandenburg	614 000	207 000	
Schlesien	4 469 000	466 000	
Dt. Reich	9 287 000	1 336 000	6 980 000
Tschechoslowakei	3 493 000	272 000	2 750 000
Baltenstaaten	240 000	51 000	160 000
Danzig	373 000	83 000	290 000
Polen	1 293 000	185 000	675 000
Ungarn	601 000	57 000	185 000
Jugoslawien	509 000	135 000	185 000
Rumänien	785 000	101 000	205 000
Rußland u. a.	1 600 000	60 000	155 000
Insgesamt	18 181 000	2 280 000	11 585 000 <sup>68</sup>

<sup>67</sup> Golo Mann: Deutsche Geschichte 1919 - 1945, Frankfurt 1958, S. 10ff.

<sup>68</sup> Wilfried Schlar: Die Ostdeutschen. Eine dokumentarische Bilanz 1945 - 1995, München 1996, S. 72ff.

Von den 11,6 Millionen Heimatvertriebenen bis 1950 fanden 7,8 Millionen Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland, 3,4 Millionen in der Deutschen Demokratischen Republik und 0,4 Millionen in Österreich und anderen Ländern. Bis 1966 waren es schon 14,6 Millionen Heimatvertriebene, von denen 10,6 Millionen in die Bundesrepublik Deutschland, 3,5 Millionen in die Deutsche Demokratische Republik und 0,5 Millionen nach Österreich und anderen Ländern kamen.<sup>69</sup>

Nach neueren Forschungen des Kanadiers James Bacque, veröffentlicht 1997 in London, sollen die Verlustzahlen über die heimatvertriebenen Zivilpersonen um einige Millionen höher liegen als die amtlichen Zahlen.<sup>70</sup>

Aufschlußreich ist die Verteilung der Heimatvertriebenen auf die Herkunftsländer. Bei der Volkszählung 1950 wurde der Wohnsitz am 1. September 1939 als Grundlage genommen. Für die Stadt Backnang waren die Ergeb-

nisse nicht mehr zu bekommen, wohl aber die des Landkreises Backnang. Gegenübergestellt wurden die Zahlen aus Nord-Württemberg, Baden-Württemberg, Niedersachsen und aus der alten Bundesrepublik. Die Sudetendeutschen, Ungarndeutschen und Schlesier waren im Kreis am stärksten vertreten. Zu Nord-Württemberg ergaben sich einige Unterschiede. Sudetendeutsche gab es weniger, Deutsche aus Ungarn, Rumänien (darunter die Bessarabier) und Jugoslawien gab es im Kreis mehr als im übrigen Nord-Württemberg. Später erhöhte sich der Anteil der Ostpreußen, Danziger und Schlesier beträchtlich, da viele – zum Teil nach jahrelangem Aufenthalt in dänischen Lagern – von Schleswig-Holstein und Niedersachsen nach Baden-Württemberg umgesiedelt wurden.

Herkunft der Heimatvertriebenen in Backnang:

Die 3 995 Heimatvertriebenen in Backnang im Jahre 1950 verteilten sich, bei Unterstellung

Herkunftsländer der Heimatvertriebenen, Stand 13. Sept. 1950: (in Prozent)					
Herkunftsland	Kreis Backn.	Nord-Württ.	Baden-Württ.	Niedersachs.	Bund
Ostpreußen	4,1	4,4	9,9	22,1	17,2
Ost-Brandenburg	0,6	0,8	0,8	2,5	1,9
Ost-Pommern	1,8	2,4	4,4	14,4	11,6
Schlesien	16,4	12,6	12,5	39,1	26,2
Deutsches Reich	22,9	20,2	27,6	78,1	56,9
Tschechoslowakei	32,1	44,5	37,7	3,1	24,0
Polen	3,5	3,4	2,6	9,6	5,2
Sowjetunion	–	–	0,8	0,9	0,7
Baltenstaaten	–	–	0,6	1,2	0,7
Memelgebiet	–	–	0,2	0,8	0,7
Danzig	1,2	1,0	2,6	2,7	2,9
Ungarn	18,7	12,8	11,5	0,1	2,2
Jugoslawien	5,3	4,6	6,1	0,4	1,9
Rumänien	9,3	7,0	5,0	2,0	1,9
Nicht aufgeschl.	7,0	6,5	5,3	1,1	2,9
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Heimatvertriebene	22,5	20,2	13,4	27,3	16,1
Übrige Bevölker.	77,5	79,8	86,6	77,7	83,9
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Einwohner	76 000	2 425 000	6 397 000	6 759 000	56 643 000 <sup>71</sup>

<sup>69</sup> Alfred de Zayas: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, München 1977, S. 24.

<sup>70</sup> James Bacque: Crimes and Mercies, London 1997, S. 131.

<sup>71</sup> Für Backnang und Nord-Württemberg: Statistik Baden-Württemberg, Band 4, Stuttgart 1954; für Baden-Württemberg, Niedersachsen und Bundesrepublik: Gerhard Reichling: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen, Teil II, Tabellen Ia und Ib, Bonn 1989; Prozentzahlen berechnet von Horst Klaassen.

Vergleich Kreis Backnang zu Nord-Württemberg:

Land	Kreis Backnang	Nord-Württemb.	mehr	weniger
Tschechoslowakei	32,1	44,5		12,4
Ungarn	18,7	12,8	5,9	
Schlesien	16,4	12,6	3,8	
Rumänien	9,3	7,0	2,3	
Jugoslawien	5,3	4,6	0,7	

des Kreisschlüssels, auf folgende Herkunftsländer: Tschechoslowakei 1280, Ungarn 750, Schlesien 660, Rumänien 370, Jugoslawien 210, Ostpreußen 170, Polen 140, Ost-Pommern 70, Freie Stadt Danzig 50, Ost-Brandenburg 30, nicht aufgeschlüsselt 265. Die Stadt hatte 18 189 Einwohner.

Bis 1960 hatten sich die Zahlen erheblich verändert. Von den 24 000 Einwohnern der Stadt waren 5 800 Heimatvertriebene. Woher sie kamen, ist nicht genau bekannt. Unter Zuhilfenahme des Schlüssels für Baden-Württemberg<sup>72</sup> und unter Berücksichtigung der Abweichungen in Backnang können die Zahlen jedoch recht genau geschätzt werden. Danach kamen aus der Tschechoslowakei etwa 1 600, aus Ungarn 900, Schlesien 900, Ostpreußen 600, Jugoslawien 500, Rumänien 500, Ost-Pommern und Ost-Brandenburg 200, Freie Stadt Danzig 200, Polen 200 und aus anderen Ländern 200 Heimatvertriebene.

## Deutsche aus dem Reichsgebiet östlich von Oder und Neiße

### Ostpreußen und Westpreußen

Das eigentliche Preußen liegt an der Ostsee zwischen Pommern im Westen und Litauen im Osten. Es ist nicht zu verwechseln mit dem Königreich Preußen, das 1701 den Namen seiner östlichsten Provinz annahm. Die Bewohner fühlten sich zusammengehörig, lebten aber in den letzten 700 Jahren nur in der Hälfte der Zeit zusammen in einem Staat. 1945 gab es Ostpreußen mit der Hauptstadt Königsberg und Westpreußen mit der Hauptstadt Danzig.

Im 13. Jahrhundert waren die Bewohner östlich der Weichsel die baltischen Pruzzen, westlich der Weichsel die slawischen Pomoronen bzw. Kaschuben. Der Ort Danzig und die Klöster waren vorwiegend deutsch. Der Deutsche

Orden besiedelte das Land am Unterlauf der Weichsel und östlich davon mit Deutschen. Fast alle 100 Städte und 1 400 Dörfer wurden im 13. und 14. Jahrhundert von ihm gegründet. Die Pruzzen vermischten sich bis zum 17. Jahrhundert mit den Deutschen, die Kaschuben behielten ihre Sprache bei, ebenso die Polen im Süden des späteren Westpreußen. In die fast unbesiedelte „Wildnis“ im Südosten, nach Masuren, wanderten die Masowier ein, im Nordosten Litauer. Im 16. Jahrhundert kamen viele Niederländer, im 17. die vertriebenen evangelischen Salzburger, die König Friedrich Wilhelm I. in Preußisch Litauen aufnahm.

Herrscher des Landes war bis zum 16. Jahrhundert der Deutsche Orden. Der Hochmeister hatte seinen Sitz in der Marienburg an der Nogat. 1454 sagten sich die Stände Preußens vom Orden los. Sie boten dem König von Polen die Schutzherrschaft über Preußen an, wenn er sie im Kampfe gegen den Orden unterstütze. Er nahm an. Nach einem dreizehnjährigen Krieg kam es zur Teilung. Der polnische König wurde Oberherr über den westlichen Teil Preußens und des Ermlandes, der Orden behielt den östlichen Teil mit Königsberg. Die Städte Danzig, Elbing und Thorn blieben mit erweiterten Rechten selbständig unter dem polnischen König. Der letzte Hochmeister, ein Hohenzoller, trat 1525 zum evangelischen Glauben über und wurde erblicher Herzog in Preußen. Durch Erbschaft kam das Herzogtum 1618 an den Kurfürsten von Brandenburg. Eine Wiedervereinigung Preußens erfolgte bei den polnischen Teilungen 1772 und 1793. Aus Teilen des Herzogtums und aus Pommerellen bildete Friedrich der Große die Provinz Westpreußen. Selbst Napoleon trennte das Land nicht mehr, abgesehen von der Errichtung einer „freien“ Stadt Danzig unter einem französischen Gouverneur und

<sup>72</sup>Gerhard Borawski: Beiwort zu Karte XII,6, Vertriebene und Flüchtlinge 1950 und 1961. In: Historischer Atlas von Baden-Württemberg, Stuttgart 1982.

# Ost-Mitteleuropa 1914

- Grenzen 1914
- ..... Binnengrenzen 1914
- - - - Grenzen 1998



einer französischen Besatzung von 1807 bis 1814. Nach der Befreiung war Danzig wieder preußisch und die Hauptstadt Westpreußens.

Das Unglück für die Deutschen Ost- und Westpreußens kam 1920 infolge des Versailler Vertrages. Dieser zog eine Schneise von Polen bis zur Ostsee westlich von Danzig, „polnischer Korridor“ genannt. Ostpreußen war damit vom übrigen Reich getrennt, Westpreußen in vier Teile gespalten. Das östliche Westpreußen kam als Regierungsbezirk Westpreußen zur Provinz Ostpreußen, Pommerellen zu Polen, der westliche Randstreifen verblieb als „Grenzmark Posen-Westpreußen“ beim Reich. Danzig mit dem umliegenden deutsch bewohnten Landgebiet wurde die „Freie Stadt Danzig“. Eine Volksabstimmung fand nur in Masuren – dort sprachen viele einen polnischen Dialekt – und in Teilen des Regierungsbezirks Marienwerder statt. Und das wohl nur deshalb, weil die Engländer den Polen nicht glaubten, die Einwohner seien Polen. Das Ergebnis der Volksabstimmung unter alliierter Bewachung war eine Blamage für Polen. In Masuren sprachen sich 98 %, im östlichen Westpreußen 92 % für Deutschland aus. Was wäre das Ergebnis in den anderen ohne Volksabstimmung abgetrennten Teilen Preußens gewesen? Danzig hatte 96 % Einwohner mit deutscher Muttersprache. Nur als böse Art konnte man die Abtrennung des Memellandes ansehen. Die Grenzen Ostpreußens im Norden und Osten bestanden seit 1422. Memel wurde abgetrennt, obwohl es noch keinen Staat gab, dem die Stadt zu übergeben wäre. So wurde es Freistaat unter französischer Aufsicht bis es die Litauer 1923 gewaltsam besetzten.

Das Jahr 1939 brachte zwar die ersehnte Vereinigung mit Deutschland, aber auch den Krieg Hitlers, der zum Ende Ost- und Westpreußens führte. Im Oktober 1944 überschritten die sowjetischen Truppen die nordöstliche Reichsgrenze. Das Memelgebiet, bis auf die eingeschlossene Stadt Memel, ging verloren. Im selben Monat stießen die Sowjets vom Osten her bis in die Nähe von Insterburg vor. Was der Bevölkerung drohte, wurde der internationalen Presse im zurückeroberten Nemmersdorf gezeigt. Alle Einwohner waren auf grausamste Art ermordet worden. Diese Barbareien setzten sich in den eroberten Gebieten weiter westlich fort. Erst gegen Ende des Krieges wurden die sowjetischen Soldaten allmäh-

lich gezügelt. Eine „Befreiung“ konnte die ostdeutsche Bevölkerung, anders als die westdeutsche, damals noch nicht erkennen.

Am 12. Januar 1945 begannen die sowjetischen Großoffensiven. Millionen versuchten mit der Eisenbahn oder auf Trecks oder zu Fuß oder über die Ostsee zu fliehen. Für viele war es zu spät. Als der Landweg durch Pommern zu war, blieb als Fluchtweg nur noch die Ostsee. Jetzt setzte die größte Rettungsaktion der Geschichte auf dem Wasserweg ein. Mit 790 Schiffen transportierte die Kriegsmarine von Januar bis Mai etwa 2 Millionen Menschen in den Nordwesten Deutschlands und nach Dänemark. Die Verlustquote betrug trotz solcher Katastrophen wie der Versenkung der „Wilhelm Gustloff“, der „Goya“ und der „Steuben“, bei denen 13 000 Menschen ertranken, mit 25 000 Personen nur 1 Prozent.

Westpreußens Hauptstadt Danzig fiel am 30. März, Ostpreußens Hauptstadt Königsberg am 9. April. Reste der Wehrmacht hielten sich an der Weichselmündung bis zur Gesamtkapitulation am 8. Mai 1945. Die in Preußen verbliebenen Deutschen wurden mit geringen Ausnahmen, so die „Autochtonen“, die als „urpolnisch“ erklärt wurden, und Mädchen, die Polen heirateten, in den nächsten Jahren vertrieben. Die Stadt Danzig war als erste dran. Schon Ende 1945 war sie fast ganz frei von Deutschen.

Von dem Erlebten zeugen die Gespräche mit Backnanger Neubürgern, die aus Ost- und Westpreußen kamen:

Hannelore Bergen, Jahrgang 1929:

Die Schülerin der Agnes-Miegel-Schule in Elbing befand sich auf dem Bauernhof ihres Vaters, als die Flucht im Januar begann. Die Russen waren noch 4 km entfernt. Mit drei Wagen und sieben Pferden setzte sich der Treck bei 32 Grad Kälte in Bewegung. Über vereiste und oftmals verstopfte Straßen kam der Treck nach Mecklenburg. *Doch es sollte noch schlimmer kommen, als uns am 1. Mai die Rote Armee überrollte, meinen Vater verschleppte, die Wagen ausplünderte und die Pferde mitnahm. Der Besitzer des Hauses, in dem wir notdürftig Unterkunft gefunden hatten, wurde im Zimmer nebenan von den Rotarmisten, die nach Frauen, Alkohol und Uhren suchten, erschossen. Auch meine Mutter sollte verschleppt werden, weil man bei ihr einen*

## Ost-Mitteleuropa 1920 – 1937





großen Medikamentenkoffer fand. Als sie abgeführt wurde, klammerte sich mein kleiner Bruder an ihr fest und schrie so furchtbar, daß der Russe sie losließ und nur den Koffer mitnahm. Der erste Lichtblick war die Rückkehr meines Vaters. Meine Großmutter wurde von den Polen ausgewiesen, als sie nicht mehr arbeitsfähig war. Sie lebte nur noch sechs Tage und verstarb an Unterernährung.

Inzwischen waren auch in Mecklenburg die Großgrundbesitzer enteignet worden und wir erhielten durch die sogenannte Bodenreform eine Neubauernstelle. Zehn Jahre mühten wir uns redlich dort ab. Durch einen Zufall erfuhren wir, daß wir zu den verdächtigen Personen gehören. Vater erhielt eine Vorladung zum Rat des Kreises. Noch in der gleichen Nacht sind die Eltern nur mit einer Aktentasche nach West-Berlin geflüchtet. Mein Bruder und ich folgten auf getrennten Wegen nach. Zum zweiten Mal auf der Flucht! Über verschiedene Lager kamen wir 1955 nach Backnang, wo wir vorübergehend bei einem Bruder meines Vaters Aufnahme fanden. Acht Personen in einer Zwei-Zimmer-Wohnung. Als ich im Jahre 1974 in meine Heimat fuhr und von dort einen Fliedertrieb mitbrachte, ihn anpflanzte und voller Stolz dem Hausarzt zeigte, wie gut er doch angewachsen sei, sagte der: „Weshalb sollte er nicht, Sie sind doch auch hier angewachsen.“

Inge Janzen, Jahrgang 1928:

Meine Eltern hatten einen Bauernhof im Kreis Preußisch Holland. Wir waren fünf Geschwister. Mein siebzehnjähriger Bruder war Soldat. Die beiden 15 Jahre alten Schwestern machten ihr Pflichtjahr in den Kreisen Marienwerder und Dirschau, mein jüngerer Bruder und ich waren zu Hause, der Vater zum Volkssturm eingezogen. Als es am 25. Januar 1945 endlich hieß, ihr dürft flüchten, war es zu spät, der Fluchtweg nach Westen war abgeschnitten. Nur der Weg über das Wasser des Frischen Haffs blieb. Da meine Mutter hochschwanger war, wollte sie nicht fliehen. So bin ich mit Nachbarn bis kurz vor Königsberg gefahren. Am 30. Januar war für mich der Krieg zu Ende und es begannen vier Jahre des Elends. Als die ersten Russen an die Tür klopfen und eine junge Frau öffnete, wurde sie sofort erschossen. Zwei Soldaten, die hier nur übernachteten, wurden gleich hinter dem Haus erschossen. Dann folgten Plünderungen, Ver-

höre und Vergewaltigungen. Wenn man sich wehrte, hatte man sofort eine Pistole an der Schläfe. Ab Februar wurden wir zu Fuß unter Bewachung Richtung Osten getrieben. Wenn es abends „Halt“ hieß, haben wir in leeren Häusern nach Kartoffeln gesucht. Nachts haben wir immer sehr gefroren. Decken hatten wir keine. Wenn wir auf dem Marsch vom Ende der Kolonne Schüsse hörten, wußten wir, daß wieder einige nicht weiterkonnten.

Anfang April erreichten wir einen kleinen Ort bei Pillkallen an der Grenze zu Litauen. Nach zwei Monaten konnten wir uns selbst und die Kleider waschen und uns von den Läusen befreien. Jetzt fing der Hunger erst richtig an, denn in den Häusern fanden wir kaum noch Kartoffeln oder Getreide. Von den Russen wurden für uns Futterrüben gemahlen und in Wasser gekocht, sonst nichts. So sind viele an Hunger-Typhus gestorben, vor allem Kinder unter zwei Jahren. Jeden Tag haben zwei alte Männer die Toten eingesammelt und begraben. Die erste Arbeit hieß, Trümmer aufräumen und tote Soldaten beerdigen, die seit Januar da noch lagen. Sie wurden im nächsten Schützengraben verscharrt, mehr Russen als Deutsche. Von den toten Pferden haben wir gefrorene Stücke herausgeschnitten. Im Mai wurde uns mitgeteilt, daß der Krieg zu Ende ist. Die Schikanen ließen nach.

Im März 1946 wurden wir auf ein Gut gebracht. Hier waren Pferde und Kühe zusammengetrieben worden. Wir machten die landwirtschaftlichen Arbeiten und es wurde Brot an uns verteilt. Im Sommer 1947 hörten wir, daß viele Deutsche über die Grenze zu litauischen Bauern gingen. Ich beschloß zu fliehen. Der zweite Versuch, zusammen mit einer Freundin, gelang. Wir gingen nachts 25 km durch den Wald. In Litauen bekam ich bei einem Bauern Arbeit. „Was, du bist 18 Jahre alt? Du siehst aus wie 40.“ Die Bauernfamilie gab mir zu essen so viel ich wollte, obwohl sie selbst auch nicht viel hatte. Da es nicht erlaubt war, Deutsche zu beschäftigen, und die Russen anfangen, auch Litauer zu verschleppen, mußte man aufpassen, ob sich Russen näherten. 1948 konnte ich an meine Verwandten nach Kiel schreiben und erhielt im Mai Antwort. Mutter und Geschwister waren dort eingetroffen, aber Vater und ein Bruder blieben vermißt.

Inzwischen hatte sich das Gerücht verbreitet, daß von Königsberg Transporte nach

# Ost-Mitteleuropa 1943

- Grenzen 1943
- ..... Binnengrenzen 1943
- - - - - Grenzen 1998



*Deutschland gehen. Ich konnte von Tauroggen mit dem Zug hinfahren, lebte zwei Monate in den Ruinen und endlich kam ich in einen Transport nach Sachsen. In ein Kinderlager. Kurz vor Weihnachten 1948 durfte ich nach Kiel ausreisen. Aus der Baracke in Kiel siedelten wir im Juli 1953 nach Backnang in eine richtige Wohnung um. Ein neues Problem: Wenn nur jemand hochdeutsch mit mir sprechen würde. Bald aber war es egal, ob ich hochdeutsch oder schwäbisch angesprochen wurde, ich verstand beides.*

Iwan Tschuchin, Petrosawodsk:

In Backnang lebende Frauen sprechen kaum über ihre Verschleppung. Als Dokument, wie es Verschleppten erging, sei auf das russische Buch von Tschuchin „Geschichte des Lagers 517“<sup>23</sup> hingewiesen. Es dokumentiert einen Transport mit Frauen aus Elbing, Rastenburg, Heilsberg und Christburg vom 9. April 1945 nach Petrosawodsk. Von den 1 984 Internierten sind in anderthalb Jahren 548 gestorben, davon 118 Minderjährige, die gar nicht hätten interniert werden sollen, denn das entsprechende Dekret betraf Frauen von 18 bis 30 Jahren. Der Beitrag der Internierten zum Aufbau der Sowjetunion war unbedeutend, die Ausgaben um ein Mehrfaches höher als die Einnahmen. Die Hauptaufgabe, das Herausfinden geheimer Mitarbeiter des Faschismus, wurde nicht erfüllt. Es gab keine unter den Mädchen und Bauersfrauen. Ein erstaunlicher Bericht! Vor Jahren wäre so eine „Beleidigung der Sowjetunion“ undenkbar gewesen.

Elli Philipsen, Jahrgang 1913:

Das Vaterhaus von Frau P. stand am Fluß Thiene, der sich in vielen Windungen nach Elbing schlängelt. Sie war 1945 eine Bauersfrau mit Kindern im Alter von einem, zwei und drei Jahren. Der Mann war Soldat. Die Flucht am 24. Januar gelang nicht. Sie erlebte die damals üblichen Schrecknisse. Verwandte und Bekannte wurden verschleppt, sie selbst auf ein 35 km entferntes Gut gebracht. Im Mai verkündeten die Russen: *Krieg kaputt, Berlin kaputt, Hitler kaputt, du nach Hause, hier Polen.* Sie wanderte mit den drei Kleinkindern zurück. Das eigene Bauernhaus war vollkommen leergeräumt. Nicht eine Tasse, keine Möbel, nichts war mehr

im Haus. So wanderte sie weiter zum Elternhaus. Der Vater war noch da. Die Fische aus der Thiene retteten vor dem Verhungern. *Eines Tages erschien Schwester Lotte mit ihren drei Kindern. Sie waren noch rechtzeitig nach Berlin geflüchtet, bekamen dort keine Lebensmittelkarten und wurden zurückgeschickt. Der Krieg war ja zu Ende.*

*Wir hier in Westpreußen waren wohl von aller Welt vergessen, wir hatten keine Rechte, mußten zusehen, wie uns alles genommen wurde. Niemand kümmerte es, wenn man wie ein Verbrecher behandelt wurde. Nach einiger Zeit kamen die ersten Polen. Die ließen zwar die Frauen in Ruhe, aber sonst war nichts vor ihnen sicher. Ich besaß nur noch das eine Hemd und ein Kleid. Nach einiger Zeit kam eine polnische Familie: dies sei jetzt alles ihr Eigentum. Wir mußten zusammenrücken, konnten aber bleiben. Ach, es war kein Leben mehr. Da bringt die Schwägerin die Nachricht, daß mein lieber Walter, Vater meiner Kinder, im März 1945 im Ostseebad Kahlberg gefallen ist.*

*Frau Mahlau und ich ließen uns vom polnischen Kommandanten ein Dokument geben, daß wir 12 Kinder nach Pommern zu Verwandten bringen sollten. Im Mai 1946 war es soweit, unsere Heimat zu verlassen. Ein Güterzug nahm uns bis Marienburg mit. Immer wieder wurden wir nach Geld und Wertsachen durchsucht. Der Kinderwagen mit dem einzigen Federbett wurde mir weggerissen. Schließlich gelangten wir bis Stettin. Der Zugschaffner sagte: Hier Deutschland, alle aussteigen! (Also Stettin noch 1946 als Deutschland bezeichnet. H. K.). Wir wurden wirklich von deutschen Helfern in ein kleines leeres Haus geschickt. Zehn Tage mußten wir warten, waren ganz auf uns selbst gestellt. Keine Möbel, kein Strom. Mit mitgebrachtem Haferschrot konnten wir mühsam durchhalten. Endlich durften wir in das Hauptlager. Hier erhielt jeder täglich eine warme Suppe und ein Stück Brot. Wir wurden registriert und nach zehn Tagen stiegen wir in einen Zug, der nach Westen fuhr. Eines Abends hielt er. Wir mußten aussteigen. Englische Soldaten waren uns behilflich, nahmen die Kleinen auf den Arm, um sie zum Haus zu bringen. Ich wollte dies zuerst nicht zulassen, denn die Angst war noch so stark in mir. Weiter ging die*

<sup>23</sup> Iwan Tschuchin: Internierte Jugend, Memorial 1945/1995, Moskau - Petrosawodsk 1995.

Fahrt nach Schleswig-Holstein. Nirgends Kriegszerstörungen.

Aber werden die Einheimischen verstehen, was wir durchmachen mußten, warum wir alle dreckig und verlaust sind? Sie konnten es nicht. Auf dem Müllhaufen fand ich einen alten Kochtopf. Das Loch im Boden hat der Schmied zugelötet. Eine Frau schenkte mir eine Schüssel und einige Löffel. Seit 35 Jahren wohnen wir nun in Backnang. Wir fanden eine neue Heimat. Dort, wo wir heimisch waren, wohnen jetzt fremde Menschen, die auch nicht freiwillig hinkamen. Wieviel Leid, Elend und Ungerechtigkeit. Deshalb nie wieder Krieg!

Otto K., Jahrgang 1897; Sohn Karlheinz, Jahrgang 1930:

Otto K. war Gast- und Landwirt. Das Haus stand auf dem Deich der Weichsel. Die Familie mit drei Kindern überlebte, aber alle hatten unterschiedliche Schicksale, bis sie in Backnang eine neue Heimat fanden.

O. K.: Am 24 Januar 1945 rief der Ortsbauernführer an. Unser Kreis sei sofort zu räumen. Ich solle an die Weichsel reiten und die dort bereitliegende Dampffähre bestellen. Dieses war schnell gemacht. Mit drei Wagen waren wir als erste des Trecks an der Fähre. Ich verabschiedete mich unter Tränen von der Familie. Vier andere Männer und ich hatten vom Landratsamt den Befehl, so lange zu bleiben und den Verkehr zu regeln, bis die Kreisbevölkerung über die Weichsel war. Als die Arbeit getan war, zogen auch wir, zwei Bauern, der Kleinbahnvorsteher, der Deichhauptmann und ich, ab und fuhren mit einem Kahn über die Weichsel. Wir suchten und fanden unsere Familien. Der Treck war nur bis zur Danziger Höhe gekommen.

Da die Russen wieder zurückgeworfen worden waren, wurde ich in die Kreisstadt Tiegenhof beordert. Es sollten Schweine und andere Lebensmittel nach Danzig gebracht werden. Ich fuhr dann zurück in mein Dorf. Die Molkerei war noch voll in Betrieb. Wir Rückkehrer bereiteten die Frühjahrsbestellung vor. Am 7. März holten mein Sohn Horst, der Flakhelfer, und ein Soldat mit einem Pferdewagen Kartoffeln für ihre Batterie. Horst war noch da, als der Befehl zur Räumung kam, die Russen könnten jederzeit da sein. Nachts fuhr ich über die Weichselbrücke. Anschließend wurde sie gesprengt. Der Russe hatte inzwischen den Kessel zugemacht.

Wir flüchteten weiter in die „sichere“ Stadt.

K. K.: Am 27. März war es klar, die Russen hatten die Vororte Danzigs im Westen eingenommen. Papa, ein ausgezeichnete Organisator, verhandelte mit deutschen Soldaten. Sie sollten uns aus der Stadt bringen. Auf Wehrmachtsautos irrten wir sechs Stunden durch das brennende Danzig und gelangten bis zur Toten Weichsel. Einige Stunden später war die Stadt erobert. Zwei Tage Flucht durch den Nehrungswald folgten. Dabei wurden beinahe der Vater und der vierzehnjährige Sohn als angebliche „Deserteure“ erschossen. Mit Hilfe eines Wachtpostens konnten sie vorher fliehen. Vater suchte immer wieder nach einem Ausweg. Er fand heraus, daß nachts kleine Schiffe die Zivilbevölkerung zu großen Schiffen auf die Reede von Hela fuhren. An der Verladestelle war die Flakstellung meines Bruders. Da nur Frauen und Kinder eingeschifft wurden, bat mein Bruder den Batteriechef, den Vater als Soldat einzustellen. Er bekam Uniform und Papiere. Es mußte Abschied genommen werden. Ob wir uns wiedersehen würden?

Die Mutter und zwei Kinder landeten in Dänemark. 240 000 Flüchtlinge mußte das Land aufnehmen. Nach Kriegsende wollten die Dänen sie loswerden, die Flüchtlinge wollten auch nach Deutschland. Aber die Alliierten erlaubten das nur, wenn Zuzugsgenehmigungen vorlagen. So kam der Teil der Familie erst nach drei Jahren Internierung nach Niedersachsen. So lange hatte der Vater gebraucht, bis die Gemeinde den Zuzug erlaubte. Der älteste Sohn wurde 1949 aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft entlassen. Die Familie erhielt 1953 eine erste eigene Wohnung für Umsiedler in Backnang. Alle fanden hier Arbeit.

Verlustliste der Mennonitengemeinde Heubuden-Marienburg in Westpreußen, aus der 38 Personen nach Backnang kamen:

Als Soldat und in Gefangenschaft starben 137 Personen, davon 57 im Jahr 1945 und später. Von den Zivilpersonen starben infolge der Kriegereignisse auf der Flucht 27, in der Ostsee ertranken 25, durch Freitod endeten 8. Nach Kriegsende gingen zugrunde in Westpreußen 39, in Pommern 12, in Dänemark 12, in sowjetischen Lagern 9, in anderen Gebieten 15, vermißt blieben 8, insgesamt 155. Zur Gemeinde gehörten mit Kindern 1 500 Personen.<sup>14</sup>

<sup>14</sup> Aufzeichnungen eines nicht genannten Mitglieds der Mennonitengemeinde Heubuden.

# West- und Ostpreußen 1772 – 1945

- Grenze zwischen Westpreußen und Ostpreußen
- ..... Zeitweilige Grenzen
- - - Grenze 1998



# Preußen 1310 – 1772

- Deutscher Orden (bis 1466)
- ..... Stadtstaaten Danzig, Elbing, Thorn, Bistum Ermland und Pommern (ab 1466)
- - - Grenze zwischen königl. und herzogl. Preußen



## Ost-Pommern

Pommern ist das Land an der Ostseeküste etwa von Stralsund im Westen bis etwa 50 km westlich von Danzig. Die Hauptstadt war bis 1945 Stettin. Danach übernahm Polen die Verwaltung Pommerns östlich der Oder und von Teilen Vorpommerns mit den Städten Stettin und Swinemünde.

Um das Jahr 1200 wohnten im Osten Pommerns die slawischen Pomoronen, im Westen andere slawische Stämme, unter anderen die Liutizen. Dann setzte dort die friedliche deutsche Ostsiedlung ein. Die einheimischen Herzöge, der Adel und die Klöster riefen deutsche Bauern und Städter in das Land. Weit weniger als einhundert Jahre, um 1000 und um 1120, bestand eine polnische Oberhoheit. Kaiser Friedrich Barbarossa belehnte 1181 Herzog Bogislaw I. aus dem Greifenhaus mit Pommern als Reichslehen. Seitdem war Pommern ununterbrochen Teil des römisch-deutschen Reiches. Beim Aussterben des Greifenhauses 1637 fiel Hinterpommern an Brandenburg, Vorpommern an Schweden. 1720 mußte der schwedische König Stettin und Vorpommern bis zur Peene und 1815 den restlichen Teil an Preußen abgeben. Ganz Pommern war danach eine preußische Provinz.

Von Februar bis März 1945 eroberte die Rote Armee Ost-Pommern. Während im Westen der größte Teil der Bevölkerung fliehen konnte, erduldeten im östlichen Pommern die dortigen Bewohner und die angekommenen Flüchtlinge das Schicksal der Ost- und Westpreußen. Die Sowjets übertrugen noch während der Kampfhandlungen die Gebiete östlich der Oder an die Polen, im Oktober 1945 auch Stettin und anderes Land westlich der Oder. Hierher waren die Flüchtlinge bereits zurückgekehrt und es bestand eine deutsche Verwaltung.

Noch vor der Potsdamer Konferenz vom Juli und August 1945, die die „Überführung der deutschen Bevölkerung“ beschloß, wurde in einem Streifen hinter der Grenze von 100 bis 200 km „wild“ vertrieben. Es sollten vollendete Tatsachen geschaffen und das Land frei von Deutschen gemacht werden. Die weiteren Vertreibungen erfolgten bis 1948 vorwiegend in die sowjetische und die britische Besatzungszone Deutschlands. Nach Backnang kamen nur wenige Pommern.

Weshalb Ost-Pommern als „wiedergewonnenes“ Gebiet Polens und als „urpolnisch“ bezeichnet wurde, ist nicht nachvollziehbar. Auch vor 800 Jahren wohnten da kaum Polen. Wenn allerdings Polen und Slawen gleichgesetzt werden, ist das für den Staat Polen gefährlich, denn die Russen sind auch Slawen.

## Ost-Brandenburg

Der an Polen verlorengegangene Teil Brandenburgs liegt östlich der Oder zwischen Pommern und Schlesien beiderseits der Warthe. Um 1200 war das Land von slawischen Stämmen bewohnt, im 13. Jahrhundert kamen die deutschen Siedler. Die sich damals bildende Grenze zwischen Brandenburg und Polen blieb über 500 Jahre unverändert.

Die im Januar 1945 von der Weichsel vorstoßenden sowjetischen Streitkräfte erreichten sehr schnell die Oder. Nur wenige Bewohner flüchteten. Bis zum Großangriff über die Oder auf Berlin im April 1945 blieb die Zivilbevölkerung im Kampfgebiet. Nach Beendigung der Kämpfe trieben die eindringenden Polen die Bevölkerung über die Oder. Bei den Ost-Brandenburgern waren die Kriegs- und Vertreibungsverluste besonders hoch. Von 600 000 Einwohnern starben 200 000.

## Schlesien

Schlesien erstreckt sich von Südosten nach Nordwesten beiderseits der Oder. Im Süden trennt der Gebirgszug der Sudeten das Land von Mähren und Böhmen. Im Westen grenzt Schlesien an Sachsen, im Norden an Groß-Polen (Posen) und im Osten an Klein-Polen (Krakau). Um das Jahr 1000 waren Slawen die Bewohner. Vom Ende bis zum Anfang des 14. Jahrhunderts wanderten deutsche Bauern, Bergleute und Handwerker aus Obersachsen, Thüringen, Hessen und Bayern ein. Es entstand der „Neustamm“ der Schlesier. Im Osten Oberschlesiens gab es eine größere Anzahl von Schlesiern, die neben deutsch auch einen polnischen Dialekt sprachen. Ein Teil von ihnen fühlte sich mit Polen verbunden.

Im 10. Jahrhundert herrschten die böhmischen Przemysliden im Land. Sie mußten den polnischen Herzögen aus dem Geschlecht der Piasten weichen, insbesondere dem späteren König Boleslaw I. Die Hoheit Polens ging danach zeitweise verloren. 1202 gab es nur noch von Polen unabhängige Teilfürstentümer,

die Verbindung mit Böhmen suchten. Im Vertrag von Trentschin/Vysehrad aus dem Jahre 1335 verzichtete der polnische König Kasimir der Große gegenüber den Böhmen auf alle Ansprüche auf Schlesien. Kirchenrechtlich blieb das Bistum Breslau jedoch bis zum 17. Jahrhundert polnische Kirchenprovinz. Unter böhmischer Hoheit bildeten 17 schlesische Herzogtümer 1427 erstmals eine ganz Schlesiens umfassende Organisation mit einem einheimischen Oberlandeshauptmann an der Spitze. Die Piasten regierten in Schlesien noch bis 1675. Oberherren waren seit 1526 die Habsburger in Wien. Trotzdem wurde der größte Teil Schlesiens evangelisch. Friedrich der Große gewann seine neue Provinz von 1740 bis 1763 in den Schlesischen Kriegen. Die Schlesier wurden Preußen, das voll und ganz 200 Jahre.

Der am 7. Mai 1919 bekanntgewordene Entwurf eines Friedensvertrages sah die Abtretung Oberschlesiens an das neu entstandene Polen vor. Das erregte so viele Proteste, daß der Vertragsentwurf – einmalig unter den herrschenden Umständen – abgeändert wurde. Der Vertrag von Versailles sah eine Volksabstimmung vor. Polnisch gesinnte Oberschlesier, an der Spitze der frühere Reichstagsabgeordnete Korfanty, versuchten 1919 und 1920 durch Aufstände mit Unterstützung aus Polen vollendete Tatsachen zu schaffen. Die Aufstände, der zweite unter Duldung der Franzosen, die zusammen mit Briten und Italienern das Abstimmungsgebiet übernommen hatten, konnten von deutschen Selbstschutzverbänden niedergeschlagen werden. Bei der Volksabstimmung am 20. März 1921 stimmten in Oberschlesien 710 000 = 59,6 % für Deutschland, 480 000 = 40,4 % für Polen. Trotzdem blieb Oberschlesien nicht bei Deutschland, sondern wurde geteilt. Noch einmal versuchten polenfreundliche Oberschlesier und Polen eine militärische Lösung in ihrem Sinne durchzusetzen. Auch dieser Angriff konnte abgewehrt werden, einmal durch den Sieg der Deutschen am Annaberg, zum anderen durch das Eingreifen der Engländer. Ein Botschaftsrat in Genf setzte die neue Grenze am 20. Oktober 1921 fest. 58 % der Einwohner Oberschlesiens blieben bei Deutschland, 42 % kamen zu Polen. Polen erhielt 85 % der Kohlevorkommen und 75 % der Industrie Oberschlesiens. 1922 gab es eine Abstimmung über die Stellung Oberschlesiens im Reichsverband. 91 % wollten

statt einer Provinz Schlesien eine eigene Provinz Oberschlesien. 9 % sogar einen Freistaat. So wurde 1923 Schlesien in die beiden preußischen Provinzen Nieder- und Oberschlesien geteilt.

Am 12. Januar 1945 begann von Baranow an der Weichsel der Angriff von zwei sowjetischen Fronten. Noch im Januar wurde das oberschlesische Industriegebiet östlich der Oder besetzt, im Februar fiel das Gebiet nördlich der Oder, Breslau wurde eingeschlossen und die untere Oder östlich von Berlin erreicht. Im März verlief die Front von Oppeln in Oberschlesien aus vor den Sudeten entlang bis Görlitz. Breslau kapitulierte am 6. Mai 1945.

Als das östliche Oberschlesien im Januar besetzt wurde, war die Bevölkerung zum größten Teil noch da. Bergbau und Industrie arbeiteten fast durchgehend weiter. Von den Einwohnern nordöstlich der Oder flüchteten von 600 000 noch 500 000 unter günstigen Bedingungen nach Sachsen und in das Sudetenland. Im März verließen unter schlechteren Verhältnissen rund 350 000 Bewohner der südwestlich der Oder gelegenen Gebiete ihre Heimat; wie sie meinten vorübergehend bis zur Beendigung des Krieges. Der weitaus größte Teil der Niederschlesier am Rand des Gebirges blieb zu Hause. Sie erduldeten weniger Greuel als ihre in das Sudetenland geflüchteten Landsleute. Die „erlebten“ die tschechische Rache, die nach den Berichten der Zeitzeugen schlimmer war als Greuel durch sowjetische Truppen. Russen nahmen, wie vielfach bezeugt ist, Deutsche vor Tschechen und Polen in Schutz. Allerdings deportierten sie 60 000 Deutsche zum Arbeitseinsatz in die Sowjetunion.

Von den Geflüchteten kehrten nach der Kapitulation eine Million Schlesier zurück in die Heimat, darunter 800 000 aus dem Sudetenland. Sie rechneten nicht mit einer Vertreibung, auch nicht der auch von den Sowjets hochangesehene Dichter Gerhart Hauptmann, der in seinem Hause geblieben war. Bis zum Sommer hatten die Polen die Verwaltung Schlesiens übernommen. Zuerst schickten sie die Bewohner der Grenzzone in das übriggebliebene Deutschland, anschließend siedelten sie planmäßig um. Bei der Zählung am 29. Oktober 1946 befanden sich von 2,7 Millionen bis dahin geflüchteten und vertriebenen Schlesiern in der sowjetischen Besatzungszone 1 050 000, in der britischen 1 040 000, in der

amerikanischen 560 000, in der französischen 20 000, in Berlin 20 000 und in Österreich 10 000.

Nach 750 Jahren Abwesenheit waren dank Hitlers Krieg die Polen wieder Herren Schlesiens. Nur, die Einwohner vertrieben sie, mit Ausnahme der „Autochtonen“, die Polen werden mußten oder wollten. Ein Vergleich Baden-Württembergs mit Schlesien ist anschaulich. Auf etwa gleich großer Fläche wohnten 1939 in Schlesien 4,5 Millionen Menschen, auf dem Gebiet des späteren Baden-Württembergs 5,5 Millionen. Das macht den Verlust von Schlesien deutlich. Die drittgrößte Gruppe der Heimatvertriebenen in Backnang sind die Schlesier. Einige von ihnen erlebten ihre „Wanderung“ so:

Margot M., geboren 1920:

*Ich komme aus Kreuzburg in Oberschlesien. Beim Aufwachen am 17. Januar 1945 höre ich Kanonendonner. Wenig später sagen durchmarschierende Infanteristen, der Russe steht 30 km vor der Stadt. Der Volkssturm hebt am Stadtrand Gräben aus, Frauen und Kinder werden auf Lastwagen geladen und zum Bahnhof gefahren. Um 13 Uhr greifen russische Tiefflieger unsere Stadt an. Panik erfaßt die Bevölkerung, um 17 Uhr soll der letzte Zug die Stadt verlassen. Ich packe mit meiner Mutter Rucksack und Koffer und wir gehen zum Bahnhof. Wir haben großes Glück, ein Zug nimmt uns mit. Wir kommen zu Verwandten. Am 19. Januar fällt meine Heimatstadt in die Hand der Russen. Anfang Mai wird auch unser neues Zuhause eingenommen. Ich lande in einem russischen Lager und sehe meine Mutter nie wieder. Im Herbst wird das Lager von Polen übernommen. Im Oktober 1946 pferchen die uns in einen Viehwagen und es geht nach Westen. Über die grüne Grenze gehe ich 1948 von Sachsen nach Stuttgart, wohin mein Mann wenige Tage vorher aus französischer Gefangenschaft gekommen ist. Über Stuttgart geht es nach Backnang, da die Mutter meines Mannes in Stuttgart ausgebombt ist und in Oppenweiler im Sturmfederhaus lebt. Wir haben eine neue Heimat in Backnang gefunden.*

Anneliese St., geboren 1920:

*Am 31. Januar 1945 ist Grünberg in Niederschlesien von den Russen eingekesselt. Mir gelingt am 12. Februar der Durchbruch durch*

*die undichten Russenreihen. Ich erlebe vor Dresden die Bombardierung und am 14. Februar geht es durch das zerstörte qualmende Dresden über die Elbebrücken. Am 15. Oktober 1945 gelange ich in das Backnanger Lager. Durch die Bemühungen von Herrn Riexinger bekomme ich zuerst Arbeit in der Spinnerei. Letztendlich lande ich bei Telefunkon.*

Maria K., geboren 1915:

*Am 5. Mai 1945 sind wir noch in Neisse südlich von Oppeln. Die Russen setzen über die Oder. Verängstigt wegen der russischen Greuelthaten in den bereits besetzten schlesischen Gebieten, verlassen wir fluchtartig die Heimat. Unser Leidensweg führt nach Pilsen in der Tschechoslowakei, wo uns die Tschechen sofort in ein Arbeitslager stecken. 1947 Rauswurf nach Deutschland. Wir haben Verwandte in Backnang und so wird dieses Städtchen unsere Zuflucht.*

Ernst O., geboren 1902:

*Wir haben ein Bauerngut in Schmaradt in Oberschlesien. Am 25. Januar 1945 spannen wir unsere Pferde vor zwei Wagen, vollgepackt mit Lebensmitteln und Betten, und flüchten mit unserem deutschen Gesinde vor den anrückenden Russen. Russische und polnische Landarbeiter bleiben triumphierend zurück. Nur unser treuer Iwan will mit uns mit. Er ist Ukrainer und haßt die Russen. In Aussig erreicht uns das Kriegsende. Wir wollen zurück in die Heimat. Anfang Juni kommen wir dort an. Sofort werden uns die Gespanne abgenommen. Wir kommen in das Lager nach Posen. Auf unserem eigenen Besitz residieren die Polen. Kurz vor der Ernte 1948 holt mich der Pole auf meinen Hof zurück. Ich soll ihn verwalten. Ich mache eine Schweinezuchterei auf. Endlich, 1952, darf ich ausreisen. Der Backnanger Oberbürgermeister, Dr. Baumgärtner, ein alter Freund unserer Familie, nimmt mich hier in Backnang auf.*

## Deutsche aus Staaten außerhalb des Reichsgebiets

### Allgemeines

Weshalb, wann und wie kamen die außerhalb Deutschlands im Osten Europas wohnhaft gewesenen Deutschen „heim ins Reich“? Die einen kamen auf Veranlassung der deutschen Regierung im Kriege, die anderen zwangsweise



durch Flucht und Vertreibung bei Kriegsende und danach. Das „Weshalb“ für die Ersteren ergab sich schon aus dem Programm der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (NSDAP) Hitlers aus dem Jahr 1920. Darin heißt es: *Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen aufgrund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Großdeutschland.* Als Hitler an die Macht kam, versuchte er dieses Ziel zu erreichen.

Die Österreicher, Sudetendeutschen, Memelländer und Danziger waren bereits mit dem Altreich vereinigt und Polen von der Wehrmacht und der Roten Armee erobert. Nun verkündete Adolf Hitler am 6. Oktober 1939 vor dem Reichstag: *Die Ziele der Reichsregierung sind 1. die Schaffung einer Reichsgrenze, die den historischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Bedingungen entspricht, 2. die Ordnung des gesamten Lebensraumes nach Nationalitäten.* Ferner führte er aus: *Denn der ganze Osten und Südosten Europas ist zum Teil mit nicht haltbaren Splintern des deutschen Volkstums gefüllt. Gerade in ihnen liegt ein Grund und eine Ursache fortgesetzter zwischenstaatlicher Störungen. Im Zeitalter des Nationalitätenprinzips und des Rassegedankens ist es utopisch zu glauben, daß man diese Angehörigen eines hochwertigen Volkes ohne weiteres assimilieren könne. Es gehört daher zu den Aufgaben einer weitschauenden Ordnung des europäischen Lebens, hier Umsiedlungen vorzunehmen, um auf diese Weise wenigstens einen Teil der europäischen Konfliktstoffe zu beseitigen.*<sup>75</sup> Daraufhin wurden durch Verträge mit den baltischen Staaten, mit der Sowjetunion, mit Rumänien und mit den Nachfolgestaaten des 1941 aufgelösten Jugoslawiens 540 000 Deutsche umgesiedelt, weitere 370 000 folgten nach der Eroberung der westlichen Teile der Sowjetunion.

Durch die NS-Politik und ihre Folgen kamen nach Deutschland: 1. die Deutschen aus den Gebieten, die bis 1939 mit dem Reich vereinigt wurden, 2. die Vertrags-Umsiedler von 1939 bis 1944, 3. die Administrats-Umsiedler aus der besetzten Sowjetunion 1941 bis 1943, 4. die Umsiedler, die vor den anrückenden Sowjet- und anderen Truppen, zum Teil schon als Flüchtlinge, von 1943 an evakuiert wurden,

5. die „normalen“ Flüchtlinge und Heimatvertriebenen von 1944 an.

## Baltenländer: Estland, Lettland und Litauen

An der Ostseeküste zwischen Ostpreußen und St. Petersburg in Rußland liegt das Baltikum. Beim Beginn der Missionierung um das Jahr 1200 lebten hier die baltischen Litauer, Kuren und Letten, nördlich davon die finnisch-ugrischen Liven und Esten, östlich die slawischen Russen und Polen. Die Deutschen bildeten seit dem 13. Jahrhundert in Kurland, Livland und Estland als privilegierter Adel und als Bürger der großen Städte die Oberschicht. Deutsche Bauern und Handwerker wanderten erst im 18. und 19. Jahrhundert in das Gebiet der späteren Staaten Litauen und Lettland ein. Auch der russische Anteil wurde in dieser Zeit immer mehr.

Vom Erzbistum Bremen begann 1180 die „Aufsegelung“ Livlands zur Christianisierung der Liven. Bischof Albert I. gründete 1201 Riga. Zusammen mit dem Schwertbrüderorden errichtete er eine geistlich-weltliche Herrschaft, die 1207 als deutsches Reichslehen bestätigt wurde. Der Schwertbrüderorden vereinigte sich 1237 mit dem Deutschen Ritterorden in Preußen. Die estnische Burg Reval eroberten 1219 die Dänen. Unterhalb der Burg gründeten 1230 deutsche Kaufleute die Stadt Reval, heute Tallin. Der Orden und der Erzbischof herrschten von Kurland bis Estland. Der zuvor von Dänen eroberte Nordteil Estlands kam 1346 zum Orden. Der letzte Landmeister des Ordens wurde 1561 Herzog von Kurland unter polnischer Lehnshoheit. Polen, Dänen, Schweden stritten sich um das übrige Ordensland, bis Zar Peter der Große 1721 Livland und Estland in Besitz nahm. Die Rechte des deutschen Adels und die Selbstverwaltung der Ritterschaft erkannte er an. Die Ritter blieben deshalb dem jeweiligen Zaren treu bis zur Abdankung des letzten im Jahre 1917. Auch blieb bis zu dieser Zeit die Sprache der Oberschicht deutsch.

Infolge der Russifizierungspolitik im 19. und 20. Jahrhundert wanderten immer mehr Deutsche aus. Gab es 1881 in Estland 47 000 Deutsche, waren es 1934 noch 17 000. In Lettland sank die Zahl von 1881 bis 1934 von 134 000 auf 62 000. 1918 errangen Lettland und Est-

<sup>75</sup> Dietrich Loeber: Diktierte Option, Neumünster 1972, S. 79.

land mit Hilfe deutscher und baltendeutscher Truppen ihre Unabhängigkeit. Die Vorrechte des Adels wurden aufgehoben, die Rittergutsbesitzer enteignet.

Litauen hatte eine andere Geschichte. Es war seit 1386 in Personalunion mit Polen verbunden, die litauischen Großfürsten waren bis 1572 Könige von Polen. Bei den polnischen Teilungen fielen bis 1795 Kurland und Litauen an Rußland. Erst 1918 wurde Litauen auf einem sehr viel kleineren Territorium selbständig.

Im Jahr 1939 kam das Ende der deutsch-baltischen Geschichte. Das Deutsche Reich vereinbarte mit den drei Staaten die Umsiedlung aller Deutschen. Innerhalb weniger Wochen verließen sie freiwillig ihre Heimat. Wie geworben wurde, zeigt das abgedruckte Dokument, der Handzettel von November 1939. Man ahnte, daß die „Heimholung“ erfolgte, weil die Sowjetherrschaft bevorstand. Das bewahrheitete sich 1940. Im Juni besetzten sowjetische Truppen das Baltikum und

Umsiedlung und Deportation von Deutschen in Ost- und Südosteuropa 1939 bis 1944:  
– Zahlen in 1 000 Personen –

Länder (1937)	Deutsche, die aus den vorgenannten Gebieten					deportiert (1941-1944)
	1940 bis 1944 aufgrund bilateraler Verträge oder administrativer Maßnahmen des Deutschen Reiches in nachstehende Gebiete umgesiedelt wurden					
	Insgesamt umgesiedelt	Eingegliederte Ostgebiete	„General- gouvernement“	Deutschland („Altreich“)	Österreich	
<i>Polen</i>						
Narew-Gebiet	11	4	5	2	-	
Cholmer Land	31	25	6	-	-	
Wolhynien, Polesien	67	28	10	29		
Galizien	57	28	7	17	5	
Zusammen	166	85	28	48	5	
<i>Baltische Staaten</i>						
Estland	17	13	-	4	-	
Lettland	59	38	-	21	-	
Litauen	51	36	-	15	-	
Zusammen	127	87	-	40	-	
<i>Sowjetunion</i>						
Wolgagebiet	-	-	-	-	-	400
Wolhynien (Ost)	45	35	5	5	-	-
Übrige Ukraine	280	200	20	60	-	100
Krim	5	5	-	50	-	
Nordkaukasus	5	5	-	-	-	80
Südkaukasus	5	5	-	-	-	20
Übrige Gebiete	30	15	10	5	-	50
Zusammen	370	265	35	70	-	700
<i>Rumänien</i>						
Bessarabien	92	57	6	20	9	
Bukowina	95	59	6	20	10	
Dobrudscha	15	10	-	5	-	
Alt-Rumänien	10	2	-	7	1	
Zusammen	212	128	12	52	20	
<i>Jugoslawien</i>						
Bosnien, Serbien						
Herzegowina	20	10	-	5	5	
Krain	15	-	-	5	10	
Zusammen	35	10	-	10	15	
Insgesamt	910	575	75	220	40	700 <sup>9)</sup>

<sup>9)</sup> Innenministerium Baden-Württemberg: Flucht, Vertreibung, Eingliederung. Bearbeitet von Immo Eberl, Sigmaringen 1993, S. 70.

schon im Juli „baten“ die drei Staaten um Aufnahme in die UdSSR.

Die Deutsch-Balten wurden im Warthegau und in Westpreußen eingewiesen. Bauern waren die Balten selten. Sie arbeiteten in anderen Berufen. Wie zum Beispiel der Vater von Frau Helga Wilke, Jahrgang 1942. Sie schrieb:

*Es war ein weiter Lebensweg, den meine Eltern vom Baltikum nach Backnang gingen. Sie wurden 1902 bzw. 1904 in Riga geboren. Anfang dieses Jahrhunderts lebten dort Letten, Deutsche und Russen friedlich nebeneinander. Der Großvater meiner Mutter war aus der Bad Wurzacher Gegend in Oberschwaben nach Lettland ausgewandert. Der Vater meiner Mutter hatte eine Schlosserei in Mitau in Kurland. Er starb, als meine Mutter zwei Jahre alt war. Die Großmutter heiratete ein zweites Mal und zog nach Riga. Die Großmutter meines Vaters war eine Russin, die einen Deutschen heiratete. Im Ersten Weltkrieg wurde die Firma nach Charkow verlegt. Dort besuchte Vater das Gymnasium. Zurück nach Riga, lernte er Gra-*

*veur. In Riga gab es deutsche Vereine, Schulen und Kirchen. Meine Eltern heirateten 1928. Unter Rußlands Kommunisten wollten meine Eltern nicht leben. Der Weg auf Schiffen und später in Zügen bis Litzmannstadt/Lodz im „deutschen“ Teil Polens war lang. Mein Vater arbeitete bis November 1941 in einer Großhandlung, dann wurde er zu einer Dolmetscher-Kompanie eingezogen.*

*Mein Vater schrieb von der Ostfront, Mutter solle in die Stuttgarter Gegend fliehen. Sie machte sich mit mir an der Hand und Rucksack und Koffer auf den Weg. Nach vielen Strapazen erreichten wir ein Dorf in Hohenlohe. Eine Tante war in den zwanziger Jahren von Riga nach Stuttgart gezogen und wegen der Bombardierungen nach Hohenlohe evakuiert worden. Zu den Bauern wurden die Großstädter und wir Flüchtlinge zwangseingewiesen.*

*Zwei Drittel meines Lebens wohne ich jetzt in Backnang. Meiner baltendeutschen Abstammung bin ich mir bewußt. Ich habe vielfältige Verbindungen zu Menschen in Backnang.*

Lettland: Handzettel I von Ende November 1939

**Warum fahren wir?** – Weil der Führer uns ruft.

**Warum ruft uns der Führer?** – Weil er unsere Arbeitskraft und unsere Erfahrungen beim Wiederaufbau des schönen, von den Polen verwahrlosten Posener Landes braucht.

**Warum holt er gerade uns?** – Weil er uns die Fähigkeit zutraut, diese wunderbare Aufgabe zu meistern, aber auch weil er für unsere Sicherheit und unser Auskommen hier in diesem Lande keine Garantie mehr übernehmen kann.

**Wir haben aber doch hier alles, was wir brauchen?** – Aus einer gesicherten Existenz hätte uns der Führer nicht herausgerissen. Wenn er das tut, so hat er dazu seine Gründe, und er wird es besser wissen, ob das für uns nötig ist, als wir.

**Verlieren wir aber nicht alles, was wir besaßen?** – Wir müssen wohl vieles zurücklassen, doch werden wir dafür in der neuen Heimat auf das großzügigste entschädigt. Niemand, der hier besitzlich war, wird drüben leer ausgehen.

**Aber da sagen viele, daß in Deutschland schwere Zeiten herrschen?** – Es ist unser Stolz, gerade jetzt unserem deutschen Volke dienen zu können. Wer in diesen Tagen aus Angst vor lächerlichen Unbequemlichkeiten sich vor dem rechten Entschluß fürchtet, soll sein deutsches Herz fragen. Und hat er eins, so wird es ihm die Antwort sagen.

**Was machen aber die Alten, die nicht mehr schaffen können?** – Der Führer hat uns alle gerufen, und unsere Alten gehören zu uns, wie alle anderen. Er wird für sie sorgen.

**Müssen wir nicht zurückbleiben, wenn unsere Väter und Mütter sich zur Umsiedlung nicht entschließen können?** – Wenn der Führer ruft, muß jeder folgen. Haben wir Angehörige, die nicht folgen wollen, so ist es unsere Pflicht, sie mitzunehmen oder ohne sie zu fahren.

**Habe ich nicht Zeit zum Überlegen?** – Bis zum 15. Dezember d. J. muß laut Vertrag der letzte Deutsche Lettland verlassen haben, der sich zu seinem Volke bekennen will. Du hast sechs Wochen Zeit zum Überlegen gehabt. Nun mußt du deinen Entschluß fassen.

**Deutscher, dein Führer hat dich gerufen!**

<sup>10</sup> Dietrich Loeber (wie Anmerkung 75), Dokument 134.

## Polen

Die tausendjährige Geschichte Polens ist wesentlich durch die Lage zwischen Deutschland und Rußland bestimmt. Während es mit den deutschen Staaten nur wenig Streitigkeiten gab, war Polen mit Rußland oft in Kriege verwickelt. Polen hatte sogar mehrere Jahre Moskau besetzt. In Deutschland war man noch im vorigen Jahrhundert ausgesprochen polenfreundlich.

Als der Piasten-Herzog Miesco I. die polnischen Stämme vereinigt und im Jahre 966 das Christentum angenommen hatte, beherrschte er ungefähr das Gebiet des heutigen Polen, nicht jedoch die Ostseeküste mit Pommern und dem Land der Pruzzen. Auch Schlesien gehörte nicht dazu. Erst Miescos Sohn Boleslaw I. eroberte Pommern, Schlesien und im Osten die heutige Ukraine mit Kiew. Diese Gebiete konnten nur kurze Zeit gehalten werden, die erreichten Außengrenzen wurden aber immer wieder angestrebt. Im 13. Jahrhundert riefen die polnischen Fürsten deutsche Bauern und Handwerker in das Land. Viele Städte, auch die Hauptstadt Krakau, hatten lange Deutsch als Amtssprache. Im Laufe der Jahrhunderte ging die deutsche in der polnischen Bevölkerung auf. Im Jahr 1386 vereinigte sich Polen mit Litauen, das sich damals sehr weit südlicher erstreckte und Weißrußland und große Teile der Ukraine einschloß. Eine weitere Vergrößerung Polens boten die preußischen Stände (fast ausschließlich deutsch!) dem König von Polen an. Er sollte sie beim Aufstand gegen den Deutschen Orden unterstützen und dafür die Oberherrschaft übernehmen. Er nahm an. Nach einem dreizehnjährigen Krieg der preußischen Stände und Polens gegen den Orden fiel der westliche Teil Preußens mit der Stadt Danzig 1466 unter die Oberherrschaft des polnischen Königs. Ihre Selbständigkeit konnten die preußischen Gebiete auch unter der Krone Polens lange erhalten, ganz besonders Danzig, das bis 1793 ein eigener Staat blieb.

Nach Blütezeiten im 16. und 17. Jahrhundert verfiel Polen. 1795 wurde es zwischen Rußland, Österreich und Preußen aufgeteilt. Polen entstand 1815 auf dem Wiener Kongreß unter dem russischen Zaren als König von Polen neu. Aber nach mehreren Aufständen

verloren die Polen alle nationalen Rechte, aus Kongreß-Polen wurden die russischen Weichselprovinzen.

Die Niederlage aller drei Teilungsmächte im Jahre 1918 war die Sternstunde für die Polen. Sie nutzten sie zur Wiederherstellung des Staates. Aber durch die Maßlosigkeit bei der Erringung neuer Grenzen waren die nächsten Konflikte schon vorprogrammiert. In Wilsons 14 Punkten hatte es geheißen: *Es soll ein unabhängiger Staat errichtet werden, der die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen soll.* Statt nun den Staat in den von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnten Gebieten zu bilden, gingen die Polen mit Gewalt und mit Unterstützung durch Frankreich weit über die Vorgabe hinaus. In dem neuen Staat wohnten zwei Drittel Polen und ein Drittel andere Nationalitäten, in der Regel gegen deren Willen. Nach der Volkszählung von 1910 lebten auf dem Gebiet der späteren Republik 55 % Polen, 25 % Ukrainer, Weißrussen und Großrussen sowie 8 % Deutsche. Bis 1931 hatten sich die Zahlen zugunsten der Polen verändert; 67 % waren Polen, 20 % Ukrainer, Weißrussen und Großrussen sowie 2 % Deutsche.<sup>78</sup> Besonders viele Deutsche aus Westpreußen und der Provinz Posen hatten freiwillig oder wegen der Schikanen das Land verlassen. Statt 2,2 Millionen vor dem Ersten Weltkrieg gab es 1939 nur noch eine Million.

Seitens Deutschlands wurde die Grenzziehung, insbesondere die Bildung des „Korridors“, der Deutschland zerriß, nicht hingenommen. Das äußerten auch weitsichtige Politiker wie der französische Botschafter in Berlin, Coulondre. Der schrieb, das deutsche Volk habe sich mit der Rückkehr des Elsaß an Frankreich abgefunden, es sei ihm aber unmöglich, die Verstümmelung seiner Ostgebiete anzuerkennen. Alle Parteien Deutschlands waren sich über die Ungerechtigkeit der Grenzziehung im Osten einig. So sagte der preußische Ministerpräsident Braun (SPD) noch 1930: *Niemand wird dem polnischen Volk sein Recht auf staatliches Eigenleben bestreiten, aber Ostpreußen wurde vom Mutterland losgerissen, hunderttausende deutscher Volksgenossen ohne Befragung unter fremde Staatshoheit gepreßt. Gegen*

<sup>78</sup> Fritz Peter Habel und Helmut Kistler: Deutsche und Polen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hsg.): Informationen zur politischen Bildung Nr. 142, Bonn 1970, S. 28.

*dieses Unrecht werden wir immer protestieren, die gewaltsam durchgeführte, willkürliche ungerechte Grenzziehung werden wir niemals als berechtigt anerkennen.*<sup>29</sup>

Auch im Osten Polens wehrten sich die Ukrainer. Es kam zu Aufständen, die niedergeschlagen wurden. Bei nächster Gelegenheit, im Jahre 1939, holten sich Rußland und Deutschland ihr Land wieder zurück, leider unter der Diktatur von Stalin und Hitler mit solcher Brutalität und Menschenverachtung, die nicht hinzunehmen ist.

Von Hitler sind polenfeindliche Äußerungen vor 1939 nicht bekannt. Wahrscheinlich wäre bei Konzessionen seitens Polens eine friedliche Lösung möglich gewesen, denn Hitler wollte den „Lebensraum“ in Rußland. Als aber die mäßige Revisionsforderung – Danzig zurück zum Reich und exterritoriale Straßen- und Bahnverbindungen durch den Korridor – abgelehnt wurde und Großbritannien und Frankreich ihre Garantieerklärung für Polen abgaben, änderte sich Hitlers Verhalten. Die Kriegsvorbereitungen gegen Polen begannen.

Nach Absprache mit der Sowjetregierung wurde Polen im September als Staat ausgelöscht und zwischen der Sowjetunion und Deutschland aufgeteilt. Die Sowjetunion nahm sich die Gebiete östlich der schon 1920 vom britischen Außenminister vorgeschlagenen Curzon-Linie. Die Ostgrenze Deutschlands wurde weit nach Kongreß-Polen vorgeschoben, das verkleinerte Polen ein Generalgouvernement mit der Hauptstadt Krakau. Nicht genug damit, es begann ein Terrorregime bisher nicht bekannten Ausmaßes. Während der Freistaat Danzig und Ost-Oberschlesien sofort Reichsgebiet wurden, blieb zu den „eingegliederten Ostgebieten“ eine Polizeigrenze bis zum Kriegsende bestehen. Was dahinter geschah, wurde weitgehend nicht wahrgenommen. Hier tobten sich NS-Blut- und -Boden-Politik und der Rassenwahn aus. Polen wurden Menschen minderen Rechts. Sie durften keine höheren Schulen mehr besuchen. Einen Teil der polnischen Intelligenz und der katholischen Geistlichkeit liquidierten die SS-Einsatzgruppen ohne Verfahren. Kongreßpolen und Juden deportierte man aus den neuen Ostgebieten in das Generalgouvernement. Polen sollten nur

noch Wanderarbeiter sein. Für die Arbeit im Alt-Reich wurde anfangs mit großem Erfolg geworben. Später folgte Zwang. Etwa 1,2 Millionen Polen arbeiteten bei Kriegsende in Deutschland. Während bei früheren Veränderungen die Einwohner die Bürgerrechte des übernehmenden Staates erhielten, wurde nun nur Deutscher, wer überprüft war. Die Volkslisten 1 bis 4 wiesen den Grad des „Deutschseins“ aus. In zehn Jahren sollten die eingegliederten Ostgebiete entpolonisiert sein.

In die eingegliederten Ostgebiete kamen die Deutschen aus dem Baltikum, aus den von den Sowjets annektierten Gebieten Polens, aus dem von Rumänien an die Sowjetunion abgetretenen Bessarabien und aus anderen Gebieten mit *nicht haltbaren Splittern des deutschen Volkstums*. Der Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums Heinrich Himmler, ließ immer weiter Deutsche und Polen umsiedeln. Später wurde auch aus der besetzten Sowjetunion umgesiedelt, aber da war es schon fast eine Flucht. Im Warthegau und in Westpreußen wurden für die Umsiedler polnische Bauernhöfe und Wohnungen „freigemacht“. Eine schwere seelische Belastung für die neuen Bewohner! Sie hatten bei der Umsiedlung ihr Vermögen zurücklassen müssen und wurden nun mit polnischem entschädigt. Bis Kriegsende hatten 365 000 Polen ihre Höfe und Wohnungen räumen müssen. Die Bauern unter ihnen fanden dann allerdings bei der Rückkehr 1945 in der Regel gut verwaltet gewesene Höfe vor, zum Teil mit neuen Maschinen ausgerüstet. Ende 1944 lebten auf dem Gebiet Polens in den Grenzen von 1937 1,6 Millionen Deutsche, davon 650 000 Umsiedler und 370 000 Reichsdeutsche. Unter den Umsiedlern waren 300 000 Deutsche aus der Sowjetunion, die 1943 und 1944 vor der Roten Armee evakuiert worden waren.

Im Sommer 1944 überschritten die Sowjets die sowjetisch-polnische Grenze vom Oktober 1939. Ein „Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung“, von den Sowjets eingesetzt, übernahm die Regierung der befreiten Gebiete. Die rechtmäßige Exil-Regierung in London wurde für illegal erklärt. Das erste Manifest vom 22. Juli 1944 lautete unter anderem:

<sup>29</sup> Ebd., S. 29

*An das polnische Volk!*

*Brüder, die Stunde der Befreiung hat geschlagen. Die Polnische Armee hat an der Seite der Roten Armee den Bug überschritten. Über dem gequälten Polen wehen wieder weiß-rote Fahnen. Unter einer gemeinsamen Führung marschieren alle polnischen Soldaten an der Seite der Roten Armee. Durch ganz Polen geht ihr Marsch, um Rache an den Deutschen zu nehmen, bis die polnischen Fahnen in den Straßen Berlins gehißt werden. Der vom kämpfenden Volk berufene Landes-Nationalrat ist die einzige legale Staatsgewalt in Polen. Die „Regierung“ der Emigration in London und ihre Delegatur in Polen sind usurpatorische, betrügerische Mächte und vollkommen illegal. Die Stunde ist gekommen, um die Leiden und Qualen ... an den Deutschen zu vergelten. Ergreift die Waffen! Schlacht die Deutschen, wo immer Ihr sie trifft! Auf zum Kampf um die Freiheit Polens, um die Rückkehr des alten polnischen Pommerns und des Oppelner Schlesiens zum Mutterland, um Ostpreußen und einen breiten Zugang zum Meer, um polnische Grenzpfähle an der Oder! Die deutschen Vermögen werden konfisziert. Es lebe das freie, starke, unabhängige und demokratische Polen!<sup>180</sup>*

Die folgenden Dekrete atmen denselben Geist, zum Beispiel der Artikel 1 des Dekrets vom 4. November 1944: *Polnische Staatsangehörige, welche zur Zeit der deutschen Besatzung ihre Zugehörigkeit zur deutschen Nationalität oder ihre deutsche Abstammung erklärten oder tatsächlich die mit der Zugehörigkeit zur deutschen Nationalität ... verbundenen Rechte und Privilegien genossen, werden unabhängig von der strafrechtlichen Verantwortung festgenommen und der Zwangsarbeit unterworfen.*

Eingeweihte wußten, was den Deutschen bevorstand. Der Hälfte gelang noch die Flucht in den Westen, aber 800 000 fielen unter die Herrschaft der Sowjets oder Polen. Die Deutschen waren nun das Ziel ständiger Ausschreitungen und Diskriminierungen. Alle kamen in polnische Arbeitslager. In den Lagern schikanierten und mißhandelten die Bewacher die Gefangenen. Die genaue Zahl der Umgekommenen ist nicht zu ermitteln. Sie wurden in

nicht gekennzeichneten Massengräbern verscharrt. In diesen Jahren der absoluten Rechtlosigkeit wurde für die Deutschen die Heimat zur Fremde.

Polen hat unter der NS-Gewaltherrschaft besonders stark gelitten. Aber mußte Unrecht mit noch viel mehr Unrecht beantwortet werden? Mußten die Grenzen nach Norden und Westen in „urpolnische“ Gebiete verlegt werden, die nie oder seit einem halben Jahrtausend nicht mehr polnisch waren und in denen keine oder nur sehr wenige Polen wohnten? Die Begründung, Polen habe im Osten mehr verloren als im Westen dazubekommen, ist bewußt irreführend. Die Polen waren dort nur eine beträchtliche Minderheit gewesen (2,6 Millionen Polen bei einer Gesamtbevölkerung von 8,8 Millionen). Dort wohnten vorwiegend Ukrainer und Weißrussen, abgesehen von einigen Städten wie zum Beispiel Lemberg.

Wie Menschen, die von Polen nach Bäcknang gekommen sind, die Zeiten erlebt haben, zeigen die folgenden Berichte:

Erich Lipski, Jahrgang 1932:

*Meine Mutter war Deutsche, geboren in Tomaszow südöstlich von Lodz. Ihr Vater arbeitete dort als Hausmeister bei einer begüterten und kulturell hochstehenden polnischen Familie, die zu den Baptisten gehörte, wie auch meine Großeltern. Der Großvater wurde dann Bauer und kaufte einen Hof östlich des Bug bei Kowel. Dort heiratete meine Mutter einen polnischen Schmied. Der starb noch vor meiner Geburt. Wir zogen auf die westliche Seite des Bug bei der Stadt Chelm. Nach dem Polenfeldzug 1939 wurden wir als Deutsche in die Gegend von Lodz auf einen Bauernhof umgesiedelt, den mein Onkel bewirtschaftete. Der polnische Bauer mußte den Hof verlassen und kam in das Generalgouvernement. Ich hörte später, als der Onkel nach Jahren der Drangsalierung durch die Polen nach Deutschland gekommen war, daß der polnische Hofbesitzer sich ausdrücklich bei dem Onkel für die Führung und Verbesserung des Hofes bedankt hatte. Er hatte den Onkel auch anfangs geschützt.*

*Ich besuchte im Krieg eine Hauptschule (= Mittelschule) mit Internat. Meinen Vornamen*

<sup>180</sup> Theodor Schieder (wie Anmerkung 66), Band I/3 Nr. 1.

Boleslaw änderte ich in Erich und wurde ein besonders eifriger Deutscher. Die Mutter kannte Russen und Polen. Sie wußte, wie die Polen 1939 mit den Volksdeutschen umgegangen waren und von den Todesmärschen und Morden. Als die Front näherrückte, zogen wir deshalb weiter westlich in die Nähe von Posen. Im Januar, die Russen waren durchgebrochen, wurden die Wagen gepackt. Die Polen sagten, ihr braucht doch nicht zu fliehen, wir tun euch doch nichts. Die Mutter drang jedoch auf Abfahren des Trecks. Mutter und Sohn gelangten in zwei Wochen in die Nähe von Jüterbog. Bei einem Gastwirt erhielten wir ein Zimmer. Die Wirtin kümmerte sich sehr um uns. Noch bis jetzt besuchen wir uns. Wir zogen 1946 weiter nach Hessen. Über Südamerika landete ich schließlich in Backnang. Bei Siemens verdiente ich mein Geld und konnte auch mit meiner Frau ein Haus bauen. Den bei Lodz Gebliebenen ging es sehr schlecht. Der Bürgermeister wurde zu Tode geschleift, zwei andere erschossen, alle anderen Deutschen wurden jahrelang eingesperrt. Trotzdem habe ich gute Beziehungen zu den dortigen Polen, besonders zu denen aus der Baptistengemeinde.

Bruno Bachmann, Jahrgang 1931:

Wir lebten in Lemberg/Galizien in guten Verhältnissen, besaßen ein Mietshaus, der Vater war Sparkassenangestellter. Als Kind sprach ich, obwohl meine Vorfahren alle aus der Pfalz stammten, nur Polnisch und Ukrainisch. Ich fühlte mich als Pole. 1918 war mein Vater österreichischer Soldat gewesen, anschließend im Krieg gegen die Rote Armee 1920, polnischer Reserveoffizier. Am 1. September 1939 kam wieder eine Einberufung. Ehe jedoch die bespannte Artillerie auszog, waren die Deutschen schon da, die die Stadt gleich an die Russen abgaben. Die führten sofort ihre Währung ein, kauften viel auf, verhielten sich jedoch korrekt. Die Schulsprache wurde sofort Russisch.

Da kam das Gerücht auf, alle Deutschen könnten weg nach Deutschland. Meine Eltern, wie wohl alle Volksdeutschen, meldeten sich. Anfang 1940 ging es im Zug nach Annaberg in Schlesien. Dort wurde die Abstammung und das Verhalten als Deutscher geprüft. Das erste war in Ordnung, mit dem deutschen Bewußtsein haperte es, aber wir wurden anerkannt. Im Juli 1940 war ich schon bei der Hitler-Jugend in Adlershorst bei Gdingen/Gotenhafen in West-

preußen. Vater arbeitete bei der Stadtverwaltung, später übernahm er eine Bankfiliale in Krakau im Generalgouvernement. Unser Wohnsitz von 1942 bis 1944 war Litzmannstadt. Vaters Bank wurde im Jahre 1944 nach Breslau verlegt. Die Familie zog auch dorthin. Wir blieben in der „Festung Breslau“ bis zur Kapitulation im Mai 1945. Die Russen waren schlimm. Wir dachten, die Polen würden besser sein. Das stimmte nicht. Mit viel Geschick gelang es meiner Mutter mit ihren beiden Söhnen nach Sachsen zu kommen. Von dort kamen wir über das Lager Ulm nach Backnang.

Vater war 1945 Kriegsgefangener in Usbekistan. Im selben Jahr wurde er als Pole nach Breslau entlassen. Dort fand er seine Kollegen aus der Bank in Lemberg vor und wurde wieder eingestellt. Aber bald hielten Neider ihm seine deutsche Vergangenheit vor und zeigten ihn an. Die Miliz nahm ihn mit. Es gab ein Gerichtsverfahren wegen Landesverrats. Da er jedoch kein „polnisches Blut“ hatte, wurde er nach Gefängenschaft in einem Arbeitslager 1949 als unerwünschtes Element nach Backnang zu seiner Familie entlassen.

Lydia Bachmann, Jahrgang 1929:

Ich bin im Kreis Sambor in Galizien geboren. Heute gehört das Land zur Ukraine. Meine Eltern hatten dort einen Bauernhof gepachtet. Wir wuchsen dreisprachig auf, deutsch, ukrainisch und polnisch. Das Verhältnis zu den anderen Nationalitäten war gut, zu den Ukrainern sehr gut. Aber wir fühlten uns als Deutsche. 1936 zogen wir auf das elterliche Gut in die Nähe von Lemberg. 1939 kamen die Russen, sie verhielten sich uns gegenüber einwandfrei.

Auf den „Ruf des Führers, in das Großdeutsche Reich heimzukehren“, verließen wir nach Weihnachten Galizien. Der Vater fuhr mit dem Pferdewagen nach Lodz und kam dann zu uns nach Bad Schandau in Sachsen, wohin wir bereits mit dem Zug gefahren waren. Nachdem wir mehrere Lager durchlaufen hatten, wurden wir in ein zuvor geräumtes Dorf bei Leslau eingewiesen. Die Besitzer waren vorher herausgeworfen worden. Das Geschirr stand noch da. Meine Mutter war so schockiert, daß sie drei Tage kein Essen anrührte. Der Hof war etwa gleichwertig wie der von uns verlassene. Von heute auf morgen war aus dem polnischen Dorf ein deutsches geworden.

*Wir wirtschafteten dort bis zum Januar 1945 und flüchteten mit Treckwagen. Bei Posen überrollten uns die Russen. Wir sollten zurück in unser Dorf. Alles, einschließlich Pferd und Wagen, wurde uns weggenommen. Vor dem Dorf bei Leslau verhaftete uns die polnische Miliz. Der Vater wurde schwer mißhandelt und von uns getrennt, die Mutter mit meiner kleinen Schwester kam zu einem Bauern, ich in das Lager Milence. Nach einem Jahr wurde das Lager aufgelöst, die Insassen in das Zentrale Arbeitslager Potulitz in Westpreußen gebracht. Dort war es noch schlimmer als in Milence. Die Bewacher waren sadistisch. Doch auch die gebildete Lagerleitung legte es auf den Tod besonders der Arbeitsunfähigen, Kranken und Alten an. Der leitende Arzt Isedor Cederbaum äußerte: „So lange ich im Lager bin, werden nicht viele das Lager lebend verlassen.“ Auf die Volksdeutschen hatten die Polen einen besonderen Zorn, während es den Reichsdeutschen aus Ostpreußen etwas besser ging.*

*Ich hatte im Lager Glück. Durch Bekannte kam ich in die Lagerverwaltung. Als ich meine Karteikarte hervorsuchte, hatte ich die meines Vaters in der Hand. Ich weinte. Der Chef fragte, weshalb ich denn weine. Er sorgte dafür, daß sowohl mein Vater als auch die Mutter nach Potulitz kamen, wenn wir auch alle getrennt untergebracht wurden. Dieser Pole war gut. 1947 durften wir nach Deutschland ausreisen. Der Transport ging nach Thüringen, im Januar 1948 gelangten wir nach Backnang.*

Die Leiden, die Frau Bachmann vorstehend zurückhaltend schildert, waren in Wirklichkeit größer. Das ist in „Schattenjahre in Potulitz 1945“ dokumentiert.<sup>1)</sup> Alles darin Geschilderte sei wahr, sagte sie. Die Zahl der in Potulitz Umgekommenen ist bisher nicht bekannt, dürfte aber niedriger liegen als im schlesischen Lager Lamsdorf. Dort starben von 8 064 Internierten 6 488. In Potulitz haben wahrscheinlich von 37 000 Insassen 12 000 den Lageraufenthalt nicht überlebt.

## Rußland

Das Zarenreich Rußland erstreckte sich bis zum Ersten Weltkrieg von Deutschland und Österreich-Ungarn im Westen bis zum Stillen Ozean im Osten. Auch das Großherzogtum Finnland gehörte zu Rußland. Die aus dem

Zarenreich hervorgegangene Sowjetunion bestand aus 16 Republiken, von denen die russische die weitaus größte war. In der Praxis wurde die Sowjetunion zentral vom Politbüro in Moskau regiert. Seit 1991 sind die Republiken selbständig.

Die Einwanderung der Deutschen begann in größerem Umfang in der Zeit der Zarin Katharina der Großen (1762 bis 1796). Größere Steppegebiete nördlich des Schwarzen Meeres waren in Kriegen gegen die Türken erobert worden. Die Zarin suchte Kolonisten im Ausland und versprach viele Vorteile. In der Pfalz, dem Rheinland, in Hessen, Baden, Bayern und Westpreußen hatte sie Erfolg. Bis 1798 wohnten schon 39 000 Kolonisten in Südrußland und an der Wolga. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts folgten weitere 55 000 Kolonisten, dieses Mal sehr viele Schwaben. Die Dörfer waren nach Nationalität und Religionszugehörigkeit bewohnt. Es gab zum Beispiel katholische und evangelische Schwabendörfer sowie viele Mennonitendörfer, jeweils in Selbstverwaltung. Die Geschlossenheit bestand zum großen Teil bis zum Zweiten Weltkrieg. Im Zarenreich lebten 1897 1,3 Millionen Deutsche.

Nach und nach hob der Staat die Sonderrechte der Einwanderer auf. Das und die zunehmende Russifizierungspolitik führten zu Auswanderungen nach Amerika. Slawophile forderten die Verdrängung der „Ausländer“. Entsprechende Gesetzentwürfe von 1912 kamen noch nicht durch. Aber nach dem Beginn des Krieges 1914 steigerte sich die Deutscheindlichkeit. Der Zar unterschrieb am 2. Februar 1915 ein Enteignungsgesetz. Die Wolhyniendeutschen waren die ersten Opfer. 200 000 mußten nach Sibirien und in andere asiatische Teile Rußlands ziehen. Sie kamen erst nach dem Kriege zurück.

Die Februar-Revolution 1917 und der Sturz des Zaren brachten vorerst Erleichterungen, die Enteignungen hörten auf. Doch die folgende Oktober-Revolution der Kommunisten und der Bürgerkrieg ruinierten die Kolonistendörfer und führten in ganz Rußland zu großen Hungersnöten. Erst die Wende durch Lenins „Neue Ökonomische Politik“ im Jahre 1921, die die Privatinitiative wieder förderte, besserte die wirtschaftliche Lage. Hoffnung keimte auf.

<sup>1)</sup> Hugo Rasmus: Schattenjahre in Potulitz, Münster/Westf. 1995.



Das war 1929 vorbei. Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft mit 10 bis 20 Millionen Toten, der Terror und die Deportationen des Schreckensregiments von Stalin waren fürchtbar.

Kein Wunder, daß viele Ukrainer und fast alle Deutschen in Verkennung der Nationalsozialisten die deutschen Truppen 1941 als Befreier empfanden. Die Sowjetbehörden hatten schon 1934 Listen mit allen Deutschen angelegt. Von Juli bis Oktober 1941 deportierten sie sie aus dem europäischen Teil Rußlands nach Asien, 400 000 von der Wolga, 80 000 aus Südrußland, 25 000 vom Kaukasus und 50 000 aus anderen Teilen der Sowjetunion. Im Schwarzmeergebiet gelang infolge des schnellen Vormarschs der Wehrmacht die Verschleppung meistens nicht mehr.

Für die Rußlanddeutschen wurde die „Volksdeutsche Mittelstelle“ (Vomi) von sehr großer Bedeutung. Diese Organisation, seit 1937 von der SS beherrscht, war für alle Deutschen mit fremder Staatsangehörigkeit zuständig. Sie übernahm das noch heute bestehende „Deutsche Auslandsinstitut“ in Stuttgart, den „Verein für das Deutschtum im Ausland“ und den „Verband für die Deutschen aus Rußland“. Seit 1939 organisierte sie die Umsiedlungsaktionen, mit der die Volksdeutschen in das Reich geholt wurden. Nach Beginn des Rußlandfeldzuges hatte sie die aufgefundenen Volksdeutschen zu erfassen und zu betreuen. 1943 bis 1945 organisierte sie ihre Rückführung vor der Roten Armee.

Südrußland war nach der Eroberung aufgeteilt worden zwischen Rumänien, das „Transnistrien“ zwischen Dnjestr und Bug mit der Hauptstadt Odessa annektierte, dem „Reichskommissariat Ukraine“ und dem besonderen Gebiet „Krim“, das für die Südtiroler vorgesehen war. Von Landau in Transnistrien führte die Vomi die Volksdeutschen im rumänisch und auch im deutsch besetzten Gebiet. 1943 und 1944 gab es andere Aufgaben für die Vomi als geplant. Die „Russen“ kamen wieder. Erst mußten die Deutschen aus dem Kaukasus (12 000) weitergeleitet werden, 6 000 kamen in das Generalgouvernement, 6 000 in das Alt-Reich. Nach der Ernte 1943 wurden die Ost-Ukraine und die Krim geräumt (72 000). Die Trecks gelangten an den Oberlauf des Dnjestr und

wurden, man kann es kaum glauben, dort in teilweise geräumten Dörfern „angesiedelt“. Das gehörte zum Plan, nach dem Kegelbahnprinzip deutschbesiedelte Streifen von Galizien bis zur Krim anzulegen. Dieser Irrsinn der SS-Planer war schnell ausgeträumt. Es folgte die Weiterleitung in den Warthegau, nach Westpreußen und in das Alt-Reich. Bis Mai 1944 waren auch die West- und die Süd-Ukraine geräumt (118 000). Im Sommer 1944 zogen die Deutschen Transnistriens (130 000), schon unter großen Verlusten, über Ungarn in den Warthegau. Von den etwa 370 000 Deutschen, die von 1941 bis 1944 die Sowjetunion verließen, nahmen der Warthegau und Westpreußen 265 000 auf.<sup>62</sup>

Die Sowjetunion hatte mit den westlichen Alliierten die Repatriierung aller Sowjetbürger vereinbart, auch gegen deren Willen. Das betraf auch die Volksdeutschen. 200 000 fanden die Sowjets bis Kriegsende in ihrem Machtbereich vor, 75 000 lieferten ihnen die Briten und Amerikaner aus. Die Menschenverluste bei der Festnahme, dem Transport, bei der Arbeit in der „Arbeitsarmee“ und bei der Ansiedlung werden auf mindestens 15 % geschätzt. Erst 1956 bekamen die Rußlanddeutschen ihre Bürgerrechte wieder, durften aber nicht in ihre Heimatgebiete zurückkehren.

Das Land Baden-Württemberg hat aus historisch gewachsener Verbundenheit mit den Deutschen aus Rußland 1979 die Patenschaft über ihre Landsmannschaft übernommen. Zwei Rußlanddeutsche, die in Backnang eine neue Heimat fanden, schilderten ihre Erlebnisse:

Abram Tielmann, Jahrgang 1919:

*Ich bin bei Kriwoirow in der Ukraine geboren. Von 1938 an studierte ich Hüttenwesen in Dnjepropetrowsk. Im Juni 1941 wurden die Studenten eingezogen, die deutschen nicht, sie sollten zur Arbeitsarmee. Illegal fuhr ich nach Hause und versteckte mich, bis die deutschen Truppen kamen. Sie waren unsere Retter. Zuerst dolmetschte ich für die Wehrmacht. Gegenüber den Russen habe ich keine Übergriffe der Soldaten bemerkt. Sie verhielten sich vorbildlich. Es wurden dann ukrainische Freiwillige für den Arbeitseinsatz in Deutschland gesucht. Ich begleitete den zweiten Transport nach München als Dolmetscher. Die Ostarbei-*

<sup>62</sup> Ingeborg Fleischhauer: Das Dritte Reich und die Deutschen in der Sowjetunion, Stuttgart 1983, S. 193 ff.

ter kamen zu den Dornier-Werken, wurden aber nicht als freie Arbeiter behandelt, Versprechungen nicht eingelöst. Es ging ihnen oft schlecht. Ich arbeitete später als Technischer Zeichner. Meine Eltern waren 1943 von Einlage/Ukraine nach Neustadt/Westpreußen geflüchtet. Ich fuhr hin und erreichte die Einbürgerung für uns alle und die Übersiedlung der Eltern nach München. Der Vater bekam Arbeit bei Dornier. Ich mußte 1944 zur Wehrmacht, konnte jedoch schon Ende Mai 1945 zurück nach München kommen. Über viele Umwege gelangte ich nach Backnang, wo ich Bekannte hatte.

Heinrich Warkentin, Jahrgang 1912:

Ich bin in einem Mennonitendorf im Donezbecken geboren. Mit den Dörfern der Russen und auch mit den deutschen Schwabendörfern hatten wir kaum Beziehungen. Heiraten zwischen Russen, Schwaben und Mennoniten waren nicht üblich. Mir sind solche nicht bekannt. Im Ersten Weltkrieg gab es schon Reibereien mit Einwohnern der benachbarten Russendörfer, die begehrt auf die Enteignung der Deutschen warteten. Nach dem Bürgerkrieg kam zwar die Verkleinerung der deutschen Höfe, aber die Dorfgemeinschaften blieben bestehen.

1934 mußte ich als erster Jahrgang – Mennoniten waren seit der Einwanderung vor fast 150 Jahren vom Dienst mit der Waffe freigestellt gewesen – Soldat werden. Ich kam zur Roten Luftwaffe als Meteorologe. 1938 war ich im Offiziersrang, wurde aber entlassen. Wahrscheinlich deshalb, weil ich die Tochter eines „Kulaken“ aus den bis zum Bürgerkrieg reichen Mennonitendörfern an der Molotschnaja geheiratet hatte. Deren Vater besaß bis zur Enteignung bei Beginn des Ersten Weltkrieges ein Gut von 800 ha außerhalb der Kolonien. Nach dem Bürgerkrieg bis zur Kollektivierung Ende der zwanziger Jahre war es in den Kolonien wirtschaftlich rapide aufwärtsgegangen. Nun folgte nochmals ein tiefer Sturz. Die „Schädlinge“, also die erfolgreichen Bauern, wurden nicht einmal in die Kolchose aufgenommen. Der Vater meiner Frau und zwei Brüder wurden verhaftet. Man hat nie mehr etwas von ihnen gehört. Bei meiner Heirat galten die völlig verarmten Kinder der Kulaken immer noch als reich und wurden diskriminierend behandelt. Bei der zweiten Verhaftungswelle 1937/38 traf

es die Männer in den Dörfern. So gab es beim Kommen der Deutschen 1941 sehr viele Frauen, deren Männer verschleppt worden waren. Auch sie kehrten nicht mehr zurück.

Ich war am 30. Juli 1941 zum Ausheben von Panzergräben westlich des Dnjepr geholt worden. „Die Deutschen sind da!“ war der Freudenruf am 18. August. „Endlich frei!“ hieß es. Doch aus den Dörfern östlich des Dnjepr wurden die Frauen und Kinder deportiert. Meine Familie war schon zum Bahnhof gebracht worden. Infolge des Chaos lagerten die Zusammengezogenen dort mehrere Tage. Vor dem Einstieg in die Züge Richtung Osten kamen die Deutschen. Ich kehrte in mein Dorf zurück. Nun regierte uns die Vomi. Wir Deutschen wurden gegen unseren Willen bevorzugt. Wir brauchten nur die Hälfte von dem abzuliefern, was die Russen mußten. Alle Proteste von uns fanden bei der Besatzung kein Verständnis. Die deutschfreundliche Stimmung der Russen schlug allmählich um. Wenn Partisanen in einem Dorf Lebensmittel erpreßten, wurde das ganze Dorf bestraft. Ein Ukrainer hatte 20 Jahre auf die Deutschen als Befreier gewartet. Er wurde denunziert und ehe eingegriffen werden konnte, hatte die SS ihn schon erschossen. Wirtschaftlich ging es uns nun gut. 1943 wurde die Kollektivierung für die Deutschen aufgehoben. Wir waren wieder freie Bauern.

Im Herbst hieß es dann plötzlich von der Vomi: Packt, wir bringen euch über den Dnjepr zum Aufbau eines Siedlungsstreifens deutscher Bauern von Galizien bis zur Krim. Mit einem Umweg über die Krim, die Sowjets waren schon nördlich der Halbinsel, kamen wir westlich des Dnjepr an. Nach sechs Wochen ging es weiter, teils mit Wagen und Vieh, teils mit der Bahn. Unsere neue „Heimat im Reich“ wurde das Rittergut des Herrn Naue bei Hohensalza im Warthegau. Im September 1944 mußte ich zur Waffen-SS.

Meine Familie flüchtete im Januar 1944 mit dem Gutstreck. Der wurde von den Russen überrollt, ausgeplündert und zurückgeschickt. Der deutsche Gutsbesitzer riet, das nicht zu tun und verschwand. Meine Frau wanderte mit den zwei Kindern zurück und wurde von den Polen in das Lager Kruschwitz bei Hohensalza gebracht. Es war ein Todeslager, die Alten starben. Die ein und zwei Jahre alten Kinder wurden meiner Frau weggenommen. Nach sechs Wochen fand sie mit Hilfe einer polnisch spre-

chenden Frau die Kinder in bejammernswertem Zustand wieder. Von ihren Landsleuten sonderte sich meine Frau ab, um nicht in die Sowjetunion zurückgeschickt zu werden. Sie gab sich als Reichsdeutsche aus Münsterberg in Westfalen, Adolf-Hitler-Platz, aus. Im Dezember 1946 wurde sie schon in die Ostzone ausgewiesen. Die Familie fand über die Anschrift eines landwirtschaftlichen Sonderführers, der in unserem Dorf gewesen war, wieder zusammen. Nach einem Aufenthalt von mehreren Jahren im Lager Maubacher Höhe hat meine Familie, wir haben drei Söhne, in Backnang eine neue Heimat gefunden.

## Tschechoslowakei

Der 1918 östlich von Bayern neu entstandene Staat erstreckte sich in einer Breite von 200 km und einer Länge von 800 km bis nach Rumänien. Er war aus dem bisher zu Österreich gehörenden Böhmen mit seinen Nebengebieten Mähren und Österreich-Schlesien und den bisher ungarischen Gebieten Slowakei und Karpato-Ukraine hervorgegangen. In Böhmen lebten vorwiegend Tschechen, in der Slowakei Slowaken und Ungarn, in der Karpato-Ukraine Ukrainer. Die Randgebiete Böhmens waren seit dem 12. Jahrhundert von Deutschen besiedelt worden. In den anderen Teilen des neuen Staates gab es deutsche Sprachinseln, in den Städten ebenfalls viele Deutsche. Die spätere Slowakei war seit dem Mittelalter ein Teil Ungarns, Preßburg/Bratislava sogar von 1526 bis 1784 ungarische Haupt- und Krönungsstadt.

Der König von Böhmen war einer der sieben Kurfürsten des „Heiligen Römischen Reiches“, die den deutschen König bzw. Kaiser wählten. Im Jahre 1526 fielen die böhmischen Länder an die Habsburger in Wien. Rivalitäten zwischen Tschechen und Deutschen gab es auch früher, jedoch wurden sie mit dem Aufkommen der Nationalstaatsidee im 19. Jahrhundert eine Gefahr für das Zusammenleben verschiedener Völker in einem Lande. Als 1846 die Böhmen zur Nationalversammlung in Frankfurt eingeladen wurden, kamen statt 131 nur die 59 deutschen Abgeordneten. 1846 betrug der Anteil der deutschen Bevölkerung in Böhmen 40 %, in Mähren 28 % und in Österreich-Schlesien 48 %.

Im Ersten Weltkrieg standen die meisten Tschechen wahrscheinlich noch loyal zum Kaiserhaus. Thomas Masaryk und Eduard Benesch arbeiteten jedoch in Paris, London und Washington daran, einen neuen slawischen Nationalstaat zu bilden, der die Slowaken einschließen sollte. Mit Erfolg, bedingt durch die Kriegslage. Am 28. Juni 1918 erkannte Frankreich „die tschechoslowakische Nation“ als kriegführende Macht an. England und die USA folgten. Nach dem Zusammenbruch von Österreich und Ungarn schieden auch die übrigen Slawen aus dem Vielvölkerstaat aus. Die „Republik Deutsch-Österreich“ einschließlich der deutschbesiedelten Teile Böhmens und Mährens erklärten sich am 12. November 1918 zum Bestandteil Deutschlands.

Doch die Tschechen wollten ganz Böhmen, ungeachtet des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Mit militärischer Gewalt wurden die deutschbesiedelten Teile der Tschechoslowakei eingegliedert. Der Staat hatte eine demokratische Verfassung, das Staatsvolk waren die Tschechen. Im Namen „Tschechoslowakei“ kam das zum Ausdruck. Es gab viel mehr Deutsche als Slowaken im Staate. Doch Tschechisch und Slowakisch wurden Amtssprachen. 46 % der Bevölkerung waren Tschechen, 28 % Deutsche, 13 % Slowaken, 8 % Ungarn, 3 % Ukrainer und 2 % andere.<sup>11</sup> Zynisch der tschechische Politiker Rasin am 4. November 1918: *Das Selbstbestimmungsrecht ist eine schöne Phrase. Jetzt aber, da die Entente gesiegt hat, entscheidet die Gewalt.*

Nach anfänglicher Ablehnung fügten sich die Sudetendeutschen. Sie forderten aber die Gleichberechtigung. Alle Forderungen wurden so lange abgelehnt, bis es für die Tschechen zu spät war. Die Stimmung schlug zu Ungunsten der Tschechen um. So sagte der britische Botschafter Henderson: *Ein Krieg, um die Welt vor einer deutschen Politik des Gebrauchs nackter Gewalt zu retten, hat alle moralischen Gründe für sich. Ich kann jedoch nicht einsehen, daß wir uns – in diesem 20. Jahrhundert mit den Grundsätzen der Nationalität und des Selbstbestimmungsrechts – auf moralischem Boden befinden, wenn wir Krieg führen, um dreieinviertel Millionen Sudetendeutscher zu zwingen, minderwertige Untertanen eines slawi-*

<sup>11</sup> Hans Lemberg: Die Staatenwelt nach 1918. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hsg.): Informationen zur politischen Bildung Nr. 225, Bonn 1989, S. 9.

schen Staates zu bleiben.<sup>34</sup> In der Konferenz von München beschlossen die Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Deutschlands die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete bis zum 10. Oktober 1938.

Leider hatte das Eingehen von Chamberlain und Daladier auf die Forderungen Hitlers und die an sich berechtigten Wünsche der Sudeten-deutschen die Folge, daß der vorbereitete Putsch des Heeres gegen Hitler nicht ausgeführt wurde. Die Heeresleitung wollte den Krieg nicht. Man hätte annehmen können, daß Hitler über den Erfolg von München zufrieden war, doch genau das Gegenteil ist richtig. Er konnte nicht in Prag als Sieger einziehen. Er hatte erklärt, das Sudetenland sei seine letzte territoriale Forderung. Das war gelogen. Als sich die Karpato-Ukraine am 13. März 1939, die Slowakei am 14. März als unabhängig erklärten, zwang Hitler den tschechischen Staatspräsidenten Dr. Hacha, deutsche Truppen in das Land zu lassen. Am 16. März 1939 wurde das „Protektorat Böhmen und Mähren“ Teil des Deutschen Reiches mit tschechischer Regierung und Verwaltung. Der Reichsprotektor nahm auf der Prager Burg seinen Amtssitz. Die „Zerschlagung der Rest-Tschechei“ war nach Ansicht des britischen Botschafters in Berlin ein immenser politischer Fehler. Hier traf die Äußerung des französischen Außenministers unter den Bourbonen und unter Napoleon, Fouché, zu: „Das war schlimmer als ein Verbrechen, das war ein Fehler!“

Die Tschechen überstanden den Krieg viel besser als die anderen Völker Europas. Sie brauchten nicht Soldat zu werden, sie litten nicht unter Luftangriffen, sie konnten der Arbeit in Frieden nachgehen. Aber die nationale Würde war tief verletzt. Den Briten und der Exilregierung unter Benesch, die sich 1941 nach dem Beginn des Krieges mit der Sowjetunion gebildet hatte, war an Widerstand im Lande gelegen. Tschechische Fabriken produzierten unbehindert Kriegsmaterial für die deutsche Wehrmacht. Das sollte sich ändern. So wurden in London Attentäter ausgebildet und mit Fallschirmen abgesetzt. Am 27. Mai 1942 gelang das Attentat auf den Reichsprotektor Heydrich. Es hatte die gewünschten Folgen, verheerend zuerst für die Tschechen. Hitler und seine Helfer verhängten völlig überzogene

Strafmaßnahmen. Vor allem traf es Unschuldige am Mord und stachelte dadurch die Haßgefühle der Tschechen an. Das Dorf Lidice wurde dem Erdboden gleichgemacht und 173 Männer erschossen. Die Täter, die gar nicht aus Lidice stammten, wurden am 18. Juni entdeckt und im Kampf erschossen. Bis Kriegsende blieb es im Protektorat ruhig.

Noch bis zum 8. Mai 1945 amtierte der Reichsprotektor Frank im Hradschin. Das Land war bis dahin im ringsumher tobenden Krieg eine „Insel der Seligen“ geblieben, der Luftschutzkeller des Reiches, Industrie und Landwirtschaft liefen gut. Am 5. Mai brach, von Kommunisten losgetreten, ein Aufstand aus. Die Jagd auf die Deutschen begann. Der Reichsprotektor konnte sich nicht entschließen, die Macht an die Protektoratsregierung zu übertragen. Am 6. Mai griff die bisher auf deutscher Seite kämpfende russische Wlassow-Armee ein, gegen die Deutschen. Sie hoffte auf die Güte der Amerikaner. Doch die lieferten die Armee an Stalin aus.

Was für die Deutschen in Prag und in anderen Gebieten der Tschechoslowakei folgte, war unvorstellbar schrecklich. Etwa 270 000 verloren dabei ihr Leben. Der bedeutende tschechische Schriftsteller Ota Filip, 1974 ausgebürgert, schilderte seine Erlebnisse so: *Von der Herrschaft des Großdeutschen Reiches unter Adolf Hitler wurde ich, im Mai 1945 fünfzehn Jahre jung, gleich dreimal befreit. Am 5. Mai um 10 Uhr vormittags kam unser Hausmeister, Herr Vodicka, mit einem Gewehr und sagte „Jetzt befreie ich unser Haus von den Nazis!“ Der revolutionäre Gardist ging in den zweiten Stock, wo die Ärztin Birgit Hahn wohnte. Ihr Mann war an der Westfront gefallen. Mitte April hatte Frau Hahn einen Buben namens Walter zur Welt gebracht. Wir hörten Frau Hahn fürchterlich schreien. Mit einem leisen Winseln flog Hahns Säugling durch einen breiten Lichtschacht in die Tiefe. Dann hörten wir oben einen Schuß. Hausmeister Vodicka, seit zehn Minuten im Aufstand gegen die Nazis, schrie „So, jetzt habe ich mit den Nazis abgerechnet! Wir sind frei!“ Am 8. Mai befreite uns die Wlassow-Armee. Meinen ersten Befreier, unseren Hausmeister, seit dem 5. Mai 1945 im Kriegszustand mit Deutschland, sah ich am 8. Mai am Wenzelsplatz einen mit Benzin begos-*

<sup>34</sup> Fritz Peter Habel und Helmut Kistler: Deutsche und Tschechen 1848 - 1948. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung Nr. 132, Bonn 1969, S.13.

senen deutschen Soldaten mit dem Kopf nach unten an einer Laterne hochziehen. „Nieder mit den Deutschen! Wir sind frei!“ schrie unser Hausmeister und zündete den Soldaten an. Am 9. Mai wurde ich in vier Tagen zum dritten Mal befreit, diesmal von den Soldaten der Roten Armee. Wenn ich über meine drei Befreiungen nachdenke, dann will bei mir keine richtige Freude aufkommen.<sup>65</sup>

Tschechisches Gesetz vom 8. Mai 1946 (verkürzt): *Eine Handlung, die in der Zeit vom 30. September 1938 bis 28. Oktober 1945 vorgenommen wurde und die eine gerechte Vergeltung für Taten der Okkupanten zum Ziele hatte, ist auch dann nicht widerrechtlich, wenn sie nach den geltenden Vorschriften strafbar gewesen wäre.*<sup>66</sup>

Die Deutschen, aber auch die Ungarn, verloren mit wenigen Ausnahmen die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft und ihr Eigentum. Sie wurden rechtlos, die Vertreibung folgte. Benesch hatte den „Transfer“ der Sudetendeutschen seit seinem Rücktritt 1938 vorbereitet und im Kriege wieder die Unterstützung der Westmächte erhalten. In fünf Phasen verließen die Deutschen ihre Heimat: bis Mai 1945 mit der zurückgehenden deutschen Wehrmacht, bis November 1945 bei wilden Massenaustreibungen, bis Januar 1946 als Einzelflüchtlinge, vom 19. Januar bis 27. November 1946 durch die geregelte Vertreibung und später als Nachzügler.

Die Slowakei hatte eine andere Geschichte. Sie war immer schon ein Teil Ungarns gewesen. Deutsche lebten vorwiegend auf Sprachinseln in der Zips, im Hauerland und im Raum Preßburg. 1930 hatte die Slowakei 147 000 Bürger deutscher Nationalität, das waren 4,5 % von 3,2 Millionen Einwohnern. Ungarn gab es 17,6 %.

1944 brach in einigen Gebieten ein Aufstand los, der auf Ersuchen der slowakischen Regierung von deutschen Streitkräften niedergeschlagen wurde. Bis Februar 1945 war der größte Teil der „Karpatendeutschen“ evakuiert. Der Rest fiel unter die Ausweisungsgesetze und kam 1946 nach Deutschland.

Die Sudetendeutschen stellten in Backnang den weitaus größten Anteil an den Heimatvertriebenen. Durchgangsstation war Backnang für viel mehr. Die Durchgangslager durchschleusten im Jahre 1946 18 500 Deutsche aus

der Tschechoslowakei. Folgende Züge, die über die Grenzstation Furth im Wald geleitet wurden, hatten als Zielbahnhof Backnang:

Grenzübertritt	Abgabebahnhof	Zahl der Ausgewiesenen
6. 6. 46	Zwittau, RegBz. Troppau	1 209
27. 6. 46	Zwittau, RegBz. Troppau	1 203
8. 7. 46	Zwittau, RegBz. Troppau	1 207
3. 8. 46	Neutitschein, RegBz. Troppau	1 156
5. 8. 46	Krummau, Böhmerwald	1 195
24. 8. 46	Eisenstein, Böhmerwald	1 150
12. 9. 46	Modrany, Protektorat	1 234
3. 10. 46	Mährisch Schönberg	1 196
17. 10. 46	Jägerndorf, RegBz. Troppau	1 208
30. 10. 46	Reichenau, Kr. Gablonz	1 198 <sup>67</sup>

Die nach Backnang gekommenen Sudetendeutschen erzählen:

Johanna S., Jahrgang 1921:

*Wir hatten eine Landwirtschaft in Südböhmen, die benachbarte Stadt Neuhaus gehörte schon zum Protektorat. Der Einmarsch der Sowjets 1945 verlief friedlich, es waren Weißrussen. Auch die ersten eintreffenden Tschechen verhielten sich nicht feindlich, sie waren früher Polizisten im Ort gewesen. Sie empfahlen meinem Vater, sich einbürgern zu lassen. Doch dann kamen am 30. Mai die Partisanen. Sie befahlen die Räumung des Dorfs innerhalb von einer halben Stunde und die Sammlung nur mit Handgepäck. Nur eine kommunistische Familie durfte bleiben. Sie wurde 1946 ausgewiesen. Meine Eltern und wir drei Mädchen mußten in einer Kolonne nach Neuhaus marschieren. Von dort brachte uns eine Schmalspurbahn zur Grenze. Zu Fuß ging es hinüber. Wir waren nun auf uns selbst angewiesen. Eine Bauersfrau, deren Mann noch Soldat war, nahm uns auf.*

*Nach einem dreiviertel Jahr kamen wir in ein verwanztes Lager in Melk. Von da aus ging es weiter nach Salzburg. Die Österreicher wollten uns nicht behalten, so wurden wir nach Deutschland abgeschoben. Unser Transport kam im Frühjahr 1946 in Backnang an. Nach kurzem Aufenthalt im Lager Leba fanden wir in Cottenweiler eine neue Heimat. Eine meiner Schwestern und ich heirateten Schwaben, die andere wurde Wienerin. Wir sind voll inte-*

<sup>65</sup> Ota Filip: Prag im Mai 1945. In: Die Zeit, 5. 5. 1995.

<sup>66</sup> Theodor Schieder (wie Anmerkung 66), Band IV, I, S. 291.

<sup>67</sup> Walli Richter: Letzte Tage im Sudetenland, München 1989, S. 408 ff.

griert. Aber das Treffen der Südmährer in Geislingen habe ich oft besucht.

Frau L., Jahrgang 1927:

Ich stamme aus einer Landwirtschaft im Kreis Freiwalddau in Sudeten-Schlesien. Ich hatte neun Geschwister. Im Mai 1945 besetzten die Russen unser Dorf. Es passierte „das damals Übliche“. Im März 1946 mußten wir unser Haus räumen, man brachte uns in ein schon von den deutschen Bewohnern freige-machtes Dorf, in das schon Tschechen einge-zogen waren. Die Ausweisung verzögerte sich, weil ein Bruder noch in Gefangenschaft war. Als der im August kam, dauerte es nicht lange bis zur Einweisung in ein Sammellager. Dabei wurden wir ausgeplündert. Ein Zug mit 20 Wagen zu je 30 Personen brachte uns über Königgrätz und Prag nach Furth im Wald. Zwei Wagen des Zuges, darunter unserer, wurden in Crailsheim abgehängt und nach Backnang gezogen. Im Lager Maubacher Höhe hatten wir für zwei bis drei Personen nur ein Feldbett. Alle fanden wir in kürzester Zeit Arbeit. Ich heiratete einen Backnanger. Ausdrücklich möchte ich feststellen, wir hatten das Glück einer huma-nen Aussiedlung. An den Patenschaftstreffen meiner Landsleute, die immer in Vaihingen an der Enz stattfinden, nehme ich teil.

Franz Skarpil, Jahrgang 1933:

Ich wuchs in dem Waldhufendorf Wermsdorf, Kreis Mährisch-Schönberg im Altvaterge-birge auf. Das Dorf hatte 950 Einwohner. Mein Vater ist zu österreichischer Zeit in Krakau geboren und in Brünn aufgewachsen. Er kam als junger Lehrer ins Dorf und heiratete eine Bauerstochter. Im Ort wohnten nur zwei tsche-chische Familien.

Die Russen nahmen das Dorf am 8. Mai 1945 ein. Wir waren in den nahen Wald geflüchtet. Bei uns waren sehr viele Flüchtlinge aus Oberschlesien untergebracht. Einer von ihnen rettete einen russischen Soldaten, der versehentlich aus einer Flasche Spiritus getrunken hatte. Dieser bedankte sich einige Tage später mit einer Tasche voller Armbanduhren. Das Kommando im Dorf hatte inzwischen ein tschechischer Forstgehilfe übernommen. Er wußte, daß während des Krieges von Dorfbe-wohnern öfters militärische Ausrüstung in den Wald transportiert wurde, und wer dabei geholfen hatte. Acht Männer ließ er verhaften,

und nur einer von ihnen kam nach vielen Jah-ren aus sibirischer Gefangenschaft zurück.

Mein Vater sollte 1942 eine neue Stellung in Litzmannstadt/Lodz übernehmen. Dabei mach-te man ihm jedoch zur Bedingung, daß er aus der Kirche austreten solle. Als er nach kurzer Bedenkzeit ablehnte, erhielt er acht Tage später den Einberufungsbefehl zur Wehrmacht. Auf-grund seiner guten slawischen Sprachkenntnis-se wurde er Dolmetscher in Kurland. Er kam bald in Gefangenschaft und wurde – in der Annahme, er sei Tscheche – 1946 wieder ent-lassen. Als er an sein Elternhaus in Brünn kam, öffneten ihm Fremde. Er entschuldigte sich für das Versehen und suchte einen Schulkamera-den auf. Der schlug vor ihm sofort die Türe zu, ging ihm aber nach und erklärte sein Verhalten. Mein Vater hätte großes Glück gehabt, daß nicht seine Frau die Tür geöffnet habe, denn sie sei eine fanatische Tschechin und hätte ihn als Deutschen sofort verraten und erschießen las-sen. Weiterhin erfuhr er, daß seine Eltern Teil-nehmer des berüchtigten Marsches der Deut-schen aus Brünn in das Vernichtungslager Porlitz gewesen waren. Sie haben dies nicht überlebt.

Als er im Sommer zu uns nach Hause kam, wurde er gleich wieder gefangengenommen. Ein Tscheche übernahm unser Haus, und wir mußten ins Ausgedinghaus umziehen. Unserer Bitte, erst nach der Rückkehr des Vaters aus der Gefangenschaft auszusiedeln, wurde ent-sprochen. Im September 1946 mußten wir, beladen mit 40 kg Gepäck, unser Dorf verlas-sen. Im Sammellager wurden wir noch mehr-mals durchsucht, und jeder Tscheche nahm sich dabei, was er gebrauchen konnte. Über Furth im Wald kamen wir mit dem Zug am 4. Oktober 1946 in Backnang an. Im Lager Leba lebten wir mit mehreren Familien zusammen in einem Zimmer mit Drei-Stock-Betten. Vom Müllplatz holten wir Flaschen, um Tee einzu-füllen, und wir freuten uns, wenn wir im Spätherbst noch halb gefrorene Äpfel an den Bäumen fanden.

Bis zur Aufnahme in die Schulen unterrichtete mein Vater die Kinder des Lagers, so gut es unter den gegebenen Umständen möglich war. Nach sechs Monaten durften wir das Lager ver-lassen und erhielten als vierköpfige Familie zwei Zimmer in der Friedhofstraße. Es dauerte längere Zeit, bis mein Vater, der inzwischen als Waldarbeiter im Plattenwald arbeitete, wieder



Oskar Kreibich: Der sudetendeutsche Künstler schuf bleibende Werte in Backnang.



als Lehrer angestellt wurde. Ich durfte das Gymnasium besuchen und machte in Backnang das Abitur.

Oskar Kreibich, Jahrgang 1916:

Der bekannteste Backnanger Künstler der Nachkriegszeit war ein Sudetendeutscher aus dem Norden Böhmens. Für seine neue Heimatstadt schuf er Bilder, Bücher und Denkmäler. Sein Bericht über das Wiedersehen mit seiner alten Heimat schließt das Kapitel „Tschechoslowakei“ ab (gekürzt):

Der Name meines deutschen Geburtsortes, Seifersdorf bei Reichenberg, war wieder zu dem tschechischen Zungenbrecher „Zibridice“ geworden. Was tut man, wenn man nach 25 Jahren seine Heimatgemeinde wiedersieht? Küßt man die Erde? Es war Pfingstsonntag! Langsam fuhr ich durch das Dorf. Ich merkte sehr rasch, wie fremd mir der Ort geworden war. Als ich das eingebrochene Kirchendach wahrte, wurde mir sehr schnell bewußt, weshalb ich keinen einzigen Kirchgänger zu Gesicht bekommen hatte. Dieser Ort war an Trostlosigkeit kaum zu überbieten! Mein einziger Wunsch bestand nur darin, mein Geburtshaus, die Mühle, wiederzusehen und das Grab meines Vaters aufzusuchen. Die Mühle war

verschwunden. Ich ging hinauf zum Friedhof. Nachdem ich den ungefähren Lageplatz des Grabes ausgemacht hatte, säbelte ich das Gebüsch zusammen.

Ich starrte auf die freigelegte Grabplatte „Gestorben 1938“. „Gut hast du es gehabt, Vater“, hörte ich mich sagen. „Du als einziger darfstest zu Hause bleiben. Ich hätte dich in jedem Falle hier gefunden, auch wenn du die Ausweisung erlebt hättest. Ich kenne dich! Keinen Fuß hättest du über die Schwelle gesetzt, solange der alte Trommelrevolver aus dem Ersten Weltkrieg noch schußbereit in der Nachttischschublade lag ...“. Ich saß lange, sehr lange.

Oskar Kreibich:

Nicht angegurtet  
fällst du aus dem Nest!  
Du fällst - ,  
im Ohr noch  
den Triumph des Kuckucks.  
Aber ich bin gestoßen worden!  
Wen stört das schon!  
Du fällst  
und fällst  
- ins Bodenlose ...  
und landest - oh Wunder -  
auf zwei Beinen!<sup>88</sup>

<sup>88</sup> Ebd., S. 460 ff.

## Die Donauländer im Südosten Europas

Die Gebiete östlich von Österreich entlang der Donau bis zum Schwarzen Meer sind von vielen Völkern bewohnt worden. Die Herrschaften wechselten, die Grenzen veränderten sich. Von den Bewohnern ist die größte Gruppe die der Slawen, die seit dem 6. Jahrhundert in Südosteuropa eindrangen. Durch den Einfall der Ungarn wurden die Südslawen, das sind hauptsächlich die Bulgaren, Makedonier, Kroaten, Serben und Slowenen, von den übrigen Slawen getrennt. Im Gebiet des heutigen Rumänien behaupteten sich romanische Bevölkerung und Sprache. Alle diese Völker kamen seit 1354 unter die Herrschaft der Türken. Bis 1526 eroberten sie den größten Teil Ungarns. Nur ein Streifen östlich der Grenze des römisch-deutschen Kaiserreichs blieb frei. Von Ungarn bis fast zum Kaukasus hatte das Osmanische Reich die Hoheit. Zweimal, 1529 und 1683, belagerten die Türken sogar Wien. Eine Gegenbewegung war die Folge. Ungarn wurde von der Kaiserlichen Armee unter Prinz Eugen von den Türken befreit. In den Grenzgebieten, die sehr entvölkert waren, ließen die Kaiser Deutsche, Serben und andere Nationalitäten hinter einer „Militärgrenze“ ansiedeln. Der Viel-Völker-Staat Österreich-Ungarn löste sich am Ende des Ersten Weltkrieges auf. Es entstanden die „Nationalstaaten“ Ungarn, Jugoslawien und Rumänien, die aber keine Staaten einer Nation waren, sondern solche mit Staatsvölkern und Minderheiten.

### Deutsche Ostsiedlung in den Donauländern

Hauptsiedlungsgebiete der Deutschen waren die Bukowina, Bessarabien, Siebenbürgen, Sathmar, Banat, Batschka, Schwäbische Türkei, Syrmien, Slawonien, Gottschee, das Donauknien bei Budapest, der Bakonywald und Westungarn.

### Bukowina / Buchenland

Die Bukowina liegt am Oberlauf des Pruth, der in die Donau fließt. Der Hauptort ist Czernowitz. Vom Mittelalter bis 1875 gehörte das Land zum Fürstentum Moldau, das unter türkischer Hoheit stand. 1875 mußte das Osmanische Reich die Bukowina an Österreich abtreten. Das Herzogtum nahm anschließend einen großen wirtschaftlichen Aufschwung. Deutsche und andere wanderten ein, besonders in die Hauptstadt. 1918

entschied sich die Bukowina für den Anschluß an Rumänien. 1940 mußte Rumänien den Nordteil der Bukowina mit Czernowitz an die Sowjetunion abtreten. Daraufhin erfolgte die Umsiedlung der Deutschen sowohl aus dem sowjetischen als auch dem rumänischen Teil nach Deutschland und in die eingegliederten Ostgebiete.

### Bessarabien

Die Fürsten der Walachei aus dem Hause Basarab gaben im 14. Jahrhundert dem Land zwischen Pruth, Donau, Schwarzem Meer und Dnjestr den Namen. Zar Alexander I. von Rußland wurde 1812 der neue Herr. 1918 annektierten die Rumänen das Land, 1940 holten es sich die Sowjets zurück. Der Zar hatte nach 1812 die ersten deutschen Siedler aus dem Großherzogtum Warschau für Bessarabien werben lassen. Die Mehrzahl der Siedler kam jedoch nach 1814 und um 1830 aus religiösen und wirtschaftlichen Gründen aus Württemberg. Ihre Nachkommen holte Hitler 1940 „heim ins Reich“. Nach längeren Zwischenaufenthalten in Lagern, unter anderen in Hubertusburg in Sachsen, wurden die Bessarabier im Warthegau und in Westpreußen auf Bauernhöfen angesiedelt, aus denen die SS kurz vorher die Polen herausgeholt hatte. Gerade hatten die Umsiedler sich eingelebt, mußten sie 1945 auf die Flucht. Ihre Trecks kamen zum größten Teil im Westen an, die von den Sowjet-Armeen überrollten Bessarabier erlitten das schreckliche Schicksal vieler Ostdeutschen.

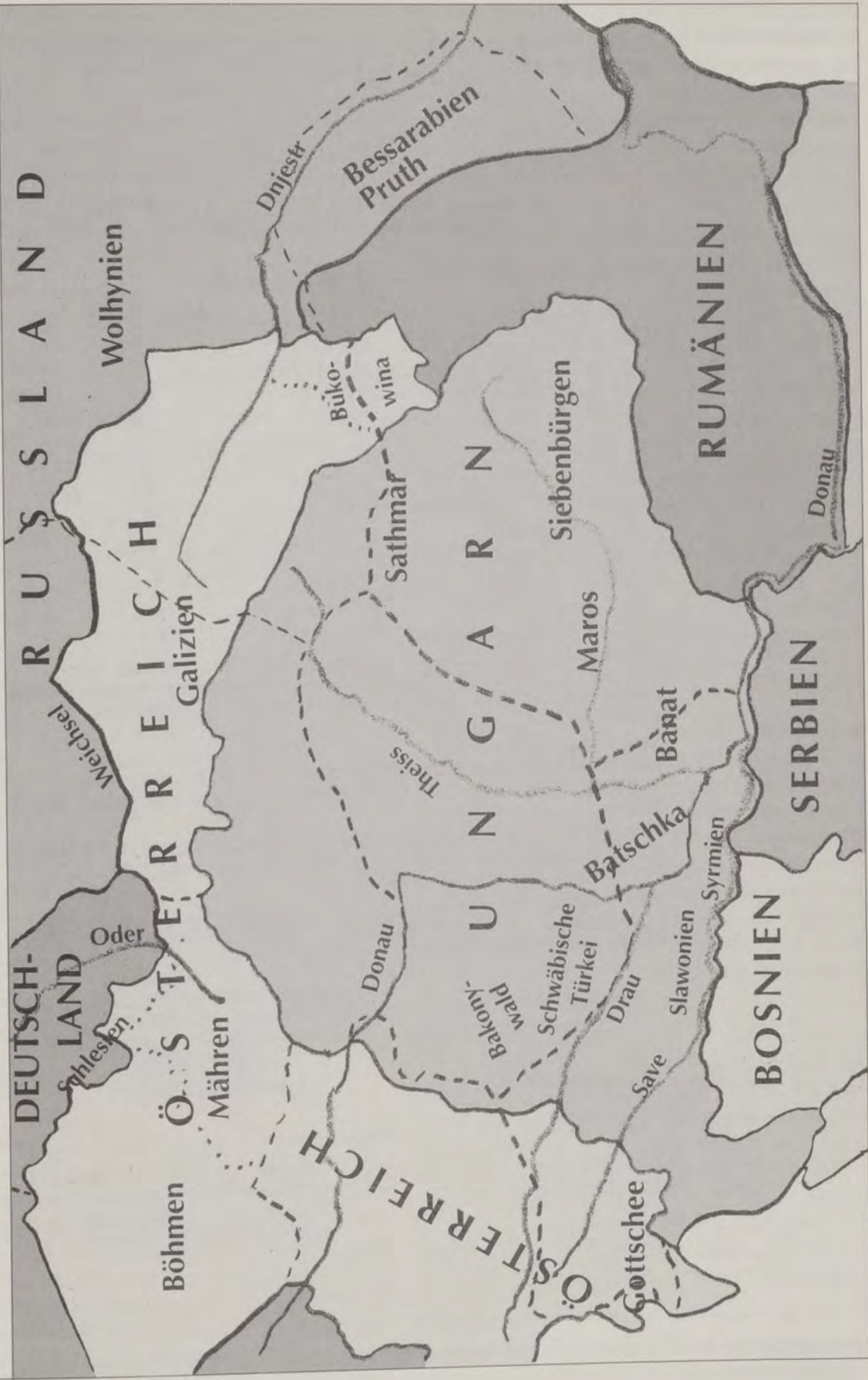
Bei Kriegsende waren die davongekommenen Bessarabier meistens über Norddeutschland verstreut. Der Initiative eines Landsmannes, des Diplomingenieurs Karl Rüb, war es mitzuverdanken, daß 50 000 Evangelische aus Bessarabien und der Dobrudscha in Württemberg und auch besonders im Kreis Backnang eine neue Heimat fanden. Rüb hatte in Stuttgart studiert, war bei Kriegsende wieder zurückgekommen und setzte sich beim Hilfswerk der evangelischen Kirche für die Aufnahme der Schwaben ein. „Schwabenumsiedler“ nahm Württemberg bevorzugt auf. Auf Bescheinigungen des „Hilfswerks für evangelische Umsiedler innerhalb der evangelischen Landeskirche Württemberg“ erfolgte fast problemlos die Übersiedlung aus den anderen Zonen nach Württemberg.<sup>99</sup> Das sprach sich

<sup>99</sup> Gertrud Knopp-Rüb: Gedenkschrift im Auftrag der Landsmannschaft der Bessarabiendeutschen, Stuttgart 1995.



# Südosteuropa mit Österreich-Ungarn 1914

- Grenzen 1914
- - - - Grenzen 1998
- ..... Binnengrenzen 1914



131

Bescheinigung

Kohler

Das Hilfswerk bescheinigt hiermit, dass

- ✓ 1) Jakob Klatt und Frau
- ✓ 2) Mathilde Klatt
- ✓ 3) Elise Pantel u. Kinder
- ✓ 4) Grete Pantel x
- ✓ 5) Inge Pantel, x
- ✓ 6) Anna Gallaps u. Kinder
- ✓ 7) Gertrud Gallaps x
- ✓ 8) Hingard Gallaps x
- 9) Rudolf
- 10) Lilli Beier und Frau
- 11) Heinz Beier u. Kinder
- 12) Klaus Beier x
- 13) Werner - Beier x

*Handwritten notes and signatures on the right side of the list, including a large vertical signature and the name 'F. J. ...'.*

Umsiedler schwäbischer Abstammung ist, dessen Vorfahren vor ca. 125 Jahren aus Württemberg ausgewandert sind. Er ist bei uns erfasst und ordnungsgemäß registriert.

Der Obige reist mit .....Pferden und Wagen sowie seiner Familie bestehend aus 13 Personen nach Württemberg, wo er von uns betreut und eingesetzt wird.

Der Einsatz erfolgt laut Vereinbarung mit dem Innenministerium Stuttgart laut Verordnung vom 7.11.45 Nr. IX 398 an die Landräte.

Für bitten alle Dienststellen, sowie die Bevölkerung den obigen Personen auf ihrer Reise nach Württemberg Hilfe und Unterstützungen zu gewähren.

Hilfswerk für ev. Umsiedler innerhalb des Hilfswerkes der ev. Landeskirche Württemberg

(Dipl. Ing. Kub)

Registriert im Übergangslager Eisenach

20.5.46  
Zone:  
nach Zone:

inhaber verbleibt in der amerikanischen Zone.  
Wiederübertritt in die russische Zone ist verboten

Bescheinigung der evangelischen Landeskirche Württemberg. Damit durften Vertriebene schwäbischer Abstammung als „Schwabenumsiedler“ aus der russischen und britischen Zone nach Württemberg kommen.

wie ein Lauffeuer unter den Bessarabiendeutschen herum. Sie kamen zurück in die Heimat der Vorfahren. Das Senioren- und Pflegeheim „Alexanderstift“ in Neufürstenhütte, gegründet für hilfsbedürftige Bessarabier als „Alexander-Asyl“ (nach Zar Alexander I.), gibt es heute noch. Im Heimatbrief der Bessarabiendeutschen Jahrgang 1 Nr. 2 vom März 1949 wird die Zahl der Bessarabiendeutschen im Kreis Backnang mit 1522 angegeben.

### Siebenbürgen

Siebenbürgen liegt im östlichen Teil des mittelalterlichen Königreichs Ungarn im Karpatenbogen. Es ist die älteste deutsche Sprachinsel in Osteuropa. Seit 850 Jahren leben hier Deutsche, gerufen von ungarischen Königen und dem Deutschen Orden. Sie kamen von Rhein und Mosel, von Thüringen, Flandern und (Nieder-) Sachsen. Zur Unterscheidung von den anderen Nationen werden sie bis heute als „Siebenbürger Sachsen“ bezeichnet. Sie waren keinem Grundherrn, nur dem König und dem Sachsengrafen unterstellt, den sie sogar seit 1477 selbst wählen durften. Im Landtag Siebenbürgens waren sie eine der drei „ständischen Nationen“. Das waren der Adel, die ungarischen Szekler und die Sachsen. Die Reformation führte zu einer selbständigen lutherischen Landeskirche mit einem eigenen Bischof. Das Fürstentum stand nacheinander unter osmanischer, österreichischer und ungarischer Hoheit. 1867 wurde die Autonomie aufgehoben. Die Siebenbürger pflegten ihre Beziehungen zu Deutschland stärker als die später eingewanderten Donauschwaben. 1918 wurde Siebenbürgen rumänisch. Es entfiel der Madjarisierungsdruck. Deshalb waren die Nord-Siebenbürger auch nicht sehr glücklich, als sie 1940 wieder Ungarn wurden. Nach dem Kriegsende war Siebenbürgen wieder ganz rumänisch.

### Sathmar

Nicht weit vom Oberlauf der Theiß entfernt liegt das Gebiet Sathmar im Nordosten der ungarischen Tiefebene am Fluß Samosch. Der Kaiser hatte den ungarischen Grafen Karoly als Dank für die Unterstützung bei der Befreiung Ungarns von den Türken mit Sathmar belehnt. Um aus dem Land Nutzen zu ziehen und es katholisch zu halten, besiedelte er es mit Oberschwaben. Aus Biberach und Ravensburg kamen die ersten Siedler mit „Ulmer Schachteln“ auf der Donau bis Pest und von da weiter

auf dem Landweg bis Großkarol. Im ganzen 18. Jahrhundert folgten weitere Siedler. 1918 kam Sathmar zu Rumänien. Dadurch wurde die schon weit fortgeschrittene Madjarisierung auf Betreiben der Rumänen durch eine Regermanisierung ersetzt. Vorübergehend war Sathmar von 1940 bis 1945 wieder ungarisch.

### Banat

Das Banat liegt zwischen den Flüssen Donau im Süden, Maros im Norden und Theiß im Westen. Zentrum ist Temeschburg/Timisoara. Nach dem Sieg über die Türken stand es von 1718 bis 1751 unter österreichischer Militärverwaltung, 1778 wurde es mit Ungarn vereinigt. Nach dem Ersten Weltkrieg blieb nur der kleinste Teil bei Ungarn, die größeren Teile erhielten Jugoslawien und Rumänien. Die donauschwäbische Kolonisation setzte 1718 ein, als der Türkenkrieg endete. Sie hielt im ganzen 18. Jahrhundert und auch danach an. Höhepunkte waren die drei „Schwabenzüge“ 1723 bis 1726, 1763 bis 1772 und 1782 bis 1787. Das Banat wurde das größte zusammenhängende deutsche Siedlungsgebiet außerhalb Deutschlands in den Donauländern.

### Batschka

Die Batschka liegt zwischen der Donau und dem Unterlauf der Theiß. Der Hauptort ist Neusatz/Nowi Sad. Es war nach dem Sieg über die Türken Militärgelände. Hier wurden viele Serben als Grenzschutz gegen die Türken angesiedelt. Die donauschwäbische Kolonisation setzt erst um die Mitte des 18. Jahrhunderts ein. 1918 wurde die Batschka zum größten Teil Jugoslawien zugeschlagen. Der nördliche Teil blieb bei Ungarn. Hier befindet sich die Partnerstadt Backnangs, Bácsalmás.

### Schwäbische Türkei

Die Schwäbische Türkei liegt zwischen der Donau und der Drau. Der Hauptort ist Fünfkirchen/Pecs. Das Land war immer ungarisch. Die deutsche Einwanderung begann erst nach dem Ende der Türkenherrschaft im 18. Jahrhundert. Hier wohnten die meisten Deutschen Ungarns in den Grenzen nach dem Ersten Weltkrieg. Ein kleiner Teil der Schwäbischen Türkei, Baranja im Drau-Donau-Winkel, kam 1918 zu Jugoslawien. Syrmien und Slawonien

Zwischen Donau und Save liegen Syrmien westlich von Belgrad und Slawonien mit dem Hauptort Esseg/Osijek. Hier siedelten die

Donauschwaben erst im 19. Jahrhundert. Sie kamen nicht mehr direkt aus Deutschland, sondern waren Nachgeborene, die entweder neue Dörfer anlegten oder sich in bestehende Dörfer einkauften. 1918 kamen beide Gebiete zu Jugoslawien.

#### Gottschee

Das im Westen Sloweniens gelegene Gebiet war schon im 14. Jahrhundert deutsch besiedelt. Es ist ein Teil der Krain.

#### Südwest-Ungarn

In diesem Teil Ungarns gab es deutsche Siedlungsgebiete bereits im Mittelalter, besonders im Grenzgebiet zu Österreich mit dem Hauptort Ödenburg/Sopron. Weitere Einwanderungen erfolgten im 18. und 19. Jahrhundert. Zentren der Deutschen wurden das Donauknäe bei Budapest und der Bakonywald.

### Die Donauländer nach 1918 und das Schicksal ihrer Deutschen

#### Rumänien

Rumänien war 1862 durch den Zusammenschluß der Fürstentümer Moldau und Walachei entstanden. 1916 erklärte es Österreich-Ungarn den Krieg, um Siebenbürgen zu erhalten. Den Krieg verloren die Rumänen, den Sieg errangen sie trotzdem 1918 beim Zusammenbruch Österreich-Ungarns. Ihr Land vergrößerte sich von 137 000 auf 295 000 km<sup>2</sup>, die Einwohnerzahl stieg von 8 auf 18 Millionen. Auf dem alten Staatsgebiet lebten 99 %, auf dem neuen 72 % Rumänen. Im Zweiten Weltkrieg kämpfte Rumänien auf deutscher Seite und gewann vorübergehend Bessarabien und die Bukowina, die Gebiete, die es 1940 an die Sowjetunion verloren hatte, zurück. Darüber hinaus wurde 1941 Transnistrien mit der Hauptstadt Odessa rumänisch. Im August 1944 wechselten die Rumänen die Seite und erklärten Deutschland den Krieg.

1930 lebten in Rumänien 745 000 Deutsche, davon im Banat 275 000, in Siebenbürgen 237 000, in Bessarabien 81 000, im Buchenland 76 000, in Alt-Rumänien 32 000, in Sathmar 31 000 und in der Dobrudscha 13 000.<sup>90</sup> Das war ein Anteil von 4,1 %. Die Rumänen waren ihren Deutschen gegenüber wohlwollend eingestellt. Gegen Ende der dreißiger Jahre gewann der Nationalsozialis-

mus aus Deutschland zunehmend Einfluß. Die Rumänen nahmen das hin und erlaubten sogar mit dem Dekret vom 20. November 1940 die Anerkennung der „Deutschen Volksgruppe in Rumänien“ als juristische Person. Diese wurde von der „Volksdeutschen Mittelstelle“ (Vomi) aus Berlin betreut. Die deutschen Wehrpflichtigen dienten mehr oder weniger freiwillig, später auch zwangsweise, in der Waffen-SS und erhielten die deutsche Staatsbürgerschaft. In der rumänischen Armee befanden sich 45 000 Deutsche, in der Waffen-SS 60 000.

Von den Umsiedlungsaktionen 1940 bis 1944 waren 212 000 Deutsche betroffen, die Bessarabier kamen je zur Hälfte nach Westpreußen und in den Warthegau, die Bukowina-Deutschen zur Hälfte nach Ost-Oberschlesien, die übrigen auch in den Warthegau. Bei Kriegsende flüchteten etwa 100 000 Deutsche aus Rumänien, 75 000 deportierten die Sowjets nach Osten. Es starben dabei 10 000. Von 1944 an übernahmen nach und nach die Kommunisten die Macht in Rumänien. Durch die Bodenreform wurden die Deutschen praktisch enteignet. Sie verloren das Wahlrecht. Ein Vertreiberland war Rumänien jedoch nicht.

Trotzdem wanderten viele Deutsche aus. Zuerst im Wege der Familienzusammenführung, dann wegen der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und der immer stärker werdenden Anziehungskraft der Bundesrepublik Deutschland. Bis 1987 hatten 200 000 Rumänen-Deutsche das Land verlassen. Besonders negativ für den Bestand der Deutschen in Rumänien wirkte sich die Politik der Bundesrepublik aus. Sie zahlte für Aussiedler an den Diktator Ceausescu „Kopfgeld“. Nach dessen Sturz 1989 kam es zum „kollektiven Selbstmord“ der Rumäniendeutschen. Innerhalb kurzer Zeit verließen zwei Drittel ihre Heimat und siedelten nach Deutschland aus. Offiziell will die jetzige rumänische Regierung, daß die Deutschen bleiben oder wiederkommen. Es sieht aber fast so aus, als ob die 850 Jahre alte deutsche Geschichte Rumäniens dem Ende zugeht.

#### Jugoslawien

Das „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ entstand 1918. Vor allem die Serben wollten den Zusammenschluß der Süd-

<sup>90</sup> Theodor Schieder (wie Anm. 66), Band III, S. 16 E.

slawen, besonders aber aller Serben, in einem Staat. Sie erreichten die Zustimmung der Kroaten und Slowenen, mit denen sie noch nie vereinigt gewesen waren. Fünfzehn Nationalitäten gehörten dem neuen Staat an, die Serben dominierten. Das gab von Anfang an Spannungen. Jugoslawien = Südslawien, wie es sich seit 1929 nannte, war entstanden aus den im 19. Jahrhundert von den Türken befreiten unabhängigen Staaten Serbien und Montenegro, aus Teilen Österreichs und Ungarns, aus dem von Österreich und Ungarn gemeinsam verwalteten Bosnien-Herzegowina und den bis 1912 osmanischen Teilen Albaniens und Makedoniens.

Jugoslawien war kein Ziel von Hitlers „Lebensraumpolitik“. Die Beziehungen zwischen den Staaten waren korrekt. Als jedoch die jugoslawische Regierung im März 1941 in Berlin dem „Drei-Mächte-Pakt“, einem Bündnis Deutschlands, Italiens und Japans, beitrug, wurde sie gestürzt. Dies war einer der Anlässe zur Besetzung Jugoslawiens durch deutsche Truppen, weitere waren der mißglückte Angriffskrieg Italiens auf dem Balkan und englische Aktivitäten in Griechenland. In zwei Wochen kapitulierte Jugoslawien. Es wurde zwischen Kroatien, Serbien, Bulgarien, Ungarn, Albanien, Italien und Deutschland aufgeteilt. Kroatien erhielt den Löwenanteil, Bosnien wurde kroatisch. Es folgten Kämpfe der Jugoslawen untereinander, auch der königstreuen Serben gegen die Partisanen Titos. Kroaten terrorisierten und vertrieben Serben. Es gab rund eine Million Tote. Schließlich wurde Tito als Führer Jugoslawiens von den Alliierten anerkannt. Das deutsche Militär hatte durch die Partisanenangriffe große Schwierigkeiten. Unangemessene Vergeltungsaktionen waren die Folge, führten jedoch nicht zum Sieg über die Partisanen. Aber das deutsche Militär blieb bis Mai 1945 in Jugoslawien.

1931 lebten in Jugoslawien 490 000 Deutsche, davon in der Batschka 173 000, im Banat 120 000, in Kroatien und Slawonien 81 000, in Syrmien 49 000, in Slowenien 29 000, im Baranja-Dreieck, in Bosnien und Serbien je 16 000.<sup>99</sup> Von den Einzelangaben sind 10 000 Juden abzuziehen, die sich als deutschsprachig bezeichneten. Der Anteil der Deutschen an der Gesamtbevölkerung betrug 3,6 %. 35 000

Deutsche wurden 1941 bis 1944 umgesiedelt, davon 10 000 aus der Gottschee im italienisch gewordenen Teil der Krain. Weniger ordentliche Umsiedlungen gab es in der Batschka. Die Ungarn vertrieben Serben und brachten Tausende von ihnen um.

Die Deutschen Jugoslawiens waren weit überwiegend Bauern und politisch wenig interessiert. Sie arbeiteten viel und hatten wirtschaftliche Erfolge. Deutsche Organisationen entstanden erst, als die eigenen Interessen bedroht waren. Nach 1941 steigerte sich der Einfluß aus Deutschland, gegen Ende des Krieges der der SS-Führung. Die Wehrpflichtigen mußten, freiwillig oder durch Zwang, in der kroatischen Wehrmacht, bei ungarischen Einheiten oder in der Waffen-SS dienen.

Bei der Verschlechterung der Kriegslage 1944 wurden die Deutschen aus Syrmien und Slawonien (Woidina) und aus Mittel-Jugoslawien evakuiert. Meist zogen sie mit Trecks nach Österreich und Schlesien. 1945 flüchtete aus der Batschka etwa die Hälfte der Deutschen, aus dem Banat nur ein Zehntel. In ganz Jugoslawien blieben etwa 200 000 Deutsche zurück. Sie hatten ja gute serbische und ungarische Nachbarn und fühlten sich unschuldig! Die sowjetische Besetzung geschah noch mit wenigen Ausschreitungen. Jugoslawien war für die Sowjets Freundesland. Der Einbruch der „regulären“ Partisanenverbände brachte dann uneingeschränkte Willkür mit Erschießungen. 30 000 Deutsche deportierten die Sowjets im Januar 1945, Verlustquote 15 %.

Die Partisanenführung unter Tito hatte 1944 Beschlüsse zur Behandlung der Deutschen mit jugoslawischer Staatsangehörigkeit gefaßt. Pauschal wurden sie zu Volksfeinden erklärt, enteignet und sie verloren die Bürgerrechte. Bis zum Frühjahr 1945 waren sie alle in Lager eingewiesen oder umgebracht. Es gab keine von den Alliierten unterstützte Vertreibung, doch die Deutschen waren unerwünscht. Sie sollten Jugoslawien verlassen, wenn sie nicht als Arbeitskräfte gebraucht wurden. Die Lager wurden 1948 aufgelöst.

1950 befanden sich 150 000 Jugoslawiendeutsche in der Bundesrepublik Deutschland, 150 000 in Österreich, 15 000 in der Deutschen Demokratischen Republik und 15 000 in ande-

<sup>99</sup> Ebd., Band V, S.11 E.

ren Ländern. Für 1953 wurde die Zahl der Deutschen in Jugoslawien mit 62 000 angegeben.

## Ungarn

Ungarn verlor von 1918 bis 1920 68 % seines Staatsgebiets und 59 % seiner Bevölkerung. Dabei hatte es mit Tschechen, Rumänen und Jugoslawen militärische Verwicklungen gegeben. Budapest war von Rumänen besetzt worden. Der k. und k. (kaiserlich-königliche) Admiral Nikolaus von Horthy konnte am 16. November 1919 mit seinen ungarischen Truppen wieder in die Hauptstadt einziehen. Er wurde 1920 zum Reichsverweser des Königreichs Ungarn gewählt. Rest-Ungarn hatte nach dem Friedensvertrag, der als Diktat angesehen wurde, statt 20,9 nur noch 8 Millionen Einwohner. 3 Millionen Madjaren blieben außerhalb der neuen Grenzen. Damit wollte Ungarn sich nicht abfinden. Die Anlehnung an Deutschland brachte von 1938 bis 1941 einen Teil der verlorenen Gebiete wieder zurück. Ungarn nahm von 1941 bis 1945 am Krieg gegen die Sowjetunion teil. Der Versuch Horthys, am 15. Oktober 1944 einen Waffenstillstand abzuschließen, scheiterte. Die Pfeilkreuzler, die ungarischen Nationalsozialisten, übernahmen die Regierung und kämpften weiter. Im von den Sowjets besetzten Osten Ungarns bildete sich eine andere provisorische Regierung, die am 22. Dezember 1944 einen Waffenstillstand abschloß und Deutschland den Krieg erklärte.

1930 bekannten sich 478 000 als Deutsche, davon 171 000 in der Schwäbischen Türkei, 146 000 in Budapest und Umgebung, 54 000 im ungarisch gebliebenen Teil der Batschka und des Banats, 55 000 in Westungarn, 45 000 im Bakonywald und 7 000 im übrigen Ungarn.<sup>29</sup> Infolge der Gefahren, die durch den Frontwechsel Rumäniens aktuell wurden, stellten die deutschen Volksgruppenbewegungen in Zusammenarbeit mit der Vomi Evakuierungspläne auf, die ab Oktober 1944 zum Teil realisiert wurden. Transporte gingen nach Deutschland. Aber bis zum Kriegsende verließen nur etwa 10 % der Deutschen Ungarn. Es gab keine größeren Spannungen zwischen Ungarndeutschen und Madjaren, wohl aber unter den Deutschen zwischen „Volksbündlern“ und „Madjaronen“.

Nach der sowjetischen Besetzung war die Lage zunächst etwas besser als befürchtet. Es gab Plünderungen und Vergewaltigungen, aber nicht so ungezügelt wie in den Monaten vorher in Ostdeutschland. 30 000 Deutsche wurden in die Sowjetunion verschleppt. Unversehens wurde jedoch der „Schwabe“ zum Feindbild aufgebaut, seine Treue zu Ungarn geprüft. Drei Feindgruppen wurden unterschieden: Angehörige des (von der ungarischen Regierung genehmigten!) Volksbundes; Angehörige der Waffen-SS, auch die nicht freiwillig dazu gegangenen Männer; alle, die ihren bereits madjarisierten Familiennamen zurückverlangt hatten.

Ein recht undurchsichtiges Kapitel ist die Schuld an der Vertreibung der Deutschen. Der ungarische Außenminister soll die Genehmigung zur Ausweisung von 500 000, nach anderen Angaben von 200 000 Deutschen beantragt haben. Die Potsdamer Konferenz genehmigte am 2. August 1945 „die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung oder von Teilen derselben, die in Ungarn zurückgeblieben sind.“ Gegen Widerstand beschloß der ungarische Ministerrat am 22. Dezember 1945 die Aussiedlung der Deutschen, die sich bei der letzten Volkszählung zur deutschen Volkszugehörigkeit oder Muttersprache bekannt hatten. Die Ausweisung erfolgte in drei Phasen, von Januar bis Juni 1946 und von August bis Dezember 1946 in die amerikanische Zone Deutschlands, vom August 1947 bis 1948 in die sowjetische Zone. Die erste Phase war nicht human. Die Bewachungsmannschaften plünderten die Vertriebenen aus. Sie kamen in solchem Zustand an, daß die Amerikaner die Ausweisungen verboten. Im zweiten Abschnitt wurde es besser, im Dezember verweigerten die Amerikaner die weitere Aufnahme von Transporten aus Ungarn. Die schickten nun die Deutschen in die sowjetische Zone. Das Burgenland um Ödenburg/Sopron an der österreichischen Grenze wurde vollständig von Deutschen geräumt. Im Jahre 1997 gab es noch 37 000 Personen in Ungarn, die sich zur deutschen Muttersprache bekannten. Fast alle zurückgebliebenen Ungarndeutsche und ihre Nachkommen sind inzwischen mehr oder minder im ungarischen Volkstum aufgegangen.

<sup>29</sup> Ebd., Band II, S. 12 E.

Für Backnang sind die Ungarndeutschen von besonderer Bedeutung geworden. Ihr Anteil hier an den Heimatvertriebenen betrug etwa 19 %. Sie sind kulturell sehr rührig und unterhalten zusammen mit der Stadt Backnang das „Ungarndeutsche Heimatmuseum“, wahrscheinlich das bedeutendste in Deutschland. Mit der Stadt Bácsalmás in der Batschka bestehen enge Beziehungen. Schon 1959 hatte Backnang die Patenschaft für die vertriebenen Ungarndeutschen aus Bácsalmás übernommen. Die Partnerschaft wurde 1971 auf alle Ungarndeutschen, genau auf das „Ungarndeutsche Kultur- und Sozialwerk“ ausgeweitet mit dem Ziel, aktiv an der Wiederanknüpfung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem ungarischen und dem deutschen Volk zu wirken.

Im Jahre 1988 kam es zur offiziellen Partnerschaft von Backnang und Bácsalmás, denn viele jetzigen Backnanger haben ihre Wurzeln dort. Von 14 000 Einwohnern der Stadt Bácsalmás waren 1941 10 000 Deutsche, 2 700 Ungarn und 1300 Serben.<sup>91</sup> Die Partnerschaft wird gepflegt durch gegenseitige Besuche. Zum jährlichen Schwabenball in Backnang kommen offizielle Vertreter der Ungarn und Deutschen.

Berichte von Heimatvertriebenen aus den Donauländern, die nach Backnang kamen:

Artur Harter, Jahrgang 1919; Anna Harter, Jahrgang 1920:

Anna Harter: *Ich komme aus Teplitz in Bessarabien. Mein Vorfahr Balmer war 1816 aus Emmingen bei Nagold in die Warschauer Gegend ausgewandert. Er starb dort. Seine Witwe mit drei Kindern zog 1817 nach Teplitz. Gemäß einem deutsch-sowjetischen Vertrag siedelten 1940 die Bessarabier nach Deutschland um. Auf der Donau brachte man uns zuerst in das Banat, dann ging es mit dem Zug weiter in das Lager Hubertusburg in Sachsen. Bis zur Einbürgerung lebten wir wie Gefangene. Die „rassistisch einwandfreien Deutschen“ (O-Fälle) kamen als Bauern in die eingegliederten Ostgebiete, die noch nicht als Deutsche anerkannten Umsiedler (A-Fälle) zur Arbeit in das Alt-Reich. Es war schlimm, Familien wurden auseinandergerissen, doch Proteste dagegen hatten Erfolg. Nach einem weiteren Zwischenaufenthalt in Litzmannstadt wurden wir im Sommer 1941 auf*

*einen Bauernhof bei Bromberg in Westpreußen eingewiesen. Da erfuhren wir, daß die Vorbesitzer einen Tag vorher den Hof hatten verlassen müssen. Ein schlimmes Gefühl für uns, wir weinten! In der Küche fanden wir den deutschen Spruch „Eigner Herd ist Goldes wert“, wohl noch aus der deutschen Zeit vor 1920. Die etwas heruntergekommene Wirtschaft brachten die Eltern in drei Jahren hoch. Ich wurde mit anderen Frauen in Marienburg zur Webkursleiterin ausgebildet. Wir lernten spinnen und weben und entwarfen eine neue westpreußische Tracht. Meine habe ich heute noch. Ich gab anschließend in den Wintern in vielen Dörfern des Kreises Wirsitz vierwöchige Webkurse für die Mädchen und Bauersfrauen, jeweils mit 10 bis 15 Teilnehmerinnen.*

Am 21. Januar 1945 um 4 Uhr morgens bei 27 Grad Frost verließ unser Treck mit 30 Wagen das Dorf. Herzhaft, energisch und streng brachte Treckführer Geiser ihn bis zum 19. Februar 1945 in den Kreis Malchin in Mecklenburg. Kein Wagen ging verloren. Für seine Leistungen sind wir ihm dankbar. Doch am 1. Mai hatten uns die Russen. Furchtbare Tage folgten. Der Herrgott half. Eine Frau aus Bretten in Baden kam und sagte: „Leit, kommet nach Wirtemberg. Dort nehme sie die Schwaben auf!“ Ich fuhr zusammen mit einer Bekannten unter abenteuerlichen Umständen nach Stuttgart. Dort kannte ich die Anschrift einer Frau, der wir vor dem Krieg aus Bessarabien Päckchen geschickt hatten. Die wußte gleich Bescheid und fuhr mit mir zum Hilfswerk für evangelische Umsiedler aus Bessarabien. Landsmann Rüb gab mir 45 Zuzugsgenehmigungen für Württemberg. Die brachte ich zurück und 35 Personen gelangten dadurch mit Gepäck von Mecklenburg über die Zonengrenze bis Stuttgart. Vom dortigen Lager transportierte uns ein Lastwagen nach Unterbrüden, wo wir im Dezember 1945 ankamen.

Im selben Monat noch erhielten wir 12 „Mädeles“ bei der Spinnerei Adolff in Backnang Arbeit. Mit Laternen zogen wir früh und abends über den Dresselhof. Nach drei Wochen gab uns die Firma Wohnquartiere. Essen durften wir im Marienheim, wo noch Polen waren. Als die wegekamen, zogen wir ein. Von meinem Mann – wir hatten 1943 geheiratet – wußte ich viele

<sup>91</sup> Klaus Erlekamm und Anton Hippich: Der Sprache, des Glaubens und der Kultur wegen vertrieben. In: Backnanger Kreiszeitung, 4. 10. 1997.



Spinn- und Webkurs unter dem Hakenkreuz in den eingegliederten Ostgebieten im Winter 1943. Lehrgangsheiterin Anna Harter (2. Reihe, 3. von links) in selbst gefertigter neuer westpreußischer Tracht.

Jahre nichts. Da geschah ein Wunder. Eine aus der Verschleppung von Sibirien zurückgekehrte Frau hatte einen Zettel mitgeschmuggelt. Darauf stand: „Ich suche meine Frau Anna Harter“. Der Zettel erreichte mich auf unvorstellbaren Wegen. 1949 kam mein Mann aus russischer Gefangenschaft zu mir. Wir konnten in Sachsenweiler bauen. Dort waren wir 27 Familien aus Bessarabien.

Artur Harter: Ich komme wie meine Frau aus Teplitz. Mein Vorfahr war 1817 aus Glems bei Metzgingen nach Bessarabien ausgewandert. Vor dem Krieg hatten wir Verbindungen nach Deutschland. Studenten besuchten uns in den Ferien. Wir arbeiteten und feierten mit Ziehharmonika- und Balaleika-Musik mit ihnen zusammen. Nach der Umsiedlung erhielten meine Eltern 1941 einen Bauernhof im Warthegau als Ersatz für unseren zurückgelassenen. 1942 wurde ich zur Wehrmacht eingezogen und kam 1945 in sowjetische Gefangenschaft. Als ich 1949 entlassen wurde, fand ich in Backnang gleich Arbeit als Karosseriebauer. Bei der Firma blieb ich 33 Jahre. Sehr schmerzlich habe ich es immer empfunden, wenn Kollegen mich als Russen bezeichneten. Diese hatten kaum Ahnung über Deutsche im Osten. Meine geistliche Heimat habe ich in der evangelischen Petrus-Gemeinde in Sachsenweiler gefunden

Franz Einholz, Jahrgang 1919:

Ich komme aus der schwäbischen Gemeinde Hamroth im Kreis Sathmar in Rumänien.

Das Sathmar-Gebiet gehörte bis zum Ende des Ersten Weltkrieges zu Ungarn. Meine Eltern Josef Einholz und Maria geborene Schimpf hatten hier Haus, Hof, Felder, Weingärten und Wald. Sie sind beim Einmarsch der Russen geflüchtet und 1947 von Linz an der Donau in die USA ausgewandert.

Im Juni 1939 beendete ich die Ausbildung in der „Deutsch-Katholischen Lehrerbildungsanstalt“ in Temeschburg. So wurde ich am 1. September 1939 in den sathmar-schwäbischen Schuldienst eingestellt. 1941 mußte ich zum Kriegsdienst, 1942 habe ich die aus Backnang stammende Anna Zeyher geheiratet. Ich hatte sie schon 1937 in Sathmar kennengelernt, wo sie im Auftrag des VDA, des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“, einen Besuch machte. Nach der Entlassung aus amerikanischer Gefangenschaft 1946 kam ich zu meiner Frau und den zwei Kindern nach Backnang. Groß war die Freude, als ich 1947 in den württembergischen Schuldienst aufgenommen wurde. Ich liebe meine neue Heimat Backnang, ich weiß aber auch, wo ich herkomme. Zwei Wahlperioden war ich Mitglied des Gemeinderats in Backnang. Aber auch für die Landsmannschaften der Sathmarer Schwaben und für die Donauschwaben aus Jugoslawien habe ich mich eingesetzt.

Frau S. K., Jahrgang 1928:

Meine Familie lebte in einem der zahlreichen deutschen Dörfer in der heute jugoslawi-



schen Batschka. Mit den wenigen Ungarn und Serben in unserem Ort, der auf deutsch Kernei, auf ungarisch Kerenyi hieß, hatten wir immer ein freundschaftliches Verhältnis. Ich selbst war 1944 erst 16 Jahre alt; mein Vater, obwohl Deutscher, hatte sich immer als loyaler ungarischer Bürger gefühlt.

Als im Herbst 1944 die Front näherrückte, flohen etwa 2 500 von den 6 000 Einwohnern unseres Ortes in einem Flüchtlingstreck nach Westen. Wir blieben zu Hause, weil wir meinten, uns würde niemand etwas tun – denn wir hatten ja auch nie den Russen oder Serben etwas getan. Aber schon bald nachdem die Front unser Dorf am 20. Oktober 1944 überrollt hatte, merkten wir, daß wir besser geflohen wären.

Die russischen Soldaten marodierten, plünderten, waren dauernd betrunken, vergewaltigten und erschossen aus reinem Mutwillen viele Einwohner unseres Ortes. Da half es nichts, daß viele sowjetische Offiziere in Einzelfällen harte Strafen aussprachen, wenn ein Soldat bei einem Verbrechen erwischt wurde – insgesamt hatten die Offiziere keine rechte Macht über ihre Soldaten, und aus lauter Angst wagte man oft nicht, sich bei den Offizieren zu beschweren.

Nicht besser als die Russen führten sich serbische Partisanen auf, die bald nach den Russen kamen. Ihre Herrschaft war so schlimm, daß unsere alten serbischen Bekannten aus dem Dorf oft versuchten, uns in Schutz zu nehmen. Dabei riskierten unsere serbischen Freunde gegen ihre Landsleute oft das Leben.

Wir selbst wurden Anfang Dezember 1944 in die nahegelegene Kreisstadt Sombor gebracht, wo wir in einem Lazarett arbeiten mußten. Zwischendurch ließen die Partisanen ihre Wut an uns aus. Ich erinnere mich noch genau, daß einmal alle Deutschen zusammengetrieben wurden. Jeder von uns erhielt fünf oder sechs Backsteine, und wir mußten damit mehrfach von einem Ende der Stadt bis zum andern laufen – nicht weil wir eine sinnvolle Arbeit hätten leisten oder die Steine irgendwohin tragen sollten, nein, wir mußten die Steine hin- und hertragen aus reiner Schikane. Neben uns her liefen die hohnlachenden Partisanen, beschimpften und stießen uns. Daß das für uns Mädchen und Frauen eine maßlos entwürdigende und anstrengende Arbeit war, bedarf keines Kommentares.

Ende Februar 1945 ging diese erste Leidenszeit vorüber, und wir durften wieder in unser

Dorf zurück. Lange bleiben durften wir dort nicht. Am Karfreitag, dem 28. März 1945, wurden alle Deutschen des Dorfes zusammengetrieben und in zwei eingerichtete Konzentrationslager weggebracht, in die Lager Gakowa und Kruschiwl. Schon vorher, Ende Dezember 1944, hatte uns ein harter Schicksalsschlag getroffen, als die Russen 340 Einwohner unseres Dorfes, darunter meine beiden Schwestern, abtransportierten und nach Rußland verschleppten. Jeder fünfte ist in Rußland umgekommen.

Ich kam mit meiner Mutter und Großmutter ins Lager Kruschiwl. Meine Großmutter ist dort im August 1945 von den Serben ermordet worden. Im Lager erlebten wir Schreckliches. Nicht nur, daß die Verpflegung knapp und immer knapper wurde, daß wir zu schweren Arbeiten außerhalb der Lager eingesetzt wurden; am fürchterlichsten war der Terror der Wachposten. Eine Szene ist mir als besonders grausame Erinnerung geblieben. Einer unserer Bekannten wurde von den Partisanen zur Erschießung getrieben. Dem Mann wurde befohlen, sein eigenes Grab auszuheben. Was man dem Mann vorwarf, wußte ich nicht, ich kann mir auch nicht vorstellen, daß er irgend etwas Unrechtes getan haben sollte. Er war ein harmloser Bauer. Mit verzweifelm Gesicht hob der Mann sein Grab aus, dann jagten ihn die mit der Pistole fuchtelnden Partisanen weg. Damit hatte das grausame Spiel ein Ende. Jetzt trieb man aus einem nahegelegenen Haus einige dort untergebrachte kriegsgefangene deutsche Soldaten und erschoss sie vor unseren Augen kurzerhand.

Ich bin sicher, daß in Deutschland noch heute offiziell kein Mensch vom Verbleib dieser Soldaten weiß, wahrscheinlich gelten sie immer noch als vermißt. Ich würde aber mit Bestimmtheit noch die Stelle finden, wo man ihre Leichen verscharrt hat. Ein andermal schlug man einen Mann, dem man seinen letzten Besitz wegnehmen wollte, so blutig, daß er mit furchtbar aussehendem Kopf hinter einem Schuppen saß und halbtot war. Viele Leute wurden auch ganz totgeschlagen.

Meine Mutter und ich flohen im Mai 1945 als so ziemlich die ersten Deutschen aus dem Todeslager. Bei einem ungarischen Ehepaar, das früher auf unserem Bauernhof gearbeitet hatte, wurden wir bis August 1945 versteckt. Zwischendurch erfuhren wir noch, daß mein Vater eingesperrt und zum Tode verurteilt wor-

den war. Am Morgen vor seiner – übrigens ohne Grund angeordneten – Erschießung gelang es ihm, durch das Fenster zu fliehen. Wir trafen ihn wieder, als uns unsere Bekannten im August über die ungarische Grenze schleusten. Von Ungarn gelang die Flucht nach Österreich und nach Deutschland.

Von den 2 300 ins KZ gebrachten Menschen unseres Dorfes sind, wie ich nach dem Krieg erfahren habe, 700 dort durch Hunger, Erschöpfung oder unmittelbare Gewalteinwirkung umgebracht worden. Mir ist der damalige Haß noch heute unerklärlich, denn man konnte uns nicht einmal, wie den Reichsdeutschen, den Vorwurf machen, daß wir 1933 Hitler gewählt hatten. Unser einziges Verbrechen war, daß wir Deutsche waren.<sup>94</sup>

Josef Appel, Jahrgang 1928; Franziska Appel, Jahrgang 1931:

Josef Appel: Meine Heimat war 15 km von Budapest entfernt. Der Vater war Schneider und hatte Haus und Garten. Wir waren gute Deutsche und lebten mit den Ungarn gut zusammen. Keine Frage, wir waren seit 200 Jahren ungarische Staatsbürger. Im November 1944, mein Vater und mein Bruder waren deutsche Soldaten, kam das Angebot zur Evakuierung nach Deutschland. Wir gingen freiwillig. Der Zug fuhr nach Neumarkt in die Oberpfalz. Drei Monate waren wir dort im Lager; dann, nach einiger Zeit auf einem Dorf, zogen wir nach Kulmbach. Als wir 1946 die Großmutter in Backnang besuchten, sie war 1944 zu ihrer dort lebenden Tochter gezogen, gefiel es uns da so gut, daß wir auch dort wohnen wollten, weil Backnang so schön ist.

Franziska Appel: Ich bin aus einem großen Dorf mit zwei Fabriken, nicht weit von Budapest. Am 26. Februar 1946 mußten wir mit je 25 kg Gepäck die Viehwaggons besteigen. In jedem befanden sich 30 Personen. Bei unserer Abfahrt waren die Zurückbleibenden traurig. Eine Kapelle spielte zum Abschied. Ich war sehr traurig. Wer ein rotes Büchlein besaß (Kommunist!) durfte bleiben. Verpflegung gab es im Zug nicht. Wir lebten vom Mitgenommenen. Erst als ich auf einer Station „Piding“ las, wußten wir, daß wir nach Deutschland gekommen waren. Nach einem kurzen Lageraufenthalt fuhr der Zug weiter nach Waiblingen. Von

Schönberg bei Unterrot kamen wir auf eigenen Wunsch im Juni 1946 in das Lager Maubacher Höhe in Backnang.

Peter Glöckner, Jahrgang 1928:

Meine Frau und ich stammen aus einem ehemals 2 000 Einwohner zählenden rein deutschen Dorf in der Schwäbischen Türkei in Südungarn. Ich wurde im Herbst 1944 im Alter von 16 Jahren in ein Wehrtüchtigungslager der deutschen Wehrmacht eingezogen und als Siebzehnjähriger beim Fronteinsatz vor Wiener Neustadt verwundet. Zum Glück! Ich kam zu den Amerikanern, die mich entließen. In Gelsenkirchen traf ich ungarische Soldaten, darunter einen Mann aus meinem Heimatdorf. Den bat ich, meiner Mutter zu sagen, wo ich wäre und daß der Vater sich auch schon gemeldet hätte. Die Mutter zögerte nicht und überquerte die österreichische Grenze und wurde nach Deutschland abgeschoben. Sie kam nach Backnang in das Lager Leba. Wir zogen bald in die Stefansbaracke, die dort stand, wo heute das Hallenbad ist. Das 4 x 5 m große Barackenzimmer sollte für fünf lange Jahre unser „Heim“ bleiben. Inzwischen waren 85 % der Bevölkerung unserer Heimatgemeinde nach Deutschland vertrieben worden, darunter auch meine spätere Frau. Im Mai 1950 haben wir geheiratet. An eigenen Wohnraum war nicht zu denken. So mußten wir bis August 1951 mit den Eltern in einem Barackenzimmer „wohnen“. Dann zogen wir in unser eigenes Haus im ersten Bauabschnitt der Plattenwaldsiedlung. Allerdings verfügte das Wohnungsamt über die Einliegerwohnung. Wir mußten sie vermieten. Die Hauptwohnung teilten wir deshalb mit den Eltern.

Mit der einheimischen Bevölkerung hatte ich keinerlei Schwierigkeiten. Ich habe mich zu keiner Zeit als diskriminiert empfunden. Im Vertriebenenministerium wurde ich 1960 Sachbearbeiter im Lastenausgleichsverfahren, weil ich die ungarische Sprache beherrsche. 1970 kam ich zur Stadtverwaltung Backnang. In Angelegenheiten der Städtepartnerschaft mit Bácsalmás habe ich als Dolmetscher mitgearbeitet. Auch betreue ich mit anderen zusammen das Ungarndeutsche Heimatmuseum in Backnang. Verbindungen zur alten Heimat haben wir seit 1973. Allerdings gibt es keine

<sup>94</sup> Heike Bihlmaier u. a.: Das Kriegsende hatte viele Gesichter In: Unsere Heimat, Nr. 2/3, Mai 1985, Backnang 1985.

Verwandten mehr in Ungarn, sondern Jugendfreunde. Das Verhältnis zur alten Heimat bleibt zwiespältig.

### III. Fremdarbeiter, Displaced Persons und heimatlose Ausländer

Backnang hatte in der Nachkriegszeit nicht nur deutsche Heimatvertriebene aufzunehmen. Bei der Besetzung der Stadt durch die Amerikaner befanden sich die damals *Fremdarbeiter* genannten Ausländer in der Stadt. Sie hießen fortan *Displaced Persons* (DPs). Das waren nichtdeutsche Personen, die in Deutschland keine Heimat hatten, nach Ansicht der Alliierten alles Zwangsverschleppte. Bei genauerer Untersuchung zeigte sich, daß auch andere Gründe zutrafen. Die DPs sollten nach der Befreiung versorgt, in Lagern zusammengefaßt und in die Heimatländer zurückgeführt werden. Sie unterstanden der Militärverwaltung und den Organisationen der UNO, zuerst der *United Nations Relief and Rehabilitation Administration* (UNRRA), dann der *International Refugee Organization* (IRO). Das DP-Lager Backnangs war das Seminar. Auch in den anderen Lagern gab es DPs. Die nicht repatriierten und ausgewanderten DPs übernahm 1951 die Bundesrepublik Deutschland als *Heimatlose Ausländer*. In Backnang wurden diese in zwei Wohnbaracken neben dem Lager Maubacher Höhe untergebracht.

#### Fremdarbeiter

Der Einsatz von ausländischen Arbeitern war den Nationalsozialisten aus ideologischen und sicherheitspolitischen Gründen unerwünscht. Doch der Arbeitskräftemangel zwang dazu. Zuerst drängten die Polen freiwillig nach Deutschland, wo sie vor allem in der Landwirtschaft gebraucht wurden. Doch dann kamen die Polen-Erlasse vom März 1940 mit der Tendenz: die Deutschen sind die Herren, die Polen die Knechte. Es durfte kein gemeinsames kulturelles Leben geben, sexuelle Kontakte zwischen Deutschen und Polen waren verboten. Strenge Bestrafungen bei Nichtbeachtung der Verbote waren die Folgen, so zum Beispiel die Einlieferung in die KZs. Bis zum 30. Juni 1940 waren 312 000 Polen freiwillig nach Deutsch-

land gekommen, anschließend gab es immer mehr zwangsweisen Einsatz. Ähnlich erging es Russen und Ukrainern. 1943 kam es zur Änderung der Politik, wesentlich beeinflusst durch den Reichspropagandaminister Dr. Goebbels. Er wandte sich gegen die harten Maßnahmen der verbohrtten SS unter Himmler. Im neuen Merkblatt hieß es: *Jeder, auch der primitive Mensch, hat ein feines Empfinden für Gerechtigkeit. Daher muß jede ungerechte Behandlung sich verheerend auswirken.* Nun besserten sich die Verhältnisse.

Besonders auffallend war die Differenzierung der ausländischen Arbeitskräfte. Ganz oben standen die Germanen (Dänen, Flamen, Niederländer, Norweger), es folgten die befreundeten anderen Völker (Italiener) und Neutralen (Franzosen, Wallonen, Tschechen). Unten standen Polen und Russen. Von 1943 an wurde vermehrt um Westarbeiter geworben. Im August 1944 gab es 7,6 Millionen ausländische Arbeitskräfte in Deutschland (5,7 Mio Zivilarbeiter, 1,9 Mio Kriegsgefangene). Darunter waren 2 758 000 Sowjets, 1 688 000 Polen, 1 254 000 Franzosen, 585 000 Italiener, 281 000 Tschechen, 270 000 Niederländer, 253 000 Belgier.<sup>95</sup>

#### Displaced Persons

Das Alliierte Hauptquartier rechnete im Juni 1944 mit 11,3 Millionen zu befreienden DPs. Davon befanden sich 7,7 Millionen in Deutschland. Nach der Befreiung sollten sie geordnet in die Heimat zurückkehren. Das war zuerst Sache des Militärs, dann des Militärs zusammen mit der UNRRA, die Mitte 1945 ihre Arbeit aufnahm. Sie stand unter militärischem Befehl und war unter anderem für die Lager zuständig, die Stabsaufgaben blieben beim Militär. In den Lagern wurden die DPs nach Nationalitäten zusammengefaßt, nicht nach der Staatsangehörigkeit. Die größte Gruppe stellten die Sowjetbürger (Grenzen vom 1. September 1939). Sie mußten zurück, auch gegen ihren Willen, selbst wenn ihnen der Tod drohte. Die Rückkehr wurde auch gegen Widerstände durchgesetzt. Sowjetische Repatriierungskommissionen durchstreiften das Land und spürten die Sowjetbürger auf, um sie mit Hilfe der Amerikaner, Briten und Franzosen zu repatriieren. Probleme gab es bei Polen,

<sup>95</sup> Ulrich Herbert: *Fremdarbeiter*, Berlin, Bonn 1985, S. 271.

Weißrussen, Ukrainern und Balten. Viele von ihnen wollten nicht in ihre kommunistisch gewordenen Heimatländer zurück.

Der DP-Status war begehrt. Er bewirkte, daß deutsche Behörden den DPs nichts zu sagen hatten und daß die Alliierten sie beschützten und gut versorgten. Obwohl DPs ursprünglich nur die 1944 und 1945 Befreiten waren, gelangten später auch andere zu dem Status, zum Beispiel die vor Progromen aus Polen geflüchteten Juden. Auch Tschechen, die ihr Land verließen, wurden als DPs aufgenommen. Die Juden erkannte die UNRRA als eigene Nation an. Die Repatriierung ging 1945 zügig voran. Aus den Westzonen waren bis Ende September von 5 846 000 DPs 4 622 000 in der Heimat, darunter 2 Millionen Sowjetbürger und alle Westeuropäer.<sup>96</sup> Dann stockte die Rückführung. Ende 1946 befanden sich noch 915 000 DPs in den Westzonen, darunter waren 293 000 Polen, 97 000 Letten, 59 000 Litauer, 31 000 Esten und 168 000 Juden.<sup>97</sup>

Die Aufgabe der UNRRA war die Rückführung der befreiten Ausländer gewesen, die Repatriierung. Als dieses Ziel nicht mehr erreichbar war, wurde die UNRRA durch die IRO ersetzt. Sie hatte einen erweiterten Personenkreis zu betreuen, auch Flüchtlinge und Opfer der Nationalsozialisten und Faschisten. Angehörige der Feindstaaten (Deutsche, Österreicher, Ungarn u. a.) fielen im allgemeinen nicht darunter. Jedoch gab es Ausnahmen. Die IRO nahm am 1. Juli 1947 ihre Arbeit auf. Das Ziel war die Ansiedlung der DPs im Ausland. Diese Aufgabe wurde bis 1951 erfüllt. *Resettlement* erfolgte vorwiegend in USA (38 %), Australien (19 %), Kanada (12 %), Israel (10 %) und Großbritannien (8 %).<sup>98</sup>

In Backnang befanden sich als DPs hauptsächlich Polen, Russen, Juden, Weißrussen, Ukrainer und Balten.

#### Russen und andere Sowjetbürger

Das britische Kabinett hatte schon am 17. Juli 1944 entschieden, alle aufgefundenen sowjetischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeiter an die Sowjetunion zu übergeben. Die USA schlossen sich an, denn die Sowjetunion verlangte alle ihre Bürger zurück. Weil der Wohn-

sitz am 1. September 1939 zugrundegelegt wurde, bedeutete das, daß Esten, Letten und Litauer nicht übergeben wurden, auch nicht die Weißrussen und Ukrainer, die im Zwischenkriegspolen gewohnt hatten und erst nach Kriegsbeginn unter die Herrschaft der Sowjetunion gekommen waren. Die Repatriierung der Sowjetbürger wurde mit Unterstützung der Westalliierten rücksichtslos durchgeführt und noch 1945 abgeschlossen.

#### Weißruthenen

Noch in der Nachkriegszeit war statt des Namens „Weißrussen“ der Name „Weißruthenen“ gebräuchlich. Da der westliche Teil Weißrußlands bis zum September 1939 nicht zur Sowjetunion gehört hatte, die Weißruthenen sich auch nicht als Polen fühlten, organisierten sie sich als eigene Nationalität. Sie wurden nicht ausgeliefert und blieben in den DP-Lagern bis zur Auswanderung.

#### Ukrainer

Die westlichen Alliierten wollten die Ukrainer nicht als eigene Nationalität anerkennen, sondern betrachteten sie als Polen oder Sowjetrussen, je nach Geburtsort. Das ließen sich die Ukrainer nicht gefallen. Sie hatten in der Zwischenkriegszeit in vier Staaten gelebt, in der Sowjetunion, in Polen, in Rumänien und in der Tschechoslowakei. Nur die Ukrainer der Sowjetunion wollten oder mußten zurück. Die Ukrainer Polens hatten sich als von Polen Unterdrückte gefühlt, zumindest hatte es Spannungen gegeben. So begrüßten 1941 viele von ihnen den Einmarsch der Deutschen, sahen es auch als Befreiung von der Sowjetherrschaft. 70 000 Ukrainer gingen freiwillig zur Waffen-SS, in die Division „Galizien“. Viele Ukrainer waren als Arbeitskräfte in Deutschland. Die Bereitschaft zur Rückkehr hielt sich in Grenzen. Im August 1947 befanden sich in der amerikanischen Zone 58 468 Ukrainer in DP-Lagern und 15 178 außerhalb der Lager.<sup>99</sup>

#### Balten

Estland, Lettland und Litauen hatten bis 1940 nicht zur Sowjetunion gehört. Nach der Annektion hatten diese Völker die Sowjets erlebt. Der Einmarsch der deutschen Wehrmacht 1941 war deshalb eine Befreiung,

<sup>96</sup> Wolfgang Jacobmeyer: Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, Göttingen 1985, S. 82.

<sup>97</sup> Ebd., S. 122.

<sup>98</sup> Ebd., S. 175.

<sup>99</sup> Ebd., S. 75.

obwohl die Nationalsozialisten vorerst nicht daran dachten, den Balten die Souveränität wiederzugeben. Die Wiedereroberung der Baltländer durch die Sowjets 1944 löste für die Bewohner Tragödien großen Ausmaßes aus. Estland verlor durch die zweite sowjetische Besetzung 1944 und danach 75 000, Lettland 136 000 und Litauen 245 000 Menschen. Vorher flüchteten aus Estland 65 000, aus Lettland 115 000, aus Litauen 70 000 Personen.<sup>100</sup> So ist es verständlich, daß die im westlichen Deutschland 1945 lebenden Balten sich entschieden wehrten, in die Heimat zurückzukehren. Noch mehrere Jahre nach 1945 tobte ein Partisanenkrieg gegen die sowjetische Besetzung. Am Jahresschluß 1946 waren noch 30 505 estnische, 97 382 lettische und 58 805 litauische DPs in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands.

### Polen

Die Polen waren nach den Sowjets und Franzosen die drittgrößte Gruppe der DPs. 1945 wollten die meisten von ihnen heim. Die Sowjets ließen die Rückkehr erst zu, als alle Sowjetbürger wieder in ihrem Land waren. Vor dem Wintereinbruch kam der Befehl des amerikanischen Generals Eisenhower, die Polen in Kasernen, Schulen und festen Privathäusern unterzubringen. Daraufhin wurden Stadtteile und Straßenzüge für polnische DPs beschlagnahmt. Die deutschen Bewohner mußten in höchstens anderthalb Stunden die Wohnungen verlassen. Nur zwei Koffer durften sie mitnehmen. In Nord-Württemberg waren unter anderen die Städte Stuttgart (Reinsburgstraße), Schwäbisch Hall, Wasseralfingen, Esslingen und Fellbach betroffen. Die Polen blieben bis 1946 in den Wohnungen, dann mußten sie sie für Juden freimachen.<sup>101</sup> Die Rückkehr der Polen kam nicht schnell voran, ihr Land nahm nur 5 000 Rückkehrer pro Tag auf. Als die chaotischen Verhältnisse im Heimatland bekannt wurden, verminderte sich die Bereitschaft zur Rückkehr. Auch hatten sich einige an das Lagerleben gewöhnt, die Verpflegung war – anders als in der Heimat – ohne Arbeit gesichert. Die Polen, die die Rückkehr verweigerten, verloren allmählich die Gunst der Besatzungsmächte und der UNRRA. Ende 1946

befanden sich noch 293 000 Polen in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands.

### Juden

In der Praxis der Nachkriegszeit wurden die Juden als Angehörige einer Nation behandelt. Das kam den Zionisten entgegen, die für die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina arbeiteten. Es war eine Verbindung religiöser Vorstellungen – Verheißung des Landes Israel – mit jüdischem Nationalismus. In diesem Abschnitt geht es nur um die Juden, die als DPs im Deutschland der Nachkriegszeit vorübergehend lebten, zum Beispiel von 1946 bis 1949 in Backnang. Sie kamen fast ausschließlich aus Polen, Rumänien, Ungarn und der Tschechoslowakei. Nur eine geringe Zahl waren Überlebende aus deutschen Konzentrationslagern.

Schon gleich nach Kriegsende begannen jüdische Organisationen, die Juden aus Osteuropa in den Bereich der westlichen Besatzungsmächte zu bringen. Die *Jewish Agency* warb für die Einwanderung in das britische Mandatsgebiet Palästina und unterstützte Fluchthilforganisationen. Einige hatten sich bereits 1945 in Wilna gebildet. Hauptauslöser der jüdischen Fluchtbewegung wurde jedoch die Pogromstimmung in Polen. Von November 1944 bis Oktober 1945 waren bereits 331 Juden ermordet worden. Weitere Pogrome folgten, so am 4. Juli 1946 in Kielce südlich von Warschau, wobei 42 Juden die Opfer waren. Die polnischen Behörden gingen zwar gegen die Ausschreitungen vor, verhängten auch Todesurteile gegen Täter, aber die Massenflucht der Juden war nicht aufzuhalten.

Die Juden, die aus Polen nach Deutschland kamen, hatten zum großen Teil 1939 in Ost-Polen gewohnt. Sie waren entweder vor den Deutschen zu den Sowjets geflüchtet oder von den Sowjets nach Sibirien deportiert worden. 900 000 Juden gelangten in den sowjetischen Machtbereich. Die amerikanisch-jüdische Hilfsorganisation *American Jewish Joint Distribution Committee* (Joint) betreute 1942 in der Sowjetunion 600 000 Juden. Der prominenteste Deportierte war der spätere israelische Ministerpräsident Menachem Begin. Als Warschau 1939 erobert wurde, floh er nach Wilna.

<sup>100</sup> H. Pauels: Die Entwicklung der baltischen Staaten seit 1939. In: Bundeszentrale für Heimatdienst (Hsg.): Staatsbürgerliche Informationen, Folge 93, Bonn 1961, S. 10.

<sup>101</sup> Ulrich Müller: Fremde in der Nachkriegszeit, Stuttgart 1990, S. 40 ff.

Die Sowjets verurteilten ihn zu Zwangsarbeit in Sibirien. Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion wurde er freigelassen und kam als polnischer Soldat nach Palästina. Von den Juden in der Sowjetunion durften bei Kriegsende 150 000 nach Polen zurückkehren, waren aber nicht willkommen.

In Deutschland und Österreich faßten die Amerikaner die Juden in besonderen DP-Lagern zusammen. Die Briten verweigerten den Juden eigene Lager. So strömten sie in die amerikanischen Zonen. Anfang 1946 gab es 60 000, ein Jahr später 184 000 jüdische DPs in Deutschland.<sup>102</sup> Die jüdischen Organisationen legten es darauf an, die britische Mandatspolitik über Palästina zur Änderung zu zwingen. Das hieß: Freigabe der jüdischen Einwanderung und Errichtung eines jüdischen Staates. Das war nicht leicht für die Briten, sie hatten Verpflichtungen den Arabern gegenüber. Ihnen hatten sie auch Palästina versprochen. 1947 gaben die Briten auf. Die UNO beschloß die Teilung Palästinas, die Briten zogen ab. Im Mai entstand der Staat Israel.

Ben Gurion hatte bereits 1945 in den DP-Lagern für die Einwanderung nach Palästina geworben, doch der Erfolg kam erst mit der Gründung Israels. Mehrere Jahre verbrachten die Juden in den Lagern, weil kein Land, auch die USA nur beschränkt, sie aufnehmen wollte. Deutschland kam als Land der Täter für die meisten nicht als neue Heimat in Frage. Die Beziehungen zu Deutschen beschränkten sich auf das allernotwendigste. Kontakte gab es fast nur durch den Schwarzhandel. In den Lagern bereiteten sich die Juden intensiv auf die Auswanderung vor. Wie, zeigt zum Beispiel ein Bericht der „Backnanger Nachrichten“ vom 18. August 1948.<sup>103</sup> Juden, die in Deutschland bleiben wollten, wurden von Israel und jüdischen Organisationen unter Druck gesetzt, das nicht zu tun. Noch 1950 kam von der *Jewish Agency* ein Ultimatum zu Juden nach München, innerhalb von sechs Wochen die Koffer zu packen. Es blieben aus den DP-Lagern der US-Zone nur 17 000 in der Bundesrepublik Deutschland. Das letzte Judenlager Föhrenwald in Bayern wurde am 27. Februar 1957 geschlossen.

## Heimatlose Ausländer

Am 1. Juli 1950 übergaben die Besatzungsmächte den *Hard Core*, den harten Kern, der noch nicht untergebrachten DPs, der Bundesrepublik Deutschland. Aus DPs waren *Heimatlose Ausländer* geworden. Die begonnenen Vorhaben – Auswanderungen – wickelte die IRO noch ab. 106 000 Ausländer wurden übernommen, in der britischen Zone 64 000, in der amerikanischen 28 000 und in der französischen 14 000.<sup>104</sup> Am 30. April 1951 gab es in Nord-Württemberg 8 775 betreute heimatlose Ausländer folgender Nationalität: 4 179 Polen, 1215 Letten, 994 Tschechen, 765 Ukrainer, 475 Esten, 352 Russen, 340 Litauer, 137 Armenier und 318 andere.<sup>105</sup> Für Backnang endete dieses Kapitel im Jahre 1955, als die Übriggebliebenen die Baracken verließen und in Wohnungen eingewiesen wurden.

## Schlußbetrachtung

Sagen sich die Deutschen von ihrer Geschichte in Mittel-, Ost- und Südosteuropa los? In Backnang jedenfalls nicht. Das beweisen die vielen Bemühungen aller Bürgermeister und Oberbürgermeister, der Gemeinderäte, der Stadtverwaltung, der Schulen und Organisationen in der Stadt von 1945 bis heute.

Wie die Aufnahme der Heimatvertriebenen in Backnang und Württemberg vor sich ging, ist im Teil I dokumentiert. Woher und weshalb die Deutschen aus dem Osten hierher kamen, ist im Teil II dargestellt. Er zeigt auch, wozu das „Zeitalter der Nationalitäten und des Selbstbestimmungsrechts der Völker“ durch Mißbrauch der Ideen und Mißachtung anderer Völker geführt hat. Die beigefügten Tabellen und Landkarten machen das Ausmaß der Katastrophen dieses Jahrhunderts für unser Land und Volk deutlich.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ heißt es im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Die Würde der Nationen muß es auch sein. Wird sie verletzt, folgen Not und Tod. Bis heute!

<sup>102</sup> Ebd., S. 57 ff.

<sup>103</sup> Siehe Kapitel „Lager Seminar“.

<sup>104</sup> Wolfgang Jacobmeyer (wie Anmerkung 96), S. 224.

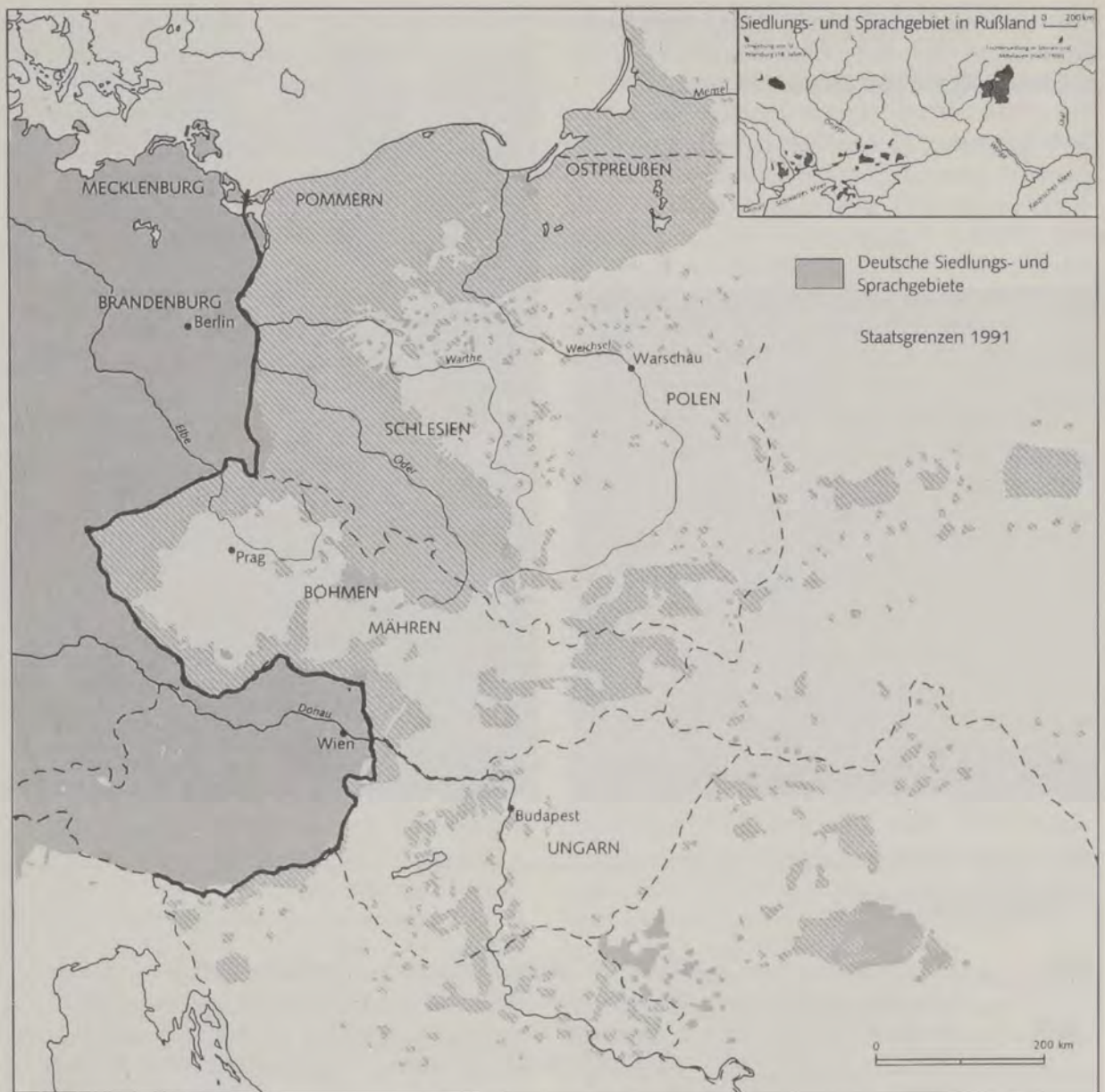
<sup>105</sup> HStAS, EA 2/801, Bü 148.

Das Gedenk-Mal. Es steht beim Max-Born-Gymnasium auf dem Gelände des früheren Flüchtlingslagers Maubacher Höhe.



## Abkürzungen

- DP:** Displaced Persons. Ausländer in Deutschland und in anderen von den Alliierten befreiten Ländern, die von 1945 an in ihre Heimat zurückgeführt werden sollten.
- IRO:** International Refugee Organisation. Nachfolgeorganisation der UNRRA vom 1. Juli 1947 bis 30. Juni 1950. Sie unterhielt die DP-Lager und organisierte die Auswanderung der DPs.
- LSO:** Liaison and Security Office, Verbindungs- und Sicherheitsamt der Militärregierung in den Kreisen.
- MCC:** Mennonite Central Committee. Hilfswerk der Mennoniten Nordamerikas. Es unterstützt Hilfsbedürftige in aller Welt. Nach 1945 organisierte das MCC die Auswanderung von Mennoniten Rußlands, Polens und der deutschen Ostgebiete.
- OMGUS:** Office of Military Government in Germany of United States.
- OMGWB:** Office of Military Government of Land Württemberg-Baden.
- SBZ:** Sowjetische Besatzungszone Deutschlands, auch Ostzone genannt. Später Deutsche Demokratische Republik (DDR).
- UdSSR:** Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Sowjetunion). Statt dessen sehr oft unkorrekt „Rußland“ und „Russen“ für Sowjetunion und Sowjets gebraucht.
- UNRRA:** United Nations Relief and Rehabilitation Administration. Organisation der Vereinten Nationen zur Rückführung der DPs in ihre Heimatländer. Existierte von 1944 bis zum 30. Juni 1947.
- Vomi:** Volksdeutsche Mittelstelle. Betreute Deutsche fremder Staatsangehörigkeit. Seit 1939 zuständig für Umsiedlungen, seit 1941 für „Führung“ der Volksdeutschen im Osten und Südosten Europas.



nach: PAE Heft 24, 1989

Entwurf: I. Eberl, A. Kühne, Kartographie: G. Müller

Die deutsche Siedlung und Sprache in Ost- und Südosteuropa 1937. – Ein Ergebnis des Zweiten Weltkrieges: Das Ende von 800 Jahren deutscher Ostsiedlung. Östlich der schwarzen Linie gibt es 1998 nur noch wenige Deutsche. Das geschlossene deutsche Siedlungs- und Sprachgebiet ist verloren.